

NICHT UNTERSCHRIEBENES  
UNVERBINDLICHES VORWEGEXEMPLAR

Diese Ausfertigung ist nur für den Auftraggeber bestimmt  
Bei endgültiger Berichtsabfassung bleiben  
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb  
Landau, Anstalt des öffentlichen  
Rechts

Wirtschaftsjahr 2015

# Bericht

über die Prüfung des

Jahresabschlusses und Lageberichtes zum

31. Dezember 2015

**DORNBACH GMBH**

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

**KOBLENZ**

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	5
B. Grundsätzliche Feststellungen	8
Lage der Anstalt	8
Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch den Vorstand	8
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	11
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	16
I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	16
1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	16
2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015	17
3. Der Lagebericht	18
II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015	19
1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltensgestaltende Maßnahmen	19
2. Gesamtaussage	19
III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses	20
1. Vermögenslage	20
2. Finanzlage	41
3. Ertragslage	42
E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages	61
Feststellungen gemäß § 53 HGrG	61
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	62

Anlagenverzeichnis

Konsolidierte Bilanz zum 31. Dezember 2015	Anlage 1 / Seite 1
Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Abwasserbeseitigung -	Anlage 1 / Seite 2
Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Abfallentsorgung einschließlich Teilbereich BgA -	Anlage 1 / Seite 3
Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Straßenreinigung -	Anlage 1 / Seite 4
Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Bauhof -	Anlage 1 / Seite 5
Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau -	Anlage 1 / Seite 6
Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Service -	Anlage 1 / Seite 7
Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung einschließlich Teilbereich BgA für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	Anlage 1 / Seite 8
Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	Anlage 1 / Seite 9
Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Abfallentsorgung einschließlich Teilbereich BgA für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	Anlage 1 / Seite 10

Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Straßenreinigung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	Anlage 1 / Seite 11
Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Bauhof für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	Anlage 1 / Seite 12
Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	Anlage 1 / Seite 13
Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Service für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015	Anlage 1 / Seite 14
Anhang für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 1 / Seite 15 - 29
Anlagennachweis konsolidiert für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 1 / Seite 30
Anlagennachweis Betriebszweig Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 1 / Seite 31
Anlagennachweis Betriebszweig Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 1 / Seite 32
Anlagennachweis Betriebszweig Straßenreinigung für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 1 / Seite 33
Anlagennachweis Betriebszweig Bauhof für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 1 / Seite 34
Anlagennachweis Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 1 / Seite 35

Anlagennachweis Betriebszweig Service für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 1 / Seite 36
Lagebericht 2015	Anlage 2
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Anlage 3 / Seite 1 - 2
Berechnung des Liquiditätsüberschusses	Anlage 4
Entgeltsbedarf und Entgeltsaufkommen	Anlage 5 / Seite 1 - 5
Zusammensetzung und Entwicklung der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2015	Anlage 6
Zusammensetzung und Entwicklung der Förderdarlehen zum 31. Dezember 2015	Anlage 7
Zusammensetzung und Entwicklung der Darlehen bei Kreditinstituten zum 31. Dezember 2015	Anlage 8
Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse	Anlage 9 / Seite 1 - 7
Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse	Anlage 10 / Seite 1 - 18
Allgemeine Auftragsbedingungen	Anlage 11

## A. Prüfungsauftrag

Der Vorstand des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, erteilte uns mit Schreiben vom 30. März 2016 den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 des

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts,  
- im Folgenden auch Anstalt oder EWL genannt -

unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung sowie den Lagebericht für 2015 zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung in berufusüblichem Umfang zu berichten.

Dem Prüfungsauftrag lag der Beschluss des Verwaltungsrates vom 17. November 2015 zugrunde.

Die Anstalt ist gemäß § 89 Abs. 1 GemO prüfungspflichtig.

Rechtsgrundlagen der Bilanzierung und Prüfung sind insbesondere:

1. Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO),
2. Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung für Rheinland-Pfalz (EigAnVO),
3. Kommunalabgabengesetz für Rheinland-Pfalz (KAG),
4. Kommunalabgabenverordnung (KAVO),
5. Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen (KomEinrPrV RP),
6. die Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB).

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den "Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW) (IDW PS 450).

Darüber hinaus wurden bei unserer Prüfung beachtet:

1. Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Sport zum Vollzug der Eigenbetriebsverordnung (VV EigVO),
2. Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Sport zum Vollzug der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen (VV KomEinrPrV RP),
3. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.450.1),
4. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.720.1),
5. IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720).

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns durchgeführten Prüfung berichten wir im Abschnitt C.

Die Prüfung umfasst auftragsgemäß auch die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse (§ 53 HGrG), über die wir im Abschnitt E. dieses Berichts sowie in Anlage 10 zu diesem Bericht berichten.

Ergänzend wurden wir damit beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt aufzunehmen. Diese Analyse haben wir im Abschnitt D. III. dieses Berichts dargestellt.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Durchführung unseres Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften i.d.F. vom 1. Januar 2002 maßgebend, die diesem Bericht als Anlage 11 beigefügt sind.

Dieser Prüfungsbericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber der Anstalt und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir entsprechend der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

ENTWURF

## B. Grundsätzliche Feststellungen

### Lage der Anstalt

#### Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch den Vorstand

Gemäß § 321 Abs. 1 S. 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch den Vorstand im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung.

Folgende Kernaussagen sind hervorzuheben:

Die Anstalt hat zum 1. Januar 2015 die Gründung des Betriebszweiges Service vollzogen. Zweck des Betriebszweiges ist die transparentere Darstellung der internen Verrechnung und eine Erleichterung der Steuerung. Alle Querschnittsleistungen sollen in diesem Betriebszweig gebündelt werden.

Im **Betriebszweig Abwasserbeseitigung** wurde die gemäß Eigenüberwachungsverordnung alle 10 Jahre durchzuführende Untersuchung des Kanalnetzes in 2015 fortgesetzt.

Das Abwasserbeseitigungskonzept wird unter Berücksichtigung des Fremdwasserkonzeptes fortgeschrieben. Die Fremdwasserproblematik wird sowohl für die privaten Haushalte als auch für die Stadt Landau finanzielle Belastungen verursachen.

Bezüglich der Chancen und Risiken erläutert der Vorstand, dass unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Gesetzeslage die landwirtschaftliche Verwertung des Klärschlammes ab dem Jahr 2017 nicht mehr möglich sein wird. Ab diesem Zeitpunkt muss die Verbrennung des Klärschlammes erfolgen. Die Lagerung der Klärschlammmasche auf Deponien wird voraussichtlich zu einer Verdopplung der Behandlungskosten für Klärschlamm führen. Weitere Risiken werden in lokalen Kanalsanierungen gesehen, die zu einer Gebührenanpassung führen können.

Des Weiteren wird zurzeit auf Bundesebene die weitergehende Abwasserreinigung zur Beseitigung von Mikroverunreinigungen (z.B. durch Medikamente etc.) diskutiert. Auch hieraus könnten künftig weitere Belastungen erwachsen.

Als Chance wird seitens des Vorstandes die interkommunale Zusammenarbeit gesehen. Die hoheitliche Aufgabe Abwasserbeseitigung soll hierdurch wirtschaftlicher erbracht werden. Der Betriebszweig erzielte im Berichtsjahr einen Gewinn von TEUR 502.

Beim **Betriebszweig Abfallentsorgung** ist die Fortschreibung des Abfallbeseitigungskonzeptes unter Berücksichtigung des Landesabfallprogramms notwendig. Der Betriebszweig scheint für die künftigen Aufgaben und Herausforderungen gut gerüstet zu sein, nachdem in den letzten Jahren einige Neuerungen und Modernisierungen (andere Behältergrößen, elektronisches Identensystem) erfolgreich eingeführt werden konnten und die seit 2015 obligatorisch einzuführende Biotonne bereits seit 1997 eingeführt ist.

Im Ergebnis liegt Landau heute deutlich unter dem Landesdurchschnitt was die Restabfallmengen betrifft. Unter den kreisfreien Städten nimmt die Stadt Landau im Land den Spitzenplatz ein und erfüllt heute schon die Zielvorgaben des Landes für das Jahr 2025. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind geordnet.

Der Betrieb des Müllheizkraftwerkes (MHKW) Pirmasens stellt jedoch nach wie vor ein erhebliches Risiko für den Gebührenzahler und die Stadt Landau als Einrichtungsträger dar. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des MHKW sind ungünstig.

Im Berichtsjahr begannen die Planungen zum Bau eines neuen Wertstoffhofes. Der alte Wertstoffhof ist dem gestiegenen Anforderungsprofil nicht mehr gewachsen.

Des Weiteren steht der Betriebszweig vor der Aufgabe Deponieraum für Bodenaushub und mineralische Bauabfälle zu schaffen.

Der Betriebszweig erzielte im Berichtsjahr einen geringen Jahresverlust von TEUR 30.

Der **Betriebszweig Straßenreinigung** hat im Berichtsjahr seine Tätigkeiten ausgebaut. Die Entleerung öffentlicher Abfallbehälter wurde bis in Außenbezirke von Landau ausgeweitet.

Wesentliche Risiken in der Zukunft sieht der Vorstand nicht, unterstreicht jedoch die große Wichtigkeit der Aufgabe des Betriebszweiges im Hinblick auf das Gesamterscheinungsbild der Stadt als Standortfaktor für das Handels- und Einkaufszentrum Landau.

Der Betriebszweig erzielte im Berichtsjahr einen Gewinn von TEUR 23.

Der **Betriebszweig Bauhof** erbringt seinen Hauptumsatz an die Stadtverwaltung und deren Eigenbetriebe. Ein Drittel der Umsätze sind EWL-interne Umsätze.

Im Prognosebericht und zu den Chancen und Risiken führt der Vorstand aus, dass die Einführung von Mindestlöhnen auf Bundesebene das Auseinanderklaffen der Löhne von privaten Unternehmen gegenüber dem TVöD nicht verhindern kann. Durch Erkrankungen und körperliche Beeinträchtigungen kommt es zu Leistungsminderungen. Diese Leistungsminderung wird sich kurz- und mittelfristig verstärken.

Der Betriebszweig weist für das Berichtsjahr einen Verlust von TEUR 154 aus. Ursache war die Notwendigkeit den Personalbestand deutlich aufzustocken.

Der **Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau** hat seine Aufgaben im Hinblick auf die Landesgartenschau 2014 weitgehend erfüllt. Durch eine Vielzahl von Kampfmittelfunden auf dem Landesgartenschauengelände musste die Landesgartenschau jedoch auf das Jahr 2015 verschoben werden. Das von dem Betriebszweig errichtete und betriebene Gebäude DizaP wird künftig dem EWL als Dienstgebäude dienen. Zum Zeitpunkt unserer Prüfung (Juni 2016) hat der Umzug bereits begonnen. Eine Auflösung des Betriebszweiges soll zeitnah erfolgen.

Der Betriebszweig weist für das Berichtsjahr einen Verlust von TEUR 73 aus und ist zudem bilanziell überschuldet.

Zum 31. Dezember 2015 wird ein "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" von TEUR 322 (2014: TEUR 249) ausgewiesen.

Der **Betriebszweig Service** hat im Berichtsjahr seinen Dienst aufgenommen und weist ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis aus (TEUR 1).

Die Darstellung und Beurteilung der Lage der Anstalt und ihrer voraussichtlichen Entwicklung durch den Vorstand im Jahresabschluss und im Lagebericht halten wir für zutreffend.

### C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gem. § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2015 auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, der ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Anstalt. Diese beinhaltet auch die gesetzlich zulässige Ausübung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten sowie die Einschätzung von Chancen und Risiken.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss. Er wurde am 17. November 2015 festgestellt.

Unsere Aufgabe war es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben. Hierbei war auch zu prüfen, ob der Vorstand sein Ermessen im zulässigen Rahmen ausgeübt hat.

Gemäß § 89 Abs. 3 GemO i.V.m. § 4 KomEinrPrV RP erstreckte sich unsere Prüfung auch auf die Feststellungen, ob

1. die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen sowie die Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet sind,
2. der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Anstalt erwecken,

3. die wirtschaftlichen Verhältnisse geordnet sind und die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der geprüften Anstalt, verlustbringende Geschäfte sowie - soweit zutreffend - die Ursachen von Verlusten und eines Jahresverlustes dargestellt sind,
4. die Geschäftsführung Anlass zu Beanstandungen gibt.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie erarbeitet. Diese basiert auf einer Einschätzung des Unternehmensumfelds, Auskünften des Vorstands über die wesentlichen Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, analytischen Prüfungshandlungen zur Einschätzung von Prüfungsrisiken und zur vorläufigen Beurteilung der Lage der Anstalt sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Anstalt. Es wurden auch unsere Feststellungen aus der vorangegangenen Jahresabschlussprüfung berücksichtigt. Zur Festlegung von Prüfungsschwerpunkten sind daraufhin kritische Prüfungsziele identifiziert und es ist ein Prüfungsprogramm entwickelt worden. In diesem Prüfungsprogramm sind der Ansatz und die Schwerpunkte der Prüfung sowie die Art und der Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Dabei werden auch die zeitliche Abfolge der Prüfung und der Mitarbeiterinsatz geplant.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten der Prüfung:

1. Anlagevermögen,
2. Rückstellungen,
3. Aufwendungen.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl unserer risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der von uns durchgeführten Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Bei unserer Prüfung nach § 53 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 HGrG haben wir den IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir unserem prüferischen Vorgehen insbesondere den darin enthaltenen Fragenkatalog, der mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums, des Bundesrechnungshofs und der Landesrechnungshöfe erarbeitet wurde, zugrunde gelegt. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen in Abschnitt E. dieses Berichts sowie auf die in Anlage 10 zu diesem Bericht zusammengestellten Angaben.

Wir haben die Prüfung vom 13. Juni bis 18. Juli 2016 in den Räumen der Anstalt und anschließend in unserem Büro in Koblenz durchgeführt.

Alle erbetenen Auskünfte und Nachweise wurden uns von dem Vorstand bzw. den von dem Vorstand ermächtigten Personen bereitwillig erteilt. Die von dem Vorstand unterzeichnete berufübliche Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Ausgehend von den Erkenntnissen aus der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden insbesondere folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

Prüffeld	Prüfung der Bestandsnachweise	Prüfung der Bewertung
Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Materielle und formelle Kontrolle des Bestandsverzeichnisses, stichprobenweise Einsicht der Eingangsrechnungen für Zugänge, Abgänge anhand Ausgangsrechnungen oder Verschrotungsprotokollen, Verträge, Kontoauszüge, Bankbestätigungen	Zugangsbewertung Anschaffungskosten anhand Eingangsrechnungen, Herstellungskosten anhand geeigneter Materialrechnungen, Stundenaufstellungen  Folgebewertung anhand interner Abschreibungspläne
Finanzanlagen	Gesellschaftsverträge, Darlehensverträge, Saldenbestätigungen	Folgebewertung anhand Jahresabschlüssen, Saldenbestätigungen
Pensionsrückstellungen	Versicherungsmathematische Gutachten, Mengengerüst anhand Personalunterlagen	RückAbzinsV Bewertungsverfahren
Sonstige Rückstellungen	Aufstellungen der Anstalt, Rechtsanwaltsbestätigungen	Erfüllungsbeträge anhand Einsicht von geeigneten Unterlagen und Berechnungen, Abschätzung von Erfüllungsbeträgen, Rechtsanwaltsbestätigungen, Abzinsung
Aufwendungen	Stichprobenweise Prüfung von Posten mit absoluter und relativer Bedeutung	Ein- und Ausgangsrechnungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen basiert auf der Arbeit von Sachverständigen. Wir haben uns von der Qualifikation des versicherungsmathematischen Sachverständigen überzeugt und die Bewertung der Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen durch Plausibilitätskontrollen geprüft. Nach unserer Auffassung ist die Vorgehensweise im Rahmen der Gutachten sachgerecht und schlüssig.

Prüfungshemmnisse lagen nicht vor.

Auskünfte erteilen uns:

- Herr Bernhard Eck, Vorstand,
- Herr Jürgen Meier, Leiter Rechnungswesen.

Die nach § 4 KomEinrPrV RP i.V.m. Ziff. 15 VV KomEinrPrV RP erforderlichen Angaben machen wir wie folgt:

- Angaben zur Prüfbereitschaft bei Aufnahme der Prüfung:  
Bei Aufnahme der Prüfung lag ein prüfbereiter Jahresabschluss vor.
- Wesentliche Abweichungen zwischen dem nach § 27 Abs. 1 EigAnVO aufgestellten und dem geprüften Jahresabschluss:  
Wesentliche Abweichungen ergaben sich nicht.
- Namen der mit der Prüfung betrauten Personen:

Prüfungsleiter: Herr Uwe Gieseke, Dipl.-Kfm.

Prüfer: Herr Tobias Giesen, Dipl.-Kfm.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) der Anstalt erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung der Programme der Firma Schleupen.

Die Bücher der Anstalt sind ordnungsgemäß geführt. Die Buchhaltung des Vorjahres ist mit den Abschlussbuchungen abgeschlossen.

Die Buchungen sind ordnungsgemäß belegt und sachlich richtig. Die Buchführung ist nach unserer in Stichproben durchgeführten Prüfung beweiskräftig.

Zur Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung im Hinblick auf die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme haben wir im Rahmen unserer mehrjährigen Prüfungsplanung bereits in den Vorjahren gesonderte Prüfungshandlungen durchgeführt. Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Tatsachen bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung sprechen.

Das von der Anstalt eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Abläufe vor.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

## 2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der als Anlage 1 beiliegt, ist auf dem von uns geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 aufgebaut und unter Einbeziehung der Inventurergebnisse richtig und vollständig aus den Büchern entwickelt.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind unter Beachtung der handelsrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß nachgewiesen.

Das handelsrechtliche Gliederungsschema für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung (Gesamtkostenverfahren) wurde unter Beachtung der besonderen Formvorschriften der EigAnVO angewandt.

Im Rahmen der Bewertung werden die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften beachtet.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

Die Ausnahmeregelung gemäß § 286 Abs. 4 wurde zu Recht in Anspruch genommen.

Soweit die Anstalt nach dem Gesetz ein Wahlrecht hat, Ausweise oder Vermerke alternativ im Anhang darzustellen, wurde die Darstellung im Anhang aus Gründen der Übersichtlichkeit des Abschlusses vorgezogen.

Nach der Erklärung des Vorstands und den Feststellungen im Rahmen unserer Prüfung sind sämtliche Aktiva und Passiva erfasst, die Rückstellungen nach den bei Bilanzaufstellung vorliegenden Erkenntnissen ausreichend bemessen. Haftungsverhältnisse i.S. von § 251 HGB liegen nicht vor.

### 3. Der Lagebericht

Der Lagebericht 2015 des Vorstands ist dem Bericht als Anlage 2 beigefügt.

Der Lagebericht des Vorstands entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Nach den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen werden der Geschäftsverlauf und die Lage der Anstalt zutreffend dargestellt.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss. Er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt.

Die Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

## II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015

### 1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Die allgemeinen Grundsätze über die Bewertung und die Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden wurden beachtet. Hinsichtlich der einzelnen angewandten und geprüften Bewertungsgrundlagen und -methoden verweisen wir auf die Ausführungen der Anstalt im Anhang sowie unsere Darstellungen unter "C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung".

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen. Bewertungswahlrechte wurden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt. Eine Änderung bei der Ausnutzung von Ermessensspielräumen ergab sich nicht. Ermessensspielräume wurden dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht folgend ausgeübt.

Über sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, ist nicht zu berichten.

### 2. Gesamtaussage

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 ist richtig aus den Büchern entwickelt. Er entspricht in seiner Gliederung und Bewertung den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung. Die Buchführung ist ordnungsgemäß; sie entspricht ebenfalls dem Gesetz.

Nach unserer Beurteilung vermittelt der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und der Ertragslage der Anstalt.

### III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses

#### 1. Vermögenslage - konsolidiert -

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	
<b>A. Vermögen</b>					
<b>I. Anlagevermögen</b>					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	187	0,2	0,2	217	-30
2. Sachanlagen	75.382	79,1	80,2	75.342	40
3. Finanzanlagen	418	0,4	0,7	600	-182
4. Summe	<b>75.987</b>	<b>79,7</b>	<b>81,1</b>	<b>76.159</b>	<b>-172</b>
<b>II. Umlaufvermögen</b>					
1. Vorräte	65	0,1	0,1	73	-8
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.691	7,0	6,6	6.214	477
3. Forderungen an die Gemeinde	11.322	11,9	10,8	10.129	1.193
4. Sonstige Vermögensgegenstände	175	0,2	0,1	128	47
5. Liquide Mittel	1.075	1,1	1,3	1.252	-177
6. Summe	<b>19.328</b>	<b>20,3</b>	<b>18,9</b>	<b>17.796</b>	<b>1.532</b>
<b>III. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>3</b>	<b>0</b>
<b>IV. Vermögen gesamt</b>	<b>95.318</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>93.958</b>	<b>1.360</b>
<b>B. Kapital</b>					
<b>I. Eigenkapital/eigenkapitalähnliche Posten</b>					
1. Stammkapital	15.564	16,3	16,5	15.564	0
2. Zweckgebundene Rücklagen	15.162	15,9	15,5	14.555	607
3. Allgemeine Rücklage	36.712	38,5	38,7	36.348	364
4. Verlustvortrag	-259	-0,3	-0,2	-195	-64
5. Jahresgewinn	269	0,3	0,3	300	-31
6. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	495	0,5	0,6	523	-28
7. Empfangene Ertragszuschüsse	16.425	17,3	18,2	17.070	-645
8. Summe	<b>84.368</b>	<b>88,5</b>	<b>89,6</b>	<b>84.165</b>	<b>203</b>
<b>II. Fremdkapital</b>					
1. Pensionsrückstellungen	3.369	3,6	3,3	3.123	246
2. Sonstige Rückstellungen	1.340	1,4	1,1	1.016	324
3. Förderdarlehen	215	0,1	0,2	246	-31
4. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	208	0,2	0,3	248	-40
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	921	1,0	1,0	898	23
6. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	656	0,7	0,3	317	339
7. Sonstige Verbindlichkeiten	4.239	4,5	4,2	3.940	299
8. Summe	<b>10.948</b>	<b>11,5</b>	<b>10,4</b>	<b>9.788</b>	<b>1.160</b>
<b>III. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>5</b>	<b>-3</b>
<b>IV. Kapital gesamt</b>	<b>95.318</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>93.958</b>	<b>1.360</b>

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

Vermögenslage Betriebszweig Abwasserbeseitigung

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	
<b>A. Vermögen</b>					
<b>I. Anlagevermögen</b>					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	97	0,1	0,1	107	-10
2. Sachanlagen	66.383	87,1	88,0	66.567	-184
3. Finanzanlagen	262	0,3	0,6	444	-182
4. Summe	<b>66.742</b>	<b>87,5</b>	<b>88,7</b>	<b>67.118</b>	<b>-376</b>
<b>II. Umlaufvermögen</b>					
1. Vorräte	26	0,0	0,0	24	2
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.737	6,2	6,0	4.547	190
3. Forderungen an die anderen Betriebszweige	289	0,5	0,6	430	-141
4. Forderungen an die Gemeinde	4.146	5,4	4,4	3.268	878
5. Sonstige Vermögensgegenstände	71	0,1	0,1	63	8
6. Liquide Mittel	256	0,3	0,2	174	82
7. Summe	<b>9.525</b>	<b>12,5</b>	<b>11,3</b>	<b>8.506</b>	<b>1.019</b>
<b>III. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>4</b>	<b>-1</b>
<b>IV. Vermögen gesamt</b>	<b>76.270</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>75.628</b>	<b>642</b>
<b>B. Kapital</b>					
<b>I. Eigenkapital/eigenkapitalähnliche Posten</b>					
1. Stammkapital	15.350	20,1	20,4	15.400	-50
2. Zweckgebundene Rücklagen	15.162	19,9	19,2	14.555	607
3. Allgemeine Rücklage	23.101	30,3	30,1	22.752	349
4. Jahresgewinn	502	0,7	0,5	349	153
5. Empfangene Ertragszuschüsse	16.425	21,5	22,5	17.070	-645
6. Summe	<b>70.540</b>	<b>92,5</b>	<b>92,7</b>	<b>70.126</b>	<b>414</b>
<b>II. Fremdkapital</b>					
1. Pensionsrückstellungen	1.786	2,3	2,2	1.658	128
2. Sonstige Rückstellungen	161	0,2	0,2	157	4
3. Förderdarlehen	215	0,3	0,3	246	-31
4. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	208	0,3	0,3	248	-40
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	608	0,8	0,7	527	81
6. Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen	355	0,5	0,6	411	-56
7. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	282	0,4	0,2	175	107
8. Sonstige Verbindlichkeiten	2.115	2,7	2,8	2.080	35
9. Summe	<b>5.730</b>	<b>7,5</b>	<b>7,3</b>	<b>5.502</b>	<b>228</b>
<b>III. Kapital gesamt</b>	<b>76.270</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>75.628</b>	<b>642</b>

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

### Erläuterungen zur Vermögenslage Betriebszweig Abwasserbeseitigung

Das Anlagevermögen verringerte sich insgesamt um TEUR 376.

Den Investitionen in Höhe von TEUR 2.505 standen Abschreibungen von TEUR 2.697, Abgänge von TEUR 2 und die Rückführung sonstiger Ausleihungen (TEUR 182) gegenüber.

Die wichtigsten Investitionen waren:

Hausanschlüsse

Kanalbaumaßnahmen

- Böchinger Straße
- Schneiderstraße
- Godramstein
- Gewerbegebiet D 10

Erneuerung E-Technik Kläranlage

Übrige Investitionen

	TEUR
Hausanschlüsse	1.073
Kanalbaumaßnahmen	
- Böchinger Straße	364
- Schneiderstraße	332
- Godramstein	307
- Gewerbegebiet D 10	153
Erneuerung E-Technik Kläranlage	208
Übrige Investitionen	68
	<b>2.505</b>

Die Finanzanlagen betragen TEUR 262. Hier erfolgte die Tilgung in Höhe von TEUR 182.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen um TEUR 190. Dabei erhöhten sich insbesondere die Forderungen auf den noch nicht abgerechneten Verbrauch.

Die Forderungen an die anderen Betriebszweige in Höhe von TEUR 289 bestehen bei den Betriebszweigen Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau und Service im Wesentlichen aus der Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten und der Abschreibung. Bei den Forderungen an den Betriebszweig Service handelt es sich um Forderungen aus der Übertragung des Anlagevermögens zum 1. Januar 2015 sowie aus Kostenerstattungen.

In den Forderungen an die Gemeinde in Höhe von TEUR 4.146 sind in Höhe von TEUR 2.599 die der Stadt zur Verfügung gestellten liquiden Mittel ausgewiesen. Darüber hinaus wurde der Anteil der Stadt an den in voller Höhe bei der Anstalt ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in 2015 als Forderung in Höhe von TEUR 965 eingebucht. Weitere wesentliche Forderungen sind die Forderungen aus dem Investitionskostenanteil.

Die liquiden Mittel in Höhe von TEUR 256 bestehen aus der Verwaltungskasse, der Barkasse für die Bareinzahlung von Gebührenschuldern und einem Termingeldkonto.

Das Stammkapital reduzierte sich um TEUR 50 aufgrund der Übertragung auf den neu gegründeten Betriebszweig Service per 1. Januar 2015.

Die Veränderung der zweckgebundenen Rücklagen in Höhe von TEUR 607 resultiert aus der Verrechnung der Abwasserabgaben für die Jahre 2012 bis 2014 mit Investitionen für die Maßnahme Kläranlage Landau.

Der allgemeinen Rücklage wurde gemäß Stadtratsbeschluss vom 17. November 2015 der Jahresüberschuss des Vorjahres in Höhe von TEUR 349 zugeführt. Im Berichtsjahr beträgt das Jahresergebnis TEUR 502.

Die empfangenen Ertragszuschüsse reduzierten sich um TEUR 645. Den planmäßigen Auflösungen in Höhe von TEUR 989 stehen Zuführungsbeträge in Höhe von TEUR 344 gegenüber.

Für die bei der Anstalt aktuell oder ehemals beschäftigten Beamten wurden Pensionsrückstellungen (TEUR 1.786) gebildet. Dienstzeiten der Beamten bei der Stadt wurden durch die Bildung von Forderungen an die Gemeinde berücksichtigt.

In Vorjahren wurden die anteiligen Pensionsverpflichtungen als Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt ausgewiesen, nach Gründung der Anstalt ist diese jedoch beamtenrechtlicher Dienstherr der beschäftigten Beamten und die Pensionsverpflichtungen bestehen bei der Anstalt.

Bei den sonstigen Rückstellungen ist eine Zunahme von TEUR 4 auf TEUR 161 zu verzeichnen.

Wesentliche Posten sind die Rückstellung für Klärschlambeseitigung in Höhe von TEUR 90, die Rückstellung für Überstunden/Urlaubsansprüche von TEUR 34 sowie die Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 24. Dabei erhöhte sich die Rückstellung für Klärschlambeseitigung um TEUR 56, da zum Bilanzstichtag eine höhere Anzahl von Tonnen Klärschlamm auf dem Klärschlammager der Kläranlage Landau-Mörlheim lagerten.

Die Förderdarlehen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um die planmäßigen Tilgungen in Höhe von TEUR 31 bzw. TEUR 40.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 81.

Die Verbindlichkeiten an die anderen Betriebszweige enthalten im Wesentlichen anteilige Kosten für die Buchhaltung, die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten, EDV-Kosten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Beim Betriebszweig Service sind zudem noch Verbindlichkeiten für die Übertragung von Bilanzwerten enthalten.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde ist eine Zunahme von TEUR 107 auf TEUR 282 zu verzeichnen.

Der Posten enthält in 2015 in Höhe von TEUR 122 die Verbindlichkeiten aus anteiligen Pensionsverpflichtungen für Beamte, die mittlerweile wieder bei der Stadt beschäftigt sind.

In den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.115 sind Anzahlungen auf Gebühren enthalten, die erst im Folgejahr verrechnet werden.

Vermögenslage Betriebszweig Abfallentsorgung

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	
<b>A. Vermögen</b>					
I. <u>Anlagevermögen</u>					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0,0	0,7	106	-105
2. Sachanlagen	1.468	9,6	19,2	2.979	-1.511
3. Finanzanlagen	3.795	24,7	22,5	3.484	311
4. Summe	<b>5.264</b>	<b>34,3</b>	<b>42,4</b>	<b>6.569</b>	<b>-1.305</b>
II. <u>Umlaufvermögen</u>					
1. Vorräte	14	0,1	0,1	15	-1
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.773	11,5	9,8	1.522	251
3. Forderungen an die anderen Betriebszweige	1.750	11,4	2,2	340	1.410
4. Forderungen an die Gemeinde	5.766	37,6	38,4	5.946	-180
5. Sonstige Vermögensgegenstände	25	0,2	0,2	27	-2
6. Liquide Mittel	758	4,9	6,9	1.064	-306
7. Summe	<b>10.086</b>	<b>65,7</b>	<b>57,6</b>	<b>8.914</b>	<b>1.172</b>
III. <u>Vermögen gesamt</u>	<b>15.350</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>15.483</b>	<b>-133</b>
<b>B. Kapital</b>					
I. <u>Eigenkapital/eigenkapitalähnliche Posten</u>					
1. Stammkapital	52	0,3	0,3	52	0
2. Allgemeine Rücklage	10.785	70,3	69,3	10.728	57
3. Jahresverlust/-gewinn	-30	-0,2	0,4	57	-87
4. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	0	0,0	1,2	192	-192
5. Summe	<b>10.807</b>	<b>70,4</b>	<b>71,2</b>	<b>11.029</b>	<b>-222</b>
II. <u>Fremdkapital</u>					
1. Pensionsrückstellungen	1.359	8,8	8,1	1.247	112
2. Sonstige Rückstellungen	745	4,9	4,9	756	-11
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	153	1,0	2,0	306	-153
4. Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen	295	1,9	2,3	356	-61
5. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	103	0,7	0,5	83	20
6. Sonstige Verbindlichkeiten	1.888	12,3	11,0	1.706	182
7. Summe	<b>4.543</b>	<b>29,6</b>	<b>28,8</b>	<b>4.454</b>	<b>89</b>
III. <u>Kapital gesamt</u>	<b>15.350</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>15.483</b>	<b>-133</b>

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

### Erläuterungen zur Vermögenslage Betriebszweig Abfallentsorgung

Bei dem Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) des Betriebszweiges Abfallentsorgung standen den Investitionen in Sachanlagen von TEUR 201, Abschreibungen von TEUR 165 und Abgänge von TEUR 1.652 gegenüber, so dass der Posten um TEUR 1.616 abnahm. Die Abgänge betreffen im mit TEUR 1.648 Anlagen, die auf den neuen Betriebszweig Service übertragen wurden.

Die Investitionen des Berichtsjahres waren:

Müllgefäße

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bürostuhl)

Anlagen im Bau (neuer Wertstoffhof)

TEUR
65
1
135
201

Bei den sonstigen Ausleihungen stand den eingehenden Tilgungen von TEUR 109, ein dem Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau (LAGA) gewährtes Darlehen von TEUR 420 gegenüber, so dass die Finanzanlagen insgesamt um TEUR 311 anstiegen.

Die Forderungen an die anderen Betriebszweige betreffen mit TEUR 129 den Betriebszweig Abwasserbeseitigung, mit TEUR 62 den Bauhof, mit TEUR 4 die LAGA und mit TEUR 1.555 den neuen Betriebszweig Service.

Die Forderungen an den Betriebszweig Service resultieren im Wesentlichen aus der Übergabe von Anlagevermögen.

Des Weiteren handelt es sich bei den Forderungen an die anderen Betriebszweige um dort vereinnahmte Erträge, die dem Betriebszweig Abfallentsorgung zustehen.

Die Forderungen an die Gemeinde resultieren im Wesentlichen daraus, dass die Anstalt einen Teil ihrer liquiden Mittel (TEUR 4.626; 2014: TEUR 4.914) der Stadt zur Verfügung stellt. Darüber hinaus wird der Anteil der Stadt an den in voller Höhe bei der Anstalt ausgewiesenen Pensionsrückstellungen als Forderung ausgewiesen (TEUR 925; 2014: TEUR 806). Der Anteil ermittelt sich aus Dienstzeiten, die die Beamten bei der Stadt beschäftigt waren. Der Anstieg ist verursacht durch den Anstieg bei den Pensionsrückstellungen.

Bei den liquiden Mitteln handelt es sich im Wesentlichen um Festgeldguthaben bei der VR Bank Landau.

Insgesamt ist das Umlaufvermögen um TEUR 1.172 auf TEUR 10.086 angestiegen.

Der Jahresgewinn des Jahres 2014 (TEUR 57) wurde auf Beschluss des Stadtrates der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen (Landeszuweisungen zur Finanzierung des Verwaltungsgebäudes) wurde zusammen mit dem Verwaltungsgebäude auf den Betriebszweig Service übertragen.

Nach Berücksichtigung des Jahresverlustes 2015 von TEUR 30 ergibt sich beim Eigenkapital/eigenkapitalähnliche Posten insgesamt eine Abnahme von TEUR 222 auf TEUR 10.807.

Für die beim EWL aktuell oder ehemals beschäftigten Beamten wurden Pensionsrückstellungen gebildet. Der Ansatz des Betriebszweiges Abfall war gemäß Pensionsgutachten um TEUR 112 zu erhöhen. Dienstzeiten der Beamten bei der Stadt wurden durch die Bildung von Forderungen an die Gemeinde berücksichtigt.

Von den sonstigen Rückstellungen entfallen TEUR 567 (2014: TEUR 684) auf die Nachsorgeaufwendungen der Mülldeponien "Am roten Weg" und "Grube Büchner".

Von den übrigen sonstigen Rückstellungen (TEUR 178) betreffen TEUR 153 eine Nachzahlung an den Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS), der in seinem Geschäftsbericht 2015 entsprechende Verluste ausweist. Darüber hinaus werden die üblichen Rückstellungen für interne und externe Kosten der Jahresabschlussprüfung sowie Urlaubsansprüche ausgewiesen. Die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtung (TEUR 59) wurde auf den Betriebszweig Service übertragen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verringerten sich stichtagsbedingt um TEUR 153.

Die Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen betreffen mit TEUR 98 den Betriebszweig Abwasserbeseitigung, mit TEUR 97 den Betriebszweig Bauhof und mit TEUR 100 den Betriebszweig Service.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung betreffen anteilige Betriebs- und Verwaltungskosten sowie Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten, die anteilig den Betriebszweig Abfallentsorgung betreffen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof resultieren aus den Leistungen im Bereich Müllsammlung, die der Betriebszweig Bauhof für den Betriebszweig Abfallentsorgung erbringt.

Die Verbindlichkeiten waren um TEUR 44 rückläufig, da im Berichtsjahr zeitnäher abgerechnet wurde.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem neuen Betriebszweig Service betreffen Personal- und Verwaltungstätigkeiten (TEUR 100).

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde handelt es sich überwiegend um anteilige Pensionsverpflichtungen für Beamte, die mittlerweile wieder bei der Stadt beschäftigt sind.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um erhaltene Abschlagszahlungen der Kunden in Höhe von TEUR 1.888 (Vorjahr: TEUR 1.706).

Insgesamt sind die Verbindlichkeiten einschließlich Rückstellungen um TEUR 89 auf TEUR 4.543 gestiegen.

Vermögenslage Betriebszweig Straßenreinigung

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	
<b>A. Vermögen</b>					
I. <u>Anlagevermögen</u>					
1. Sachanlagen	53	2,3	0,8	18	35
2. Finanzanlagen	1.795	77,9	74,9	1.705	90
3. Summe	<b>1.848</b>	<b>80,2</b>	<b>75,7</b>	<b>1.723</b>	<b>125</b>
II. <u>Umlaufvermögen</u>					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	173	7,5	6,2	142	31
2. Forderungen an die anderen Betriebszweige	108	4,7	4,3	97	11
3. Forderungen an die Gemeinde	168	7,3	13,7	312	-144
4. Liquide Mittel	8	0,3	0,1	3	5
5. Summe	<b>457</b>	<b>19,8</b>	<b>24,3</b>	<b>554</b>	<b>-97</b>
III. <u>Vermögen gesamt</u>	<b>2.305</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>2.277</b>	<b>28</b>
<b>B. Kapital</b>					
I. <u>Eigenkapital</u>					
1. Stammkapital	52	2,2	2,3	52	0
2. Allgemeine Rücklage	1.673	72,6	72,4	1.648	25
3. Jahresgewinn	23	1,0	1,1	25	-2
4. Summe	<b>1.748</b>	<b>75,8</b>	<b>75,8</b>	<b>1.725</b>	<b>23</b>
II. <u>Fremdkapital</u>					
1. Pensionsrückstellungen	224	9,7	9,6	218	6
2. Sonstige Rückstellungen	5	0,2	0,8	18	-13
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12	0,5	0,6	15	-3
4. Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen	84	3,7	4,5	103	-19
5. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	48	2,1	2,0	45	3
6. Sonstige Verbindlichkeiten	184	8,0	6,7	153	31
7. Summe	<b>557</b>	<b>24,2</b>	<b>24,2</b>	<b>552</b>	<b>5</b>
III. <u>Kapital gesamt</u>	<b>2.305</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>2.277</b>	<b>28</b>

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

### Erläuterungen zur Vermögenslage Betriebszweig Straßenreinigung

Das Anlagevermögen des Betriebszweiges Straßenreinigung besteht ganz überwiegend aus dem als Finanzanlagevermögen ausgewiesenen inneren Darlehen, das dem Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau gewährt wurde. Das Darlehen wurde im Berichtsjahr um TEUR 90 auf nunmehr TEUR 1.795 aufgestockt.

Die Sachanlagen erhöhten sich durch Investitionen von TEUR 38 bei planmäßigen Abschreibungen von TEUR 3 um TEUR 35. Bei den Investitionen handelt es sich um 70 Abfallbehälter.

Der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist auf die räumliche Ausweitung der Tätigkeiten in die Außenbezirke der Stadt Landau zurückzuführen.

Die Forderungen an die anderen Betriebszweige betreffen mit TEUR 73 den Betriebszweig Abwasserbeseitigung, mit TEUR 14 die LAGA und mit TEUR 21 den neuen Betriebszweig Service.

Die liquiden Mittel des Betriebszweiges werden der Stadt entsprechend § 12 Abs. 2 EigAnVO zur Verfügung gestellt und somit als Forderung an die Gemeinde ausgewiesen. Die Forderung an die Gemeinde aus den zur Verfügung gestellten liquiden Mittel nahm im Berichtsjahr um TEUR 175 auf TEUR -64 ab.

Darüber hinaus enthält der Posten Forderungen an die Stadt aus Pensionsverpflichtungen gegenüber Beamten für Dienstzeiten, die die Beamten für die Stadt erbracht haben (TEUR 140). Dieser Posten hat um TEUR 19 zugenommen.

Die liquiden Mittel betreffen ein Kontokorrentkonto bei der VR Bank Südpfalz eG.

Insgesamt ist das Umlaufvermögen des Betriebszweiges um TEUR 97 auf TEUR 457 zurückgegangen.

Der Jahresgewinn 2014 (TEUR 25) wurde auf Beschluss des Stadtrates der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Nach Berücksichtigung des Jahresgewinns 2015 von TEUR 23 ergibt sich insgesamt ein Eigenkapital von TEUR 1.748.

Für die beim EWL aktuell oder ehemals beschäftigten Beamten wurden Pensionsrückstellungen (+TEUR 6) gebildet. Dienstzeiten der Beamten bei der Stadt wurden durch die Bildung von Forderungen an die Gemeinde berücksichtigt.

Die Abnahme bei den sonstigen Rückstellungen ist im Wesentlichen auf die (anteilige) Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen zurückzuführen, die auf den Betriebszweig Service übergegangen ist (TEUR 16). Die verbliebenen, ausgewiesenen Rückstellungen betreffen die internen und externen Kosten der Jahresabschlussprüfung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen betreffen mit TEUR 2 den Betriebszweig Abwasserbeseitigung, mit TEUR 66 den Betriebszweig Bauhof und mit TEUR 16 den Betriebszweig Service.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde handelt es sich überwiegend um anteilige Pensionsverpflichtungen für Beamte, die mittlerweile wieder bei der Stadt beschäftigt sind.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen Anzahlungen auf Straßenreinigungsgebühren, die erst im Folgejahr abgerechnet werden.

Insgesamt sind die Verbindlichkeiten einschließlich Rückstellungen um TEUR 5 auf TEUR 557 gestiegen.

Vermögenslage Betriebszweig Bauhof

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	
<b>A. Vermögen</b>					
I. <u>Anlagevermögen</u>					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0,0	0,1	3	-1
2. Sachanlagen	3.814	79,8	81,9	3.906	-92
3. Summe	<b>3.816</b>	<b>79,8</b>	<b>82,0</b>	<b>3.909</b>	<b>-93</b>
II. <u>Umlaufvermögen</u>					
1. Vorräte	25	0,5	0,7	34	-9
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2	0,0	0,0	1	1
3. Forderungen an die anderen Betriebszweige	225	4,7	4,4	208	17
4. Forderungen an die Gemeinde	638	13,4	12,4	593	45
5. Sonstige Vermögensgegenstände	73	1,6	0,5	23	50
6. Liquide Mittel	1	0,0	0,0	0	1
7. Summe	<b>964</b>	<b>20,2</b>	<b>18,0</b>	<b>859</b>	<b>105</b>
III. <u>Vermögen gesamt</u>	<b>4.780</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>4.768</b>	<b>12</b>
<b>B. Kapital</b>					
I. <u>Eigenkapital</u>					
1. Stammkapital	50	1,0	1,0	50	0
2. Allgemeine Rücklage	1.153	24,1	25,6	1.220	-67
3. Jahresverlust	-154	-3,2	-1,4	-67	-87
4. Summe	<b>1.049</b>	<b>21,9</b>	<b>25,2</b>	<b>1.203</b>	<b>-154</b>
II. <u>Fremdkapital</u>					
1. Sonstige Rückstellungen	188	3,9	1,7	82	106
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	41	0,9	0,6	26	15
3. Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen	3.282	68,7	72,5	3.456	-174
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	219	4,6	0,0	0	219
5. Sonstige Verbindlichkeiten	1	0,0	0,0	1	0
6. Summe	<b>3.731</b>	<b>78,1</b>	<b>74,8</b>	<b>3.565</b>	<b>166</b>
III. <u>Kapital gesamt</u>	<b>4.780</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>4.768</b>	<b>12</b>

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

### Erläuterungen zur Vermögenslage Betriebszweig Bauhof

Das Anlagevermögen des Betriebszweiges Bauhof verringerte sich im Berichtsjahr um TEUR 93 auf TEUR 3.816.

Den Zugängen in Höhe von TEUR 192 stehen Abschreibungen von TEUR 285 gegenüber.

Die Zugänge setzen sich wie folgt zusammen.

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-,  
Betriebs- und anderen Bauten

- Grundstücksfläche

Maschinen und maschinelle Anlagen

- Asphalt-Thermo-Container
- Markiermaschine
- Sonstiges

Betriebs- und Geschäftsausstattung

- Acht Parkscheinautomaten
- Sonstiges

TEUR	TEUR
	108
40	
10	
3	
	53
25	
6	
	31
	192

Als Vorräte (TEUR 25) sind im Wesentlichen Sand, Splitt und verschiedene Schmierstoffe ausgewiesen.

Von den Forderungen an die Gemeinde ist der Anteil am Guthaben des Sparkassenkontos um TEUR 47 auf TEUR 104 gestiegen, die Forderungen für Leistungen an die Stadt Landau sind um TEUR 2 auf TEUR 534 zurückgegangen, so dass der Posten um TEUR 45 zunahm. Der EWL stellt sein Guthaben auf dem Sparkassenkonto entsprechend § 12 Abs. 2 EigAnVO der Stadt zur Verfügung.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Forderungen aus Versicherungsleistungen sowie Forderungen an die Arbeitsagentur.

Das Eigenkapital verringerte sich in Höhe des Jahresergebnisses um TEUR 154 auf TEUR 1.049.

Der Jahresfehlbetrag 2014 von TEUR 67 wurde gemäß Stadtratsbeschluss vom 17. November 2015 mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

Die sonstigen Rückstellungen erhöhten sich im Berichtsjahr um TEUR 106 auf TEUR 188. Hauptgrund ist die Zuführung der Rückstellung für Überstunden (TEUR 145), die im Berichtsjahr erstmalig gebildet wurde.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen ist im Wesentlichen das Darlehen des Betriebszweigs Abfallentsorgung für den Bau des Bauhofs ausgewiesen. Es wurde im Berichtsjahr um die planmäßige Tilgung von TEUR 109 auf TEUR 3.219 zurückgeführt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde enthalten Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt für den Monat Dezember (TEUR 219). Im Vorjahr waren diese Kosten am Bilanzstichtag bereits beglichen.

Vermögenslage Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	
<b>A. Vermögen</b>					
<b>I. Anlagevermögen</b>					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0,1	1	-1
2. Sachanlagen	2.235	96,2	98,0	1.873	362
3. Summe	<b>2.235</b>	<b>96,2</b>	<b>98,1</b>	<b>1.874</b>	<b>361</b>
<b>II. Umlaufvermögen</b>					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3	0,1	0,2	3	0
2. Forderungen an die anderen Betriebszweige	17	0,7	0,0	0	17
3. Forderungen an die Gemeinde	10	0,4	0,5	10	0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	7	0,3	0,7	14	-7
5. Liquide Mittel	51	2,3	0,5	10	41
6. Summe	<b>88</b>	<b>3,8</b>	<b>1,9</b>	<b>37</b>	<b>51</b>
<b>III. Vermögen gesamt</b>	<b>2.323</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>1.911</b>	<b>412</b>
<b>B. Kapital</b>					
<b>I. Eigenkapital/eigenkapitalähnliche Posten</b>					
1. Stammkapital	10	0,4	0,5	10	0
2. Verlustvortrag	-259	-11,1	-10,2	-195	-64
3. Jahresverlust	-73	-3,2	-3,3	-64	-9
4. Summe	-322	-13,9	-13,0	-249	-73
5. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	320	13,8	17,3	331	-11
6. Summe	<b>-2</b>	<b>-0,1</b>	<b>4,3</b>	<b>82</b>	<b>-84</b>
<b>II. Fremdkapital</b>					
1. Sonstige Rückstellungen	2	0,0	0,1	3	-1
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48	2,1	1,3	24	24
3. Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen	2.273	97,9	93,3	1.783	490
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	0	0,0	0,7	14	-14
5. Summe	<b>2.323</b>	<b>100,0</b>	<b>95,4</b>	<b>1.824</b>	<b>499</b>
<b>III. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>5</b>	<b>-3</b>
<b>IV. Kapital gesamt</b>	<b>2.323</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>1.911</b>	<b>412</b>

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

### Erläuterungen zur Vermögenslage Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau

Bei dem Anlagevermögen des Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau standen den Investitionen von TEUR 422 Abschreibungen von TEUR 43 und Abgänge von TEUR 18 gegenüber, so dass das Anlagevermögen insgesamt um TEUR 361 anstieg.

Die Investitionen setzen sich wie folgt zusammen:

#### Grundstück mit Gebäude

- Umbaumaßnahmen DiZaP, Außenanlagen im südl. Bereich und den Zugang der Stellplätze

TEUR
------

422
-----

Bei dem DiZaP handelt es sich um eine Liegenschaft des Entwicklungsgebietes "Konversion Landau Süd", Größe 1.152 m<sup>2</sup>, das von der DSK GmbH & Co. KG Wiesbaden erworben wurde. Nach umfangreichen Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten wurde hier das Dienstleistungszentrum am Park (DiZaP) errichtet. Die Büroflächen wurden vermietet an die LGS gGmbH (Betreiber-gesellschaft der Landesgartenschau) und an private Gewerbetreibende. Ein Teil der Flächen wird vom Betriebszweig selbst genutzt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen Betriebskostenabrechnungen von Mietern im DiZaP.

Die Forderung an den Betriebszweig Service in Höhe von TEUR 17 betreffen immaterielle Vermögensgegenstände und Betriebs- und Geschäftsausstattung, die zum 1. Januar 2015 zum Buchwert an den Betriebszweig Service übergegangen sind.

Die Forderung an die Gemeinde betrifft das noch nicht eingezahlte Stammkapital des Betriebszweiges.

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten, neben Umsatzsteuerforderungen, eine Sonderumlage für die Tiefgaragenstellplätze.

Der Jahresverlust 2014 in Höhe von TEUR 64 wurde auf neue Rechnung vorgetragen, der Verlustvortrag hat sich entsprechend erhöht.

Nach Berücksichtigung des Jahresverlustes 2015 von TEUR 73 wird das bilanzielle Eigenkapital mit TEUR 322 negativ. Dieser Betrag entspricht dem in der Bilanz ausgewiesenen "Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag"; das heißt der Betriebszweig ist bilanziell überschuldet.

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen verringerte sich durch die planmäßigen Auflösungen der gewährten Zuschüsse sowie durch den Abgang des Kapitalzuschusses für die Erstausrüstung der Projektgruppe Landesgartenschau um TEUR 11.

Die Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen enthalten mit TEUR 1.795 ein Darlehen von dem Betriebszweig Straßenreinigung. Das Darlehen wurde im Berichtsjahr erneut um TEUR 90 aufgestockt. Weiterhin ist ein Darlehen (TEUR 420) gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung zum Erwerb der Tiefgaragenstellplätze am DiZaP im Berichtsjahr neu aufgenommen worden, was wesentlich zum Anstieg dieses Postens beigetragen hat.

Insgesamt sind die Verbindlichkeiten (einschl. Rückstellungen) des Betriebszweiges Landesgartenschau um TEUR 499 auf TEUR 2.323 angestiegen.

Bei der passiven Rechnungsabgrenzung handelt es sich um bereits vereinnahmte Mieten aus dem DiZaP, die das Jahr 2016 betreffen.

Vermögenslage Betriebszweig Service

		31.12.2015	
		TEUR	%
<b>A. <u>Vermögen</u></b>			
<b>I. <u>Anlagevermögen</u></b>			
1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	88	3,6
2.	Sachanlagen	1.428	59,5
3.	Summe	<b>1.516</b>	<b>63,1</b>
<b>II. <u>Umlaufvermögen</u></b>			
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3	0,1
2.	Forderungen an die anderen Betriebszweige	289	12,0
3.	Forderungen an die Gemeinde	593	24,8
4.	Liquide Mittel	0	0,0
5.	Summe	<b>885</b>	<b>36,9</b>
<b>III. <u>Vermögen gesamt</u></b>		<b>2.401</b>	<b>100,0</b>
<b>B. <u>Kapital</u></b>			
<b>I. <u>Eigenkapital</u></b>			
1.	Stammkapital	50	2,1
2.	Allgemeine Rücklage	0	0,0
3.	Jahresgewinn	1	0,0
4.	Summe	<b>51</b>	<b>2,1</b>
<b>II. <u>Sonderposten aus Investitionszuschüssen</u></b>		<b>175</b>	<b>7,3</b>
<b>III. <u>Fremdkapital</u></b>			
1.	Sonstige Rückstellungen	237	9,9
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	60	2,5
3.	Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen	1.823	75,9
4.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	4	0,2
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	51	2,1
6.	Summe	<b>2.175</b>	<b>90,6</b>
<b>IV. <u>Kapital gesamt</u></b>		<b>2.401</b>	<b>100,0</b>

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

Erläuterungen zur Vermögenslage Betriebszweig Service

Aufgrund der Neugründung des Betriebszweigs Service zum 1. Januar 2015 und der Übertragung von Vermögensgegenständen zum Buchwert aus den Betriebszweigen Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung und Projektentwicklung Landesgartenschau setzt sich das Anlagevermögen wie folgt zusammen:

	TEUR	TEUR
1. Übertragung		
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte		
- Zugang aus Übertragung seitens Betriebszweig Abfallentsorgung und Projektentwicklung Landesgartenschau	581	
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten		
- Übertragung Grund und Boden sowie Gebäude und Außenanlage Friedrich-Ebert-Straße seitens Betriebszweig Abfallentsorgung	3.434	
Betriebs- und Geschäftsausstattung		
- Zugang aus Übertragung seitens Betriebszweig Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung und Projektentwicklung Landesgartenschau	444	
		4.459
2. Investitionen laufendes Jahr		36
3. Übertragung Abschreibungen		-2.792
4. Laufende Abschreibungen		-187
		1.516

Die Forderungen an die anderen Betriebszweige (TEUR 289) betreffen die Einlage des Stammkapitals, die anteilige Übertragung der Rückstellung für Altersteilzeit sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die Forderungen an die Gemeinde betreffen im Wesentlichen den Anteil am Guthaben des Sparkassenkontos in Höhe von TEUR 552 sowie Forderungen für Leistungen an die Stadt Landau (TEUR 41). Der EWL stellt sein Guthaben auf dem Sparkassenkonto entsprechend § 12 Abs. 2 EigAnVO der Stadt zur Verfügung.

Das Eigenkapital entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital (TEUR 50) zuzüglich des Jahresergebnisses für das Wirtschaftsjahr 2015 (TEUR 1).

Der Sonderposten aus Investitionszuschüssen (TEUR 175) enthält eine Landeszuweisung zur anteiligen Finanzierung des Gebäudes Friedrich-Ebert-Straße 5, welche im Wege der Übertragung seitens des Betriebszweiges Abfallentsorgung auf den Betriebszweig Service übergegangen ist.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen mit TEUR 137 die Rückstellung für Altersteilzeit sowie mit TEUR 63 Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen der Erbringung von EDV-Dienstleistungen durch die städtische EDV-Abteilung.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Betriebszweigen sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der anteiligen Übertragung des Anlagevermögens zum 1. Januar 2015 sowie solche aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt für den Monat Dezember (TEUR 51).

## 2. Finanzlage

### Finanzstruktur

	31.12.2015		31.12.2014	
	TEUR	%	%	TEUR
I. <u>Anlagevermögen</u>				
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	187	0,2	0,3	217
2. Sachanlagen	75.382	99,2	98,9	75.342
3. Finanzanlagen	418	0,6	0,8	600
4. Summe	<b>75.987</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>76.159</b>
II. <u>Eigenkapital, eigenkapitalähnliche und langfristiges Fremdkapital</u>				
1. Eigenkapital	67.448	88,8	87,4	66.572
2. Eigenkapitalähnliche Posten	16.920	22,3	23,1	17.593
3. Langfristiges Fremdkapital	4.664	6,1	6,1	4.652
	<b>89.032</b>	<b>117,2</b>	<b>116,6</b>	<b>88.817</b>
III. <u>Überdeckung des langfristigen Vermögens durch langfristiges Kapital</u>	<b>13.045</b>	<b>17,2</b>	<b>16,6</b>	<b>12.658</b>
IV. <u>Kurz- und mittelfristiges Fremdkapital inkl. RAP</u>	<b>6.286</b>	<b>8,3</b>	<b>6,8</b>	<b>5.141</b>
V. <u>Umlaufvermögen inkl. RAP</u>	<b>19.331</b>	<b>25,5</b>	<b>23,4</b>	<b>17.799</b>

### Liquiditätslage

	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
1. Flüssige Mittel und kurzfristige Forderungen inkl. RAP	19.266	17.726
2. Kurz- und mittelfristiges Fremdkapital inkl. RAP	6.286	5.141
3. Liquidität I (Überdeckung)	12.980	12.585
4. Vorräte	65	73
5. Liquidität II (Überdeckung)	<b>13.045</b>	<b>12.658</b>

Bei dieser Darstellung handelt es sich um eine reine Stichtagsbetrachtung, die die Liquiditätslage der Anstalt nur unvollständig wiedergibt.

### 3. Ertragslage

- konsolidiert -

	2015		2014		I. Vgl. z. Vj. %	Ergebnis- aus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR		
<b>A. <u>Betriebsleistung</u></b>						
1. Umsatzerlöse	15.392	92,6	92,4	15.009	2,6	383
2. Aktivierte Eigenleistungen	64	0,4	0,4	69	-7,2	-5
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.170	7,0	7,2	1.164	0,5	6
4. Summe	<b>16.626</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>16.242</b>	<b>2,4</b>	<b>384</b>
<b>B. <u>Aufwendungen für Betriebsleistungen</u></b>						
1. Materialaufwand	6.509	39,1	39,5	6.422	1,4	-87
2. Personalaufwand	4.952	29,8	28,2	4.588	7,9	-364
3. Abschreibungen	3.380	20,3	20,5	3.322	1,7	-58
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.456	8,8	10,1	1.635	-10,9	179
5. Summe	<b>16.297</b>	<b>98,0</b>	<b>98,3</b>	<b>15.967</b>	<b>2,1</b>	<b>-330</b>
<b>C. <u>Betriebsergebnis (A - B)</u></b>	<b>329</b>	<b>2,0</b>	<b>1,7</b>	<b>275</b>	<b>19,6</b>	<b>54</b>
<b>D. <u>Finanzergebnis</u></b>						
1. Zinserträge	212	1,3	1,3	216	-1,9	-4
2. Zinsaufwendungen	267	1,6	1,2	199	34,2	-68
3. Finanzergebnis	<b>-55</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>17</b>	*	<b>-72</b>
<b>E. <u>Neutrales Ergebnis</u></b>						
1. Neutrale Erträge	81	0,5	1,1	181	-55,2	-100
2. Neutrale Aufwendungen	75	0,5	1,1	171	*	96
3. Neutrales Ergebnis	<b>6</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>10</b>	<b>-40,0</b>	<b>-4</b>
<b>F. <u>Ertragsteuern</u></b>	<b>11</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>2</b>	*	<b>-9</b>
<b>G. <u>Jahresgewinn (C + D + E - F)</u></b>	<b>269</b>	<b>1,6</b>	<b>1,8</b>	<b>300</b>	<b>-10,3</b>	<b>-31</b>

\* Veränderungen über 100 % werden nicht dargestellt.  
 Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

Ertragslage Betriebszweig Abwasserbeseitigung

	2015		2014		I. Vgl. z. Vj.	Ergebnis- aus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR		
<b>A. <u>Betriebsleistung</u></b>						
1. Umsatzerlöse	6.526	93,5	94,6	6.393	2,1	133
2. Aktivierte Eigenleistungen	64	0,9	1,0	69	-7,2	-5
3. Sonstige betriebliche Erträge	386	5,6	4,4	295	30,8	91
4. Summe	<b>6.976</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>6.757</b>	3,2	<b>219</b>
<b>B. <u>Aufwendungen für Betriebsleistungen</u></b>						
1. Materialaufwand	1.474	21,1	24,0	1.621	-9,1	147
2. Personalaufwand	1.256	18,0	22,7	1.534	-18,1	278
3. Abschreibungen	2.697	38,7	39,2	2.651	1,7	-46
4. Sonstiger betrieblicher Aufwand	1.062	15,2	10,1	680	56,2	-382
5. Summe	<b>6.489</b>	<b>93,0</b>	<b>96,0</b>	<b>6.486</b>	0,0	<b>-3</b>
<b>C. <u>Betriebsergebnis (A - B)</u></b>	<b>487</b>	<b>7,0</b>	<b>4,0</b>	<b>271</b>	79,7	<b>216</b>
<b>D. <u>Finanzergebnis</u></b>						
1. Zinserträge	19	0,3	0,2	15	26,7	4
2. Zinsaufwendungen	4	0,1	0,2	9	-55,6	5
3. Finanzergebnis	<b>15</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>6</b>	*	<b>9</b>
<b>E. <u>Neutrales Ergebnis</u></b>						
1. Neutrale Erträge	0	0,0	1,7	116	-100,0	-116
2. Neutrale Aufwendungen	0	0,0	0,6	44	-100,0	44
3. Neutrales Ergebnis	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>1,1</b>	<b>72</b>	-100,0	<b>-72</b>
<b>F. <u>Jahresgewinn (C + D + E)</u></b>	<b>502</b>	<b>7,2</b>	<b>5,2</b>	<b>349</b>	43,8	<b>153</b>

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

Erläuterungen Ertragslage Betriebszweig Abwasserbeseitigung

Der Veränderung der Umsatzerlöse von +TEUR 133 setzt sich wie folgt zusammen:

	2015	2014	2015 TEUR	2014 TEUR	Veränderung TEUR
<u>Schmutzwassergebühr</u>			2.995	2.893	102
- Tarif EUR/cbm	1,23	1,23			
- Veränderung zum Vorjahr	0,00 EUR/cbm				
- Menge cbm	2.434.646	2.351.724			
- Veränderung zum Vorjahr	+82.922 cbm				
<u>Niederschlagswassergebühr</u>			1.772	1.774	-2
- Tarif EUR/qm	0,40	0,40			
- Veränderung zum Vorjahr	0,00 EUR/qm				
- Fläche qm	4.430.670	4.436.120			
- Veränderung zum Vorjahr	- 5.450 qm				
<u>Zusatzgebühr Weinbau</u>			25	25	0
<u>Kostenanteile Verbandsgemeinde</u>			350	347	3
<u>Laufendes Entgelt Straßenoberflächenentwässerung</u>			300	330	-30
<u>Auflösung empfangener Ertragszuschüsse</u>			989	1.015	-26
<u>Sonstige Erlöse</u>			95	9	86
			6.526	6.393	133

Die Kostenanteile der Verbandsgemeinden enthalten die laufende Kostenbeteiligung für den Betrieb der Kläranlage Landau und der Transportsammler, die den Verbandsgemeinden Annweiler, Offenbach an der Queich und Landau-Land in Rechnung gestellt wurden.

Die Zunahme bei den sonstigen Erlösen ist im Wesentlichen auf gestiegene Erlöse aus der Erneuerung von Zweit-Hausanschlüssen zurückzuführen.

Bei den aktivierten Eigenleistungen ist aufgrund der leicht gesunkenen Investitionstätigkeit eine Abnahme von TEUR 5 zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um TEUR 91 auf TEUR 386. Die Zunahme ist im Wesentlichen auf die Veränderung der Forderungen an die Gemeinde für den Anteil der Stadt an den in voller Höhe bei der Anstalt ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von TEUR 112 zurückzuführen. Diese Veränderung weist die Anstalt je nach Fall als sonstigen betrieblichen Ertrag oder sonstigen betrieblichen Aufwand aus.

Der Materialaufwand verringerte sich im Berichtsjahr um TEUR 147 auf TEUR 1.474. Die Abnahme setzt sich aus einer Erhöhung bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe von TEUR 57 und einer Verminderung bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen von TEUR 204 zusammen. Bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhten sich vor allem die Aufwendungen für den Warenbezug der Kläranlage.

Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen haben sich im Wesentlichen die Aufwendungen für die Unterhaltung des Kanalnetzes und der Kanalbefahrung vermindert.

Der Personalaufwand verringerte sich um TEUR 278 auf TEUR 1.256. Die Abnahme ist im Wesentlichen auf die anteilige Übernahme der Personalkosten durch den neu gegründeten Betriebszweig Service zurückzuführen.

Die Abschreibungen erhöhten sich aufgrund der erstmaligen Bilanzierung von neu angeschafften Anlagegütern um TEUR 46.

Beim sonstigen betrieblichen Aufwand ist ein Anstieg von TEUR 382 auf TEUR 1.062 zu verzeichnen.

Der Anstieg beim sonstigen betrieblichen Aufwand ist auf die erstmalige Abrechnung (+TEUR 729) für die Erbringung von allgemeinen Dienstleistungen durch den Betriebszweig Service für im Rahmen der Finanzbuchhaltung, Verbrauchabrechnungen usw. angefallene Kosten zurückzuführen.

Das Finanzergebnis verbesserte sich um TEUR 9 auf TEUR 15.

Dies steht im Wesentlichen mit geringeren Zinsaufwendungen aufgrund der Tilgung von Darlehen in Zusammenhang.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2015 TEUR	2014 TEUR	Ergebnis- aus- wirkung TEUR
<u>Neutrale Erträge</u>			
Kostenanteil Landesstraßen 2009 - 2013	0	76	-76
Erträge aus Versicherungsleistungen	0	13	-13
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0	2	-2
Erträge aus Anlageverkäufen	0	5	-5
Ertrag aus der Herabsetzung Wertberichtigungen	0	20	-20
	0	116	-116
<u>Neutrale Aufwendungen</u>			
Rückerstattung Einspeisevergütung	0	44	44
	0	72	-72

Insgesamt ergibt sich bei dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung für 2015 ein positives Jahresergebnis von TEUR 502 (2014: TEUR 349).

Ertragslage Betriebszweig Abfallentsorgung

	2015		2014		I. Vgl. z. Vj. %	Ergebnis- aus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR		
<b>A. <u>Betriebsleistung</u></b>						
1. Umsatzerlöse	4.768	98,0	91,3	4.673	2,0	95
2. Sonstige betriebliche Erträge	95	2,0	8,7	447	-78,7	-352
3. Summe	<b>4.863</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>5.120</b>	<b>-5,0</b>	<b>-257</b>
<b>B. <u>Aufwendungen für Betriebsleistungen</u></b>						
1. Materialaufwand	3.930	80,8	73,7	3.776	4,1	-154
2. Personalaufwand	305	6,3	11,6	592	-48,5	287
3. Abschreibungen	165	3,4	6,6	339	-51,3	174
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	626	12,9	8,6	438	42,9	-188
5. Summe	<b>5.026</b>	<b>103,4</b>	<b>100,5</b>	<b>5.145</b>	<b>-2,3</b>	<b>119</b>
<b>C. <u>Betriebsergebnis (A - B)</u></b>	<b>-163</b>	<b>-3,4</b>	<b>-0,5</b>	<b>-25</b>	*	<b>-138</b>
<b>D. <u>Finanzergebnis</u></b>						
1. Zinserträge	139	2,9	2,9	149	-6,7	-10
2. Zinsaufwendungen	0	0,0	0,0	0	-	0
3. Finanzergebnis	<b>139</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>	<b>149</b>	<b>-6,7</b>	<b>-10</b>
<b>E. <u>Neutrales Ergebnis</u></b>						
1. Neutrale Erträge	79	1,6	1,1	58	36,2	21
2. Neutrale Aufwendungen	74	1,5	2,4	123	-39,8	49
3. Neutrales Ergebnis	<b>5</b>	<b>0,1</b>	<b>-1,3</b>	<b>-65</b>	*	<b>70</b>
<b>F. <u>Ertragsteuern</u></b>	<b>11</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>2</b>	*	<b>-9</b>
<b>G. <u>Jahresverlust/-gewinn (C + D + E - F)</u></b>	<b>-30</b>	<b>-0,6</b>	<b>1,1</b>	<b>57</b>	*	<b>-87</b>

\* Veränderungen über 100 % werden nicht dargestellt.

- Nicht vergleichbar.

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

### Erläuterungen zur Ertragslage Betriebszweig Abfallentsorgung

Der Anstieg der Umsatzerlöse ist auf die Anhebung der Müllgebühren zurückzuführen.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge steht in Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögen und Aufgaben auf den neuen Betriebszweig Service.

Übertragen wurde u.a. das Verwaltungsgebäude Friedrich-Ebert-Straße, so dass Mieterträge nebst Nebenkosten weggefallen sind (-TEUR 216), ebenso Erträge aus weiterbelasteten diversen Verwaltungskosten.

Von dem Materialaufwand sind die Beseitigungskosten auf dem Müllheizkraftwerk des Zweckverbandes Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS) um TEUR 206 gestiegen. Der verlangte Entsorgungspreis stieg erneut um EUR 9,00/t auf nunmehr EUR 268,60/t (2014: EUR 259,60/t).

Der Personalaufwand ist deutlich rückläufig (-TEUR 287) aufgrund der Zuordnung von Personalaufwand im neuen Betriebszweig Service.

Gleiches gilt für die Abschreibungen, die um etwa die Hälfte (TEUR 174) zurückgegangen sind.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 188) ist im Zusammenhang mit der Schaffung des neuen Betriebszweiges Service zu sehen, der seine Leistungen für die anderen Betriebszweige entsprechend abrechnet. Demnach hatte der Betriebszweig Abfallentsorgung TEUR 492 zu entrichten. Dem stehen Einsparungen u.a. beim Gebäudeunterhalt (TEUR 99), den Verwaltungskostenerstattungen an die Stadt (TEUR 91) und bei EDV-Kosten (TEUR 66) gegenüber sowie die oben bereits angeführten Einsparungen beim Personalaufwand.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR -163, das entspricht einer Verschlechterung von TEUR 138 gegenüber 2014.

Die Zinserträge enthalten im Wesentlichen die Zinsen für die Darlehen Bauhof (TEUR 132) und LAGA (TEUR 3).

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2015	2014	Ergebnis- aus- wirkung
	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Neutrale Erträge</u>			
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	68	12	56
Gewinne aus Anlagenabgängen	5	46	-41
Sonstige	6	0	6
	<b>79</b>	<b>58</b>	<b>21</b>
<u>Neutrale Aufwendungen</u>			
Aufzinsung Rückstellungen	69	72	3
Abgangsverluste Anlagevermögen	5	51	46
	<b>74</b>	<b>123</b>	<b>49</b>
<u>Neutrales Ergebnis</u>	<b>5</b>	<b>-65</b>	<b>70</b>

Für das Berichtsjahr sind für den Gewinn aus dem Betrieb gewerblicher Art Ertragsteuern von TEUR 11 angefallen.

Insgesamt ergibt sich damit bei dem Betriebszweig Abfallentsorgung für 2015 ein negatives Jahresergebnis von TEUR 30 (2014: TEUR 57 Jahresgewinn).

Ertragslage Betriebszweig Straßenreinigung

	2015		2014		i. Vgl. z. Vj. %	Ergebnis- aus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR		
<b>A. <u>Betriebsleistung</u></b>						
1. Umsatzerlöse	547	96,6	97,1	473	15,6	74
2. Sonstige betriebliche Erträge	19	3,4	2,9	14	35,7	5
3. Summe	<b>566</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>487</b>	<b>16,2</b>	<b>79</b>
<b>B. <u>Aufwendungen für Betriebsleistungen</u></b>						
1. Materialaufwand	417	73,7	71,0	346	20,5	-71
2. Personalaufwand	33	5,8	19,3	94	-64,9	61
3. Abschreibungen	3	0,5	0,6	3	0,0	0
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	144	25,5	14,4	70	*	-74
5. Summe	<b>597</b>	<b>105,5</b>	<b>105,3</b>	<b>513</b>	<b>16,4</b>	<b>-84</b>
<b>C. <u>Betriebsergebnis (A - B)</u></b>	<b>-31</b>	<b>-5,5</b>	<b>-5,3</b>	<b>-26</b>	<b>19,2</b>	<b>-5</b>
<b>D. <u>Finanzergebnis</u></b>						
1. Zinserträge	54	9,6	10,4	51	5,9	3
2. Zinsaufwendungen	0	0,0	0,0	0	-	0
3. Finanzergebnis	<b>54</b>	<b>9,6</b>	<b>10,4</b>	<b>51</b>	<b>5,9</b>	<b>3</b>
<b>E. <u>Jahresgewinn (C + D)</u></b>	<b>23</b>	<b>4,1</b>	<b>5,1</b>	<b>25</b>	<b>-8,0</b>	<b>-2</b>

\* Veränderungen über 100 % werden nicht dargestellt.

- Nicht vergleichbar.

Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

### Erläuterungen zur Ertragslage Betriebszweig Straßenreinigung

Im Berichtsjahr sind die Erlöse aus Reinigungsgebühren um TEUR 74 gestiegen. Ursächlich dafür ist die weitere Ausweitung der Entleerung öffentlicher Abfallbehälter bis in die Außenbezirke.

Der Anstieg des Materialaufwandes (+TEUR 71) korrespondiert mit der Ausweitung der Abfallbehälterentleerung. Hier ist die Erstattung an den Betriebszweig Bauhof für die Behälterentleerung um TEUR 76 gestiegen.

Der Rückgang des Personalaufwandes um TEUR 61 ist auf die Zuordnung von Personalaufwand im neuen Betriebszweig Service zurückzuführen.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+TEUR 74) ist auf den Verwaltungskostenbeitrag (TEUR 135) an den neuen Betriebszweig Service zurückzuführen. Dafür sind die u.a. Verwaltungskosten an die Stadt (Vorjahr: TEUR 26) und die EDV-Kosten (TEUR 18) weggefallen. Andere Posten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr, da die Aufgaben nun dem Betriebszweig Service obliegen.

Das Betriebsergebnis hat sich um TEUR 5 verschlechtert.

Die Zinserträge resultieren hauptsächlich aus dem inneren Darlehen an den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau. Das Darlehen wurde im Berichtsjahr um TEUR 90 aufgestockt.

Insgesamt ergibt sich bei dem Betriebszweig Straßenreinigung für 2015 ein positives Jahresergebnis von TEUR 23 (2014: TEUR 25).

Ertragslage Betriebszweig Bauhof

	2015		2014		I. Vgl. z. Vj. %	Ergebnis- aus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR		
<b>A. <u>Betriebsleistung</u></b>						
1. Umsatzerlöse	3.552	96,1	97,2	3.469	2,4	83
2. Sonstige betriebliche Erträge	146	3,9	2,8	101	44,6	45
3. Summe	<b>3.698</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>3.570</b>	3,6	<b>128</b>
<b>B. <u>Aufwendungen für Betriebsleistungen</u></b>						
1. Materialaufwand	605	16,4	19,0	679	-10,9	74
2. Personalaufwand	2.531	68,4	62,0	2.213	14,4	-318
3. Abschreibungen	285	7,7	8,1	287	-0,7	2
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	300	8,1	9,0	322	-6,8	22
5. Summe	<b>3.721</b>	<b>100,6</b>	<b>98,1</b>	<b>3.501</b>	6,3	<b>-220</b>
<b>C. <u>Betriebsergebnis (A - B)</u></b>	<b>-23</b>	<b>-0,6</b>	<b>1,9</b>	<b>69</b>	*	<b>-92</b>
<b>D. <u>Finanzergebnis</u></b>						
1. Zinserträge	0	0,0	0,0	1	-100,0	-1
2. Zinsaufwendungen	132	3,5	3,8	136	-2,9	4
3. Finanzergebnis	<b>-132</b>	<b>-3,6</b>	<b>-3,8</b>	<b>-135</b>	-2,2	<b>3</b>
<b>E. <u>Neutrales Ergebnis</u></b>						
1. Neutrale Erträge	2	0,0	0,2	7	-71,4	-5
2. Neutrale Aufwendungen	1	0,0	0,2	8	-87,5	7
3. Neutrales Ergebnis	<b>1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>-1</b>	-200,0	<b>2</b>
<b>F. <u>Jahresverlust (C + D + E)</u></b>	<b>-154</b>	<b>-4,2</b>	<b>-1,9</b>	<b>-67</b>	*	<b>-87</b>

\* Veränderungen über 100 % werden nicht dargestellt.  
Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

Erläuterungen zur Ertragslage Betriebszweig Bauhof

Zusammensetzung der Umsatzerlöse:

	2015	2014	Ver- änderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Stadtreinigung/Müllsammlung	1.274	1.196	78
Verkehrssicherheit	624	745	-121
Grünflächenpflege	732	573	159
Stadtteilservice	456	508	-52
Parkraumbewirtschaftung	336	293	43
Winterdienst	74	68	6
Sonstige Tätigkeiten	56	86	-30
	3.552	3.469	83

Unter den Erlösen aus Verkehrssicherheit werden im Wesentlichen Erlöse für Ausbesserungen von Gehwegen und Straßen sowie Markierungsarbeiten erfasst.

Unter den Umsatzerlösen zur Grünflächenpflege werden die Pflege des Parks, die Spielplatzreinigung und die Unterhaltung der Sportplätze erfasst. Die Zunahme zum Vorjahr ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass in 2015 vier Arbeitskräfte von der Arge beschäftigt waren. Eine solche Maßnahme war in 2014 nicht angefallen.

Unter den Erlösen aus dem Stadtteilservice werden im Wesentlichen die Unterhaltung des Friedhofes, der Streudienst und die Betreuung der Gemeindehäuser in den Stadtteilen von Landau erfasst.

Die Umsatzerlöse bewegen sich auf Vorjahresniveau. Aufgrund von Umgliederungen im Vorjahr ist die Zusammensetzung der Umsatzerlöse weitestgehend nicht mit dem Vorjahr vergleichbar.

Die Zunahme der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 45 ist im Wesentlichen auf höhere Zuschüsse des Jobcenters Landau-Südliche Weinstraße zur Integration Langzeitarbeitsloser (+TEUR 54) zurückzuführen (vgl. oben, im Berichtsjahr vier Leute von der Arge).

Beim Materialaufwand verringerten sich die Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 40 und die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 34. Ursache ist der geringere Verbrauch an bezogenen Waren. In 2015 hatte sich der Bestand an Vorräten um TEUR 9 verringert.

Bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen ist insbesondere der Aufwand für Leiharbeitskräfte (-TEUR 56) gesunken. Aufgrund eines sehr hohen Krankenstandes musste im Vorjahr vermehrt auf Leiharbeitskräfte zurückgegriffen werden.

Bei dem Personalaufwand stand den tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen die neue Beschäftigung der vier Mitarbeiter von der Arge sowie die Einstellung von drei weiteren Mitarbeiter gegenüber, so dass der Personalaufwand insgesamt um TEUR 318 angestiegen ist.

Die Abschreibung befindet sich mit TEUR 285 auf Vorjahresniveau.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen kam es zu verringerten Aufwendungen bei der Unterhaltung des Dienstgebäudes sowie bei anderen Ausstattungsgegenständen und Versicherungen.

Die Abnahme beim Zinsaufwand ist auf die fortschreitende Tilgung des Annuitätendarlehens des Betriebszweiges Abfallentsorgung zurückzuführen.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Neutrale Erträge

Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

Buchgewinne aus Anlageabgängen

Neutrale Aufwendungen

Buchverluste aus Anlageabgängen

Zinsaufwand aus Abzinsung der Altersteilzeitrückstellung

Neutrales Ergebnis

2015 TEUR	2014 TEUR	Ergebnis- aus- wirkung TEUR
0	1	-1
2	6	-4
<b>2</b>	<b>7</b>	<b>-5</b>
0	4	4
1	4	3
<b>1</b>	<b>8</b>	<b>7</b>
<b>1</b>	<b>-1</b>	<b>2</b>

Insgesamt ergibt sich bei dem Betriebszweig Bauhof für 2015 ein negatives Jahresergebnis von TEUR 154 (2014: TEUR 67 Verlust).

Ertragslage Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau

	2015		2014		I. Vgl. z. Vj.	Ergebnis- aus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR		
A. <u>Betriebsleistung</u>						
Sonstige betriebliche Erträge	<b>137</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>307</b>	-55,4	<b>-170</b>
B. <u>Aufwendungen für Betriebsleistungen</u>						
1. Personalaufwand	0	0,0	50,5	155	-100,0	155
2. Abschreibungen	43	31,4	13,3	41	4,9	-2
3. Sonstiger betrieblicher Aufwand	110	80,3	40,7	125	-12,0	15
4. Summe	<b>153</b>	<b>111,7</b>	<b>104,5</b>	<b>321</b>	-52,3	<b>168</b>
C. <u>Betriebsergebnis (A - B)</u>	<b>-16</b>	<b>-11,7</b>	<b>-4,5</b>	<b>-14</b>	14,3	<b>-2</b>
D. <u>Finanzergebnis</u>						
1. Zinserträge	0	0,0	0,0	0	-	0
2. Zinsaufwendungen	57	41,6	16,3	50	14,0	-7
3. Finanzergebnis	<b>-57</b>	<b>-41,6</b>	<b>-16,3</b>	<b>-50</b>	14,0	<b>-7</b>
E. <u>Jahresverlust (C + D + E)</u>	<b>-73</b>	<b>-53,3</b>	<b>-20,8</b>	<b>-64</b>	14,1	<b>-9</b>

- Nicht vergleichbar.  
Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

### Erläuterungen zur Ertragslage Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist die laufende Kostenerstattung der Stadt nicht mehr angefallen, die Mieterträge sind um TEUR 21, die Betriebskostenerstattung um TEUR 16 gestiegen.

Die Kostenerstattung durch die Stadt betraf Personalkosten und Sachaufwand im Rahmen der Landesgartenschau. Mit Abschluss der Landesgartenschau im Berichtsjahr sind keine weiteren Kosten mehr angefallen. Die beschäftigten Mitarbeiter sind in den Betriebszweig Service übergegangen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um TEUR 15. Rückläufig waren insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit (-TEUR 7), die Kostenerstattung an die Stadt für die Personalwirtschaft (-TEUR 4) sowie die Verwaltungskostenumlage (-TEUR 11).

Die Aufwendungen für die Betriebsleistungen nahmen insgesamt um TEUR 168 ab.

Die Zinsaufwendungen betreffen das vom Betriebszweig Straßenreinigung in 2011 gewährte und seitdem mehrfach aufgestockte Darlehen (z.Z. TEUR 1.795) sowie das im Berichtsjahr neu aufgenommene Darlehen vom Betriebszweig Abfallentsorgung (TEUR 420).

Damit ergibt sich insgesamt ein Jahresverlust von TEUR 73 nach TEUR 64 im Vorjahr.

Ertragslage Betriebszweig Service

	2015	
	TEUR	%
<b>A. <u>Betriebsleistung</u></b>		
1. Umsatzerlöse	1.529	79,8
2. Sonstige betriebliche Erträge	386	20,2
3. Summe	<b>1.915</b>	<b>100,0</b>
<b>B. <u>Aufwendungen für Betriebsleistungen</u></b>		
1. Materialaufwand	84	4,4
2. Personalaufwand	827	43,2
3. Abschreibungen	187	9,8
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	813	42,4
5. Summe	<b>1.911</b>	<b>99,8</b>
<b>C. <u>Betriebsergebnis (A - B)</u></b>	<b>4</b>	<b>0,2</b>
<b>D. <u>Finanzergebnis</u></b>		
1. Zinserträge	1	0,1
2. Zinsaufwendungen	0	0,0
3. Finanzergebnis	<b>1</b>	<b>0,1</b>
<b>E. <u>Neutrales Ergebnis</u></b>		
1. Neutrale Erträge	1	0,0
2. Neutrale Aufwendungen	5	0,2
3. Neutrales Ergebnis	<b>-4</b>	<b>-0,2</b>
<b>F. <u>Jahresgewinn (C + D + E)</u></b>	<b>1</b>	<b>0,1</b>

\* Veränderungen über 100 % werden nicht dargestellt.  
Rundungsdifferenzen sind softwarebedingt.

## Erläuterungen zur Ertragslage Betriebszweig Service

Zusammensetzung der Umsatzerlöse:

	2015 TEUR
Betriebszweig Abwasserbeseitigung	729
Betriebszweig Abfallentsorgung	492
Betriebszweig Straßenreinigung	135
Betriebszweig Bauhof	138
Betriebszweig Vermietung DizaP	35
	1.529

Unter den Umsatzerlösen werden im Wesentlichen Erlöse aus Kostenerstattungen der einzelnen Betriebszweige des EWL erfasst. Aufgrund der Aufnahme der Geschäftstätigkeit zum 1. Januar 2015 ist die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nicht mit dem Vorjahr vergleichbar.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen in Höhe von TEUR 154 Erträge aus der Vermietung des Gebäudes Friedrich-Ebert-Straße sowie mit TEUR 103 Erträge aus Abrechnung der Nebenkosten. Des Weiteren sind Kostenweiterbelastungen, Auflösung von Investitionszuschüssen und Anlagenabgänge enthalten.

Der Materialaufwand betrifft im Wesentlichen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe mit TEUR 35 sowie mit TEUR 49 Aufwendungen für den Gebäude- und Bauunterhalt im Zusammenhang mit dem Grundstück Friedrich-Ebert-Straße 5.

Bei dem Personalaufwand handelt es sich um Lohn- und Gehaltsaufwendungen für 17 im Berichtsjahr beschäftigte Mitarbeiter.

Die planmäßige Abschreibung auf das Anlagevermögen beträgt TEUR 187.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit TEUR 356 die Abrechnung des Verwaltungskostenbeitrags durch die Stadt Landau sowie mit TEUR 186 Aufwendungen für EDV-Dienstleistungen, die durch die städtische EDV-Abteilung erbracht werden. Die restlichen Aufwendungen setzen sich aus Versicherungsprämien (TEUR 84), Prüfungs- und Beratungskosten (TEUR 34) und Sonstiges zusammen.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

Neutrale Erträge

Buchgewinne aus Anlageabgängen

Neutrale Aufwendungen

Buchverluste aus Anlageabgängen

Zinsaufwand aus Abzinsung der Altersteilzeitrückstellung

Neutrales Ergebnis

2015 TEUR
1
1
4
<b>5</b>
<b>-4</b>

Insgesamt ergibt sich bei dem Betriebszweig Service für 2015 ein positives Jahresergebnis von TEUR 1.

## E. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages

### Feststellungen gemäß § 53 HGrG

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 HGrG sowie den IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften sowie den Bestimmungen der Betriebssatzung und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den dazu vorliegenden Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir im Detail in Anlage 10 zu diesem Bericht zusammengestellt.

Über die in dem vorliegenden Bericht dargestellten Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse von Bedeutung sind.

## F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 (Anlage 1) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2015 (Anlage 2) des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, unter dem Datum vom 19. Juli 2016 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### "Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht der Anstalt abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands der Anstalt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Koblenz, 19. Juli 2016

**DORNBACH GMBH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Bokelmann  
Wirtschaftsprüfer

Schmidt  
Wirtschaftsprüfer

ENTWURF

# ANLAGEN

ENTWURF

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts  
Konsolidierte Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktiva

	EUR	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		187.093,58		<b>216.967,15</b>
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	7.963.484,57			7.761.851,70
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	63.624,05			72.713,20
3. Abwasserbehandlungsanlagen	6.836.494,03			7.017.247,68
4. Abwassersammelanlagen	55.823.689,57			56.565.320,53
5. Betriebseinrichtungen der Abfallverarbeitungsanlagen	0,00			0,00
6. Einbringungsanlagen der Abfallbeseitigung	547.778,78			628.246,24
7. Maschinen und maschinelle Anlagen	188.488,81			164.728,28
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	999.832,64			1.117.827,11
9. Anlagen im Bau	2.958.271,52			2.014.067,59
		75.381.663,97		<b>75.342.002,33</b>
III. Finanzanlagen				
Sonstige Ausleihungen		417.791,70		<b>599.743,98</b>
			75.986.549,25	<b>76.158.713,46</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Vorräte		64.857,33		<b>72.634,21</b>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.690.778,84			6.214.164,63
2. Forderungen an die Gemeinde	11.321.812,13			10.129.703,10
3. Sonstige Vermögensgegenstände	175.541,63			127.770,96
		18.188.132,60		<b>16.471.638,69</b>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		1.075.196,56		<b>1.251.648,36</b>
			19.328.186,49	<b>17.795.921,26</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			3.009,38	<b>3.623,09</b>
			95.317.745,12	<b>93.958.257,81</b>

Passiva

	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	15.564.000,00		15.564.000,00
II. Rücklagen			
1. Zweckgebundene Rücklagen	15.162.125,83		14.555.360,86
2. Allgemeine Rücklage	36.712.128,52		36.348.041,41
III. Verlustvortrag	-258.864,54		-194.923,94
IV. Jahresgewinn	269.003,70		300.146,51
		67.448.393,51	<b>66.572.624,84</b>
<b>B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen</b>		495.229,18	<b>522.449,74</b>
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>		16.424.903,38	<b>17.070.371,66</b>
<b>D. Rückstellungen</b>			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.368.630,00		3.122.741,00
2. Sonstige Rückstellungen	1.340.157,87		1.015.693,29
		4.708.787,87	<b>4.138.434,29</b>
<b>E. Verbindlichkeiten</b>			
1. Förderdarlehen	214.921,48		246.414,28
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	208.281,00		248.175,40
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	920.828,11		898.172,76
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	655.182,88		316.868,50
5. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 50.958,84 (Vorjahr: EUR 51.833,30)	4.239.287,53		3.939.554,37
		6.238.501,00	<b>5.649.185,31</b>
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		1.930,18	<b>5.191,97</b>
		95.317.745,12	<b>93.958.257,81</b>

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts  
 Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Abwasserbeseitigung -

## Aktiva

	EUR	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		96.858,85		<b>107.182,44</b>
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	675.803,88			707.705,19
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	63.624,05			72.713,20
3. Abwasserbehandlungsanlagen	6.836.494,03			7.017.247,68
4. Abwassersammelanlagen	55.823.689,57			56.565.320,53
5. Maschinen und maschinelle Anlagen	12.539,37			16.645,72
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	187.172,60			208.365,35
7. Anlagen im Bau	2.783.868,70			1.978.392,81
		66.383.192,20		<b>66.566.390,48</b>
III. Finanzanlagen				
Sonstige Ausleihungen		261.994,63		<b>443.946,91</b>
			66.742.045,68	<b>67.117.519,83</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Vorräte		26.288,57		<b>24.451,57</b>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.736.645,20			4.547.357,67
2. Forderungen an den Betriebszweig Abfallentsorgung	98.219,87			214.892,55
3. Forderungen an den Betriebszweig Straßenreinigung	2.293,62			29.189,05
4. Forderungen an den Betriebszweig Bauhof	237,39			122.214,93
5. Forderungen an den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau	1.027,15			63.508,24
6. Forderungen an den Betriebszweig Service	187.564,10			0,00
7. Forderungen an die Gemeinde	4.146.072,36			3.268.331,06
8. Sonstige Vermögensgegenstände	71.279,28			63.000,00
		9.243.338,97		<b>8.308.493,50</b>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		255.810,39		<b>174.356,86</b>
			9.525.437,93	<b>8.507.301,93</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			3.009,38	<b>3.623,09</b>
			76.270.492,99	<b>75.628.444,85</b>

## Passiva

	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	15.350.000,00		15.400.000,00
II. Rücklagen			
1. Zweckgebundene Rücklagen	15.162.125,83		14.555.360,86
2. Allgemeine Rücklage	23.101.038,96		22.751.848,15
III. Jahresgewinn	502.139,92		349.190,81
		54.115.304,71	<b>53.056.399,82</b>
<b>B. Empfangene Ertragszuschüsse</b>		16.424.903,38	<b>17.070.371,66</b>
<b>C. Rückstellungen</b>			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.785.670,00		1.657.979,00
2. Sonstige Rückstellungen	161.481,82		156.624,23
		1.947.151,82	<b>1.814.603,23</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
1. Förderdarlehen	214.921,48		246.414,28
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	208.281,00		248.175,40
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	607.801,96		526.551,21
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung	128.948,58		306.547,37
5. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Straßenreinigung	72.604,48		84.009,56
6. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof	20.319,01		20.389,40
7. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Service	132.889,61		0,00
7. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	282.028,19		175.099,11
8. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 51.833,30)	2.115.338,77		2.079.883,81
		3.783.133,08	<b>3.687.070,14</b>
		76.270.492,99	<b>75.628.444,85</b>

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts  
Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Abfallentsorgung einschließlich Teilbereich BgA -

## Aktiva

	EUR	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		565,54		<b>106.243,80</b>
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	743.142,92			2.184.475,19
2. Betriebseinrichtungen der Abfallverarbeitungsanlagen	0,00			0,00
3. Einbringungsanlagen der Abfallbeseitigung	547.778,78			628.246,24
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	0,00			0,00
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.475,86			130.453,74
6. Anlagen im Bau	170.654,32			35.674,78
		1.468.051,88		<b>2.978.849,95</b>
III. Finanzanlagen				
Sonstige Ausleihungen		3.795.046,25		<b>3.484.131,43</b>
			5.263.663,67	<b>6.569.225,18</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Vorräte		14.066,15		<b>14.580,83</b>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.773.373,88			1.521.559,20
2. Forderungen an den Betriebszweig Abwasserbeseitigung	128.948,58			306.547,37
3. Forderungen an den Betriebszweig Straßenreinigung	163,74			28.195,04
4. Forderungen an den Betriebszweig Bauhof	62.005,75			5.584,77
5. Forderungen an den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau	4.240,45			0,00
6. Forderungen an den Betriebszweig Service	1.554.618,59			0,00
7. Forderungen an die Gemeinde	5.765.512,09			5.945.911,85
8. Sonstige Vermögensgegenstände	24.865,26			27.327,84
		9.313.728,34		<b>7.835.126,07</b>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		758.478,79		<b>1.063.960,42</b>
			10.086.273,28	<b>8.913.667,32</b>
			<b>15.349.936,95</b>	<b>15.482.892,50</b>

## Passiva

	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	52.000,00		52.000,00
II. Rücklagen			
Allgemeine Rücklage	10.785.244,38		10.728.362,73
III. Jahresverlust/-gewinn	-29.644,79		56.881,65
		10.807.599,59	<b>10.837.244,38</b>
<b>B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen</b>		0,00	<b>191.400,00</b>
<b>C. Rückstellungen</b>			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.358.723,00		1.247.189,00
2. Sonstige Rückstellungen	745.203,02		755.667,77
		2.103.926,02	<b>2.002.856,77</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	152.650,52		305.732,05
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung	98.219,87		214.892,55
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof	96.585,71		140.859,67
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau	0,00		597,83
5. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Service	100.141,43		0,00
6. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	102.813,81		83.309,25
7. Sonstige Verbindlichkeiten	1.888.000,00		1.706.000,00
		2.438.411,34	<b>2.451.391,35</b>
			<b>15.349.936,95</b>
			<b>15.482.892,50</b>

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts  
 Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Straßenreinigung -

## Aktiva

	EUR	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung		53.379,31		18.082,64
II. Finanzanlagen				
Sonstige Ausleihungen		1.795.000,00		1.705.000,00
			1.848.379,31	<b>1.723.082,64</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	173.107,71			142.013,46
2. Forderungen an den Betriebszweig Abwasserbeseitigung	72.604,48			84.009,56
3. Forderungen an den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau	13.462,50			12.727,50
4. Forderungen an den Betriebszweig Service	21.000,00			0,00
5. Forderungen an die Gemeinde	168.353,92			311.975,68
		448.528,61		<b>550.726,20</b>
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		8.377,45		<b>3.267,01</b>
			456.906,06	<b>553.993,21</b>
			<b>2.305.285,37</b>	<b>2.277.075,85</b>

## Passiva

	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	52.000,00		52.000,00
II. Rücklagen			
Allgemeine Rücklage	1.673.035,10		1.647.841,43
III. Jahresgewinn	23.145,75		25.193,67
		1.748.180,85	<b>1.725.035,10</b>
<b>B. Rückstellungen</b>			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	224.237,00		217.573,00
2. Sonstige Rückstellungen	5.051,35		18.410,00
		229.288,35	<b>235.983,00</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.601,44		14.768,42
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung	2.293,62		29.189,05
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung	163,74		28.195,04
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof	66.131,40		45.962,24
5. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Service	16.065,77		0,00
6. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	47.560,20		44.943,00
7. Sonstige Verbindlichkeiten	184.000,00		153.000,00
		327.816,17	<b>316.057,75</b>
		<b>2.305.285,37</b>	<b>2.277.075,85</b>

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts  
 Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Bauhof -

## Aktiva

	EUR	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.983,85		<b>2.935,85</b>
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	2.994.179,30			3.013.553,40
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	175.949,44			148.082,56
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	644.263,30			744.126,11
		3.814.392,04	3.816.375,89	<b>3.905.762,07</b>
				<b>3.908.697,92</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Vorräte		24.502,61		<b>33.601,81</b>
II. Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.672,96			612,78
2. Forderungen an den Betriebszweig Abwasserbeseitigung	20.319,01			20.389,40
3. Forderungen an den Betriebszweig Abfallentsorgung	96.585,71			140.859,67
4. Forderungen an den Betriebszweig Straßenreinigung	66.131,40			45.962,24
5. Forderung an den Betriebszweig Projektentwicklung Landes- gartenschau	0,00			1.434,31
6. Forderungen gegen den Betriebszweig Service	42.000,00			0,00
7. Forderungen an die Gemeinde	638.486,59			593.484,51
8. Sonstige Vermögensgegenstände	72.742,10			23.004,67
		937.937,77		<b>825.747,58</b>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		901,21		<b>298,30</b>
			963.341,59	<b>859.647,69</b>
			4.779.717,48	<b>4.768.345,61</b>

## Passiva

	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	50.000,00		50.000,00
II. Kapitalrücklagen			
Allgemeine Rücklage	1.152.810,08		1.219.989,10
III. Jahresverlust	-154.047,01		-67.179,02
		1.048.763,07	<b>1.202.810,08</b>
<b>B. Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen		188.248,13	<b>81.991,29</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	41.392,60		26.739,62
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung	237,39		122.214,93
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung	3.281.254,93		3.333.919,13
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	218.831,44		0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)	989,92		670,56
		3.542.706,28	<b>3.483.544,24</b>
		4.779.717,48	<b>4.768.345,61</b>

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts  
Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau -**

Aktiva

	EUR	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0,00		<b>605,06</b>
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	2.234.432,98		1.856.117,92	
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00		16.799,27	
		2.234.432,98	2.234.432,98	<b>1.872.917,19</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.787,07		2.621,52	
2. Forderungen an den Betriebszweig Abfallentsorgung	0,00		597,83	
3. Forderungen an den Betriebszweig Service	17.404,33		0,00	
4. Forderungen an die Gemeinde	10.000,00		10.000,00	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	6.654,99		14.438,45	
		36.846,39	88.257,51	<b>27.657,80</b>
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		51.411,12		<b>9.765,77</b>
				<b>37.423,57</b>
<b>C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>			322.302,63	<b>248.864,54</b>
			2.644.993,12	<b>2.159.810,36</b>

Passiva

	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	10.000,00		10.000,00
II. Verlustvortrag	-258.864,54		-194.923,94
III. Jahresverlust	-73.438,09		-63.940,60
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	322.302,63		248.864,54
		0,00	<b>0,00</b>
<b>B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen</b>		319.995,00	<b>331.049,74</b>
<b>C. Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen		2.500,00	<b>3.000,00</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	47.803,10		24.381,46
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung	1.027,15		63.508,24
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung	424.240,45		0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Straßenreinigung	1.808.462,50		1.717.727,50
5. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof	0,00		1.434,31
6. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Service	39.034,74		0,00
7. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	0,00		13.517,14
		2.320.567,94	<b>1.820.568,65</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		1.930,18	<b>5.191,97</b>
		2.644.993,12	<b>2.159.810,36</b>

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts  
 Bilanz zum 31. Dezember 2015 - Betriebszweig Service -

Aktiva

	EUR	EUR	Stand 31.12.2015 EUR	Stand 31.12.2014 EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		87.685,34		0,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	1.315.925,49		0,00	0,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	108.541,57		0,00	0,00
3. Anlagen im Bau	3.748,50		0,00	0,00
		1.428.215,56		0,00
			1.515.900,90	0,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.192,02		0,00	0,00
2. Forderungen an den Betriebszweig Abwasserbeseitigung	132.889,61		0,00	0,00
3. Forderungen an den Betriebszweig Abfallentsorgung	100.141,43		0,00	0,00
4. Forderungen an den Betriebszweig Straßenreinigung	16.065,77		0,00	0,00
5. Forderungen an den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau	39.034,74		0,00	0,00
6. Forderungen an die Gemeinde	593.387,17		0,00	0,00
		884.710,74		0,00
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		217,60		0,00
			884.928,34	0,00
			2.400.829,24	0,00

Passiva

	EUR	Stand 31.12.2014 EUR	Stand 31.12.2013 EUR
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	50.000,00		0,00
II. Jahresgewinn	847,92		0,00
		50.847,92	0,00
<b>B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen</b>		175.234,18	0,00
<b>C. Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen		237.673,55	0,00
<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	59.578,49		0,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung	187.564,10		0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung	1.554.618,59		0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Straßenreinigung	21.000,00		0,00
5. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof	42.000,00		0,00
6. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Landesgartenschau	17.404,33		0,00
7. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	3.949,24		0,00
8. Sonstige Verbindlichkeiten	50.958,84		0,00
davon aus Steuern: EUR 50.958,84 (Vorjahr: EUR 0,00)			
		1.937.073,59	0,00
		2.400.829,24	0,00

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts**  
**Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung einschließlich Teilbereich BgA**  
**für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	15.392.321,53		15.084.533,55
2. Aktivierte Eigenleistungen	63.631,72		68.938,28
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.251.165,35		1.269.435,34
		16.707.118,60	16.422.907,17
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	768.857,72		762.410,17
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.740.386,58		5.659.175,47
		6.509.244,30	6.421.585,64
5. Personalaufwand			
a) Gehälter	3.852.538,59		3.509.805,94
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 423.982,44 (Vorjahr: T€ 446)	1.099.840,45		1.078.224,10
		4.952.379,04	4.588.030,04
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.380.246,04	3.322.147,82
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.515.248,00	1.722.372,44
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		188.094,83	185.770,46
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		23.791,42	30.533,33
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Aufwand aus der Veränderung der Aufzinsung: € 74.842,41 (Vorjahr: T€ 79 )		267.043,37	271.208,54
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		294.844,10	313.866,48
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		11.262,61	1.586,14
13. Sonstige Steuern		14.577,79	12.133,83
<b>14. Jahresgewinn</b>		<b>269.003,70</b>	<b>300.146,51</b>

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts**  
**Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung**  
**für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	6.525.610,29		6.469.123,95
2. Aktivierte Eigenleistungen	63.631,72		68.938,28
3. Sonstige betriebliche Erträge	386.445,27		334.730,33
		6.975.687,28	6.872.792,56
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	462.603,26		405.466,31
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.011.259,65		1.215.733,09
		1.473.862,91	1.621.199,40
5. Personalaufwand			
a) Gehälter	894.942,79		1.129.925,29
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 204.060,97 (Vorjahr: T€ 204)	361.111,03		403.950,11
		1.256.053,82	1.533.875,40
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.696.762,99	2.651.128,12
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.059.742,12	721.727,26
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		18.543,85	15.289,51
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Aufwand aus der Veränderung der Aufzinsung: € 0,00 (Vorjahr: T€ 3)		4.090,25	9.255,96
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		503.719,04	350.895,93
11. Sonstige Steuern		1.579,12	1.705,12
<b>12. Jahresgewinn</b>		<b>502.139,92</b>	<b>349.190,81</b>

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts**  
**Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Abfallentsorgung**  
**einschließlich Teilbereich BgA**  
**für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	4.767.654,27		4.672.934,38
2. Sonstige betriebliche Erträge	173.734,56		505.358,64
		4.941.388,83	5.178.293,02
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	94.459,85		141.145,93
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.835.021,63		3.634.753,41
		3.929.481,48	3.775.899,34
4. Personalaufwand			
a) Gehälter	256.800,92		408.458,04
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 13.719,28 (Vorjahr: T€ 122)	48.231,31		184.122,69
		305.032,23	592.580,73
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		164.717,24	339.414,97
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		627.883,75	486.898,87
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		134.590,66	135.767,13
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4.488,25	13.453,60
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Aufwand aus der Veränderung der Aufzinsung: € 69.009,00 (Vorjahr: T€ 72)		69.009,00	71.727,33
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-15.655,96	60.992,51
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		11.262,61	1.586,14
12. Sonstige Steuern		2.726,22	2.524,72
<b>13. Jahresverlust/-gewinn</b>		<b>-29.644,79</b>	<b>56.881,65</b>

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts  
Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Straßenreinigung  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	547.211,17		473.145,42
2. Sonstige betriebliche Erträge	19.389,00		14.399,41
		566.600,17	487.544,83
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen		416.626,45	345.856,16
4. Personalaufwand			
a) Gehälter	20.976,15		66.586,73
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung; davon für Altersversorgung: € 11.120,48 (Vorjahr: T€ 17)	11.914,93		27.308,06
		32.891,08	93.894,79
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen		3.390,47	2.737,47
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		144.421,12	70.254,04
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		53.504,17	50.003,33
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		370,53	892,66
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Aufwand aus der Veränderung der Aufzinsung: € 0,00 (Vorjahr: T€ 0,5)		0,00	504,69
<b>10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/Jahresgewinn</b>		<b>23.145,75</b>	<b>25.193,67</b>

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts**  
**Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Bauhof**  
**für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	3.551.845,80		3.469.329,80
2. Sonstige betriebliche Erträge	147.827,70		107.986,10
		3.699.673,50	3.577.315,90
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	176.295,31		215.797,93
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	428.959,54		462.832,81
		605.254,85	678.630,74
4. Personalaufwand			
a) Gehälter	2.028.770,29		1.783.003,23
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 121.672,36 (Vorjahr: T€ 93)	502.573,85		430.244,21
		2.531.344,14	2.213.247,44
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		285.059,38	287.373,30
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		296.193,71	323.664,72
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		223,67	897,56
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Aufwand aus der Veränderung der Aufzinsung: € 1.422,44 (Vorjahr: T€ 4)		132.933,10	139.702,28
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-150.888,01	-64.405,02
10. Sonstige Steuern		3.159,00	2.774,00
<b>11. Jahresverlust</b>		<b>-154.047,01</b>	<b>-67.179,02</b>

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts**  
**Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges**  
**Projektentwicklung Landesgartenschau**  
**für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	€	€	Vorjahr €
1. Sonstige betriebliche Erträge		137.244,57	306.960,86
2. Personalaufwand			
a) Gehälter	0,00		121.832,65
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 0,00 (Vorjahr: T€ 10)	0,00		32.599,03
		0,00	154.431,68
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		43.599,70	41.493,96
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen		103.529,46	119.827,55
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		56.600,05	50.018,28
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-66.484,64	-58.810,61
7. Sonstige Steuern		6.953,45	5.129,99
<b>8. Jahresverlust</b>		<b>-73.438,09</b>	<b>-63.940,60</b>

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts**  
**Gewinn- und Verlustrechnung des Betriebszweiges Service**  
**für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	1.529.000,00		0,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	386.524,25		0,00
		1.915.524,25	0,00
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	35.499,30		0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	48.519,31		0,00
		84.018,61	0,00
4. Personalaufwand			
a) Gehälter	651.048,44		0,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: € 73.409,35 (Vorjahr: T€ 0)	176.009,33		0,00
		827.057,77	0,00
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		186.716,26	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		812.477,84	0,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		165,12	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon Aufwand aus der Veränderung der Aufzinsung: € 4.410,97 (Vorjahr: T€ 0)		4.410,97	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.007,92	0,00
10. Sonstige Steuern		160,00	0,00
<b>11. Jahresgewinn</b>		<b>847,92</b>	<b>0,00</b>

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau,  
Anstalt des öffentlichen Rechts****Anhang für das Wirtschaftsjahr 2015**

I.	Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung	16
II.	Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	16
III.	Erläuterungen zur Bilanz	17
	1. Anlagevermögen	17
	2. Forderungen	18
	3. Eigenkapital	18
	4. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	19
	5. Empfangene Ertragszuschüsse	19
	6. Rückstellungen	20
	7. Verbindlichkeiten	21
IV.	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	22
	1. Gebühren- und Mengenstatistik (Abwasserbeseitigung)	23 -24
	2. Gebühren- und Mengenstatistik (Abfallentsorgung)	25
	3. Gebühren- und Mengenstatistik (Straßenreinigung)	26
	4. Personalaufwand und Entwicklung der Belegschaft	27
	5. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	28
V.	Abschlussprüferhonorare	28
VI.	Angaben zu Organen	28

## **I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte aufgrund der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO) für Rheinland Pfalz i. d. ab 06. Oktober 1999 gültigen Fassung (GVBl. 1999 S. 373 ff.).

Die Berichtspflichten sind im Anhang aufgenommen.

Soweit die Berichtspflichten wahlweise in der Bilanz/Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang erfüllt werden können, wurden die Angaben in den Anhang aufgenommen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt, ein grundlegender Bewertungswechsel gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

## **II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der linearen Methode vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert.

Für abnutzbare Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vorgenommen.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu Anschaffungspreisen einschließlich Nebenkosten abzüglich Preisnachlässen bewertet, die unter Beachtung des Niederstwertprinzips nicht über den Wiederbeschaffungskosten am Bilanzstichtag liegen.

Die Bewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgt zum Nennwert. Dem allgemeinen Kreditrisiko sowie dem internen Zinsverlust wird durch eine Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen.

Der Bestand an liquiden Mitteln wird mit Nominalwerten bewertet.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird in Höhe der ursprünglichen Zuführungsbeträge abzüglich der jährlichen Auflösung bilanziert.

Die Empfangenen Ertragszuschüsse werden in Höhe der ursprünglichen Zuführungsbeträge abzüglich der jährlichen Auflösung bilanziert.

Die Rückstellungen werden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Den Pensionsrückstellungen liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten zum 31.12.2015 der Pfälzischen Pensionsanstalt Bad Dürkheim unter Anwendung der Richttafel „2005G“ von Prof. Heubeck zugrunde.

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

### **III. Erläuterungen zur Bilanz**

#### **III.1. Anlagevermögen**

Die Gliederung und Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus dem Anlagenspiegel entsprechend dem gemäß § 25 Abs. 3 EigAnVO beigefügten Formblatt 2 und 3 als konsolidierter Anlagennachweis - vergleiche Anlagen zum Anhang.

**III.2. Forderungen**

Am Bilanzstichtag ergibt sich folgender Forderungsspiegel:

Art der Forderungen	Gesamt EUR	davon mit einer Restlaufzeit	
		bis 1 Jahr EUR	über 1 Jahr EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.690.778,84	6.496.849,75	193.929,09
Forderungen an die Gemeinde	11.321.812,13	11.321.812,13	
Sonstige Vermögensgegenstände	175.541,63	175.541,63	
	18.188.132,60	17.994.203,51	193.929,09

**III.3. Eigenkapital**

	Stand 31.12.2014 EUR	Zuführungen Umbuchung (en) EUR	(Z) (U)	Entnahmen Umbuchung (en) EUR	(E) (U)	Stand 31.12.2015 EUR
Stammkapital	15.564.000,00					15.564.000,00
Zweckgebundene Rücklagen	14.555.360,86	606.764,97	(Z)			15.162.125,83
Allgemeine Rücklagen	36.348.041,41	364.087,11	(U)			36.712.128,52
Verlustvortrag	-194.923,94	-63.940,60	(U)			-258.864,54
Jahresgewinn	300.146,51	269.003,70	(Z)	300.146,51	(U)	269.003,70
		875.768,67	(Z)			
	66.572.624,84	300.146,51	(U)	300.146,51	(U)	67.448.393,51

**III.4. Sonderposten aus Investitionszuschüssen zum 31. Dezember 2015**

	EUR
Stand 01.01.2015	522.449,74
Zugang	0,00
Auflösung	<u>27.220,56</u>
Stand 31.12.2015	<u>495.229,18</u>

**III.5. Empfangene Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2015**

	Restbuchwerte 01.01.2015 EUR	Zugänge 2015 EUR	Abgang 2015 EUR	Entnahme 2015 EUR	Restbuchwerte 31.12.2015 EUR
<b><u>Kanalbeiträge</u></b>					
Haushalte SW	1.576.475,03	3.641,88	0,00	100.181,78	1.479.935,13
Haushalte OW	1.782.638,44	4.781,70	0,00	115.911,88	1.671.508,26
Gewerbe SW	2.094.330,20	8.116,80	0,00	112.732,83	1.989.714,17
Gewerbe OW	2.396.255,19	11.063,04	0,00	129.302,37	2.278.015,86
<b><u>Hausanschlüsse</u></b>					
Haushalte	280.253,94	0,00	0,00	20.035,49	260.218,45
Gewerbe	212.469,88	0,00	0,00	12.037,74	200.432,14
<b><u>Str. Baulastträger</u></b>	6.903.272,63	72.923,01	-80,10	396.219,52	6.580.056,22
<b><u>Beiträge von Gemeinden zur</u></b>					
Kläranlage	1.761.814,83	243.111,48	0,00	88.666,80	1.916.259,51
Verbindungssammler	62.861,52	0,00	0,00	14.097,88	48.763,64
	<u>17.070.371,66</u>	<u>343.637,91</u>	<u>-80,10</u>	<u>989.186,29</u>	<u>16.424.903,38</u>

**III.6. Rückstellungen**

	Stand 01.01.2015 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Abgang Auflösung EUR	Zuführung EUR	Veränderung Verzinsung EUR	Stand 31.12.2015 EUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.122.741,00	0,00	0,00	245.889,00	0,00	3.368.630,00
ungewisse Verbindlichk.	0,00	0,00	0,00	215.570,00	0,00	215.570,00
Klärschlammabeseitigung	34.000,00	34.000,00	0,00	90.000,00	0,00	90.000,00
Jahresabschlussprüfung	28.000,00	28.000,00	0,00	32.500,00	0,00	32.500,00
Interne Abschlusskosten	8.000,00	8.000,00	0,00	8.400,00	0,00	8.400,00
Überstunden-/ Urlaubsansprüche	4.815,62	4.815,62	0,00	228.515,28	0,00	228.515,28
Nachsorge Deponie "Am Roten Weg"	480.578,00	100.166,08	50.974,92	0,00	57.097,00	386.534,00
Nachsorge Deponie Arzheim	203.396,00	17.750,72	16.697,28	0,00	11.912,00	180.860,00
Altersteilzeit	232.700,00	75.281,52	0,00	10.323,03	5.833,41	173.574,92
Prozesskosten	24.203,67	0,00	0,00	0,00	0,00	24.203,67
	4.138.434,29	268.013,94	67.672,20	831.197,31	74.842,41	4.708.787,87

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis des Barwertverfahrens unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 3,89 %, erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen von 1,50 % und unter Anwendung der Richttafeln „2005G“ von Prof. Dr. K. Heubeck.

Die ausgewiesenen Buchwerte zum Bilanzstichtag entsprechen den ermittelten notwendigen Erfüllungsbeträgen der Rückstellungen.

Die übrigen Rückstellungen entsprechen den voraussichtlich zu erwartenden Aufwendungen. Sämtliche Inanspruchnahmen waren zweckentsprechend. Die Rückstellungsaufösungen wurden zugunsten der GuV-Posten "Sonstige betriebliche Erträge" bzw. "Personalaufwand" vereinnahmt.

**III.7. Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten sind im nachfolgenden Verbindlichkeitspiegel dargestellt:

	Gesamt EUR	davon mit einer Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr EUR	über 1 bis 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR
Förderdarlehen	214.921,48	31.492,80	125.971,20	57.457,48
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	208.281,00	26.876,00	107.504,00	73.901,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	920.828,11	920.828,11	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	655.182,88	465.337,88	0,00	189.845,00
Sonstige Verbindlichkeiten	4.239.287,53	4.239.287,53	0,00	0,00
	6.238.501,00	5.683.822,32	233.475,20	321.203,48





<u>Zusatzgebühr Weinbau</u>	2015	2014
-----------------------------	------	------

Gebühr je angefangene  
500 m<sup>2</sup> Ertragsfläche bzw.  
je angefangene 750 l zuge-  
kauften Most und Wein

1,28 EUR

1,28 EUR

Gruppenumsätze

	2015 *)		2014	
	m <sup>2</sup> /l	rd. EUR	m <sup>2</sup> /l	rd. EUR
	9.624.000 m <sup>2</sup>	24.637	9.722.000 m <sup>2</sup>	24.889
	188.000 l	<u>321</u>	140.000 l	<u>239</u>
		<u>24.958</u>		<u>25.128</u>

\*Anmerkung:

Zusatzgebühr Weinbau laut G+V

24.959 €

abzüglich Absetzung Schmutzwassergebühren

9.954 €

**IV.2. Gebühren- und Mengenstatistik (Abfallentsorgung)****Mengenstatistik Abfallentsorgung**

a) Im Berichtsjahr wurden folgende Abfallmengen umgeschlagen und zur Beseitigung zum MHKW Pirmasens transportiert:

Abfälle zur Beseitigung	<b>2015</b> t	2014 t
Haushaltsabfall	4.849	4.921
Gewerbeabfall	651	661
Sperrmüll	1.804	1.823
Bauabfall	<u>1</u>	<u>1</u>
	<u>7.305</u>	<u>7.406</u>

b) Es wurden die folgenden Abfallmengen zur Verwertung angenommen bzw. umgeschlagen:

Abfälle zur Verwertung	<b>2015</b> t	2014 t
Bioabfall	4.277	4.341
Grünschnitt	5.485	5.237
Holz	2.216	2.072
Bauschutt	<u>37.864</u>	<u>41.864</u>
	<u>49.842</u>	<u>53.514</u>

**IV.3. Gebühren- und Mengenstatistik (Straßenreinigung)****Mengenstatistik Straßenreinigung**

Tarif	lfd. Frontmeter 2015	lfd. Frontmeter 2014
I	112.094	102.314
II	697	718
III	7.292	7.352
IV	807	595

**Gebührenstatistik Straßenreinigung**

Tarif	Gebühr pro Meter/Monat 2015	Gesamtbetrag rd. EUR 2015	Gebühr pro Meter/Monat 2014	Gesamtbetrag rd. EUR 2014
I	0,22 EUR	<b>283.344,00</b>	0,18 EUR	222.400,00
II	0,44 EUR	<b>3.680,00</b>	0,36 EUR	3.102,00
III	2,00 EUR	<b>175.008,00</b>	2,00 EUR	176.448,00
IV	0,92 EUR	<b>6.569,00</b>	0,65 EUR	4.641,00
		<b>468.601,00</b>		406.591,00

#### IV.4. Personalaufwand und Entwicklung der Belegschaft

##### a) Statistik des Personalaufwands

Bezeichnung	2015	2014	Veränderungen	
	EUR	EUR	EUR	%
Löhne und Gehälter	3.852.538,59	3.509.805,94	342.732,65	9,77
Soziale Abgaben	692.474,66	631.690,80	60.783,86	9,62
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	407.365,79	446.533,30	-39.167,51	-8,77
	4.952.379,04	4.588.030,04	364.349,00	7,94

Die Veränderungen der Löhne und Gehälter und sozialen Abgaben beruhen auf den Personalkosten des BZW Bauhof mit zeitlichen Veränderungen diverser Mitarbeiter sowie auf tariflichen Erhöhungen.

##### b) Zahlenmäßige Entwicklung der Belegschaft

Bezeichnung	Stand	Zugang	Abgang	Stand
	31.12.2014	2015	2015	31.12.2015
Vorstand	1,00	0,00	0,00	1,00
übrige Beschäftigte	84,94	2,15	0,00	87,09
Gesamt	85,94	2,15	0,00	88,09

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 3,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszugschlag von 4,00 % erhoben.

#### IV.5. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Es handelt sich um die Verzinsung des Darlehens BZW Abfallentsorgung an den BZW Bauhof sowie an den BZW PE Landesgartenschau mit 135 TEUR und des Darlehens BZW Straßenreinigung an den BZW PG Landesgartenschau mit 53 TEUR.

#### V. Abschlussprüferhonorare

	2015 EUR
1. Abschlussprüfungsleistungen	28.300,00
2. Andere Bestätigungsleistungen	7.000,00
3. Steuerberatungsleistungen	1.900,00
4. Sonstige Leistungen	0,00
	37.200,00

#### VI. Angaben zu Organen

Mit der Errichtung der Anstalt zum 01.01.2009 wurde vom Stadtrat ein Verwaltungsrat gewählt.

Vorstand der Anstalt ist seit dem 01. Januar 2009 Herr Bernhard Eck. Im Wirtschaftsjahr 2014 wurde Herr Eck für weitere fünf Jahre bestellt.

Die zu machenden Angaben über die Gesamtbezüge des Vorstandes unterbleiben im Hinblick auf § 286 (4) HGB.

Dem Verwaltungsrat gehörten im Berichtsjahr folgende Mitglieder an:

**Vorsitzender**

Hirsch , Thomas, Bürgermeister der Stadt Landau

**Mitglieder**

Kästel, Gerhardt, Wirtschaftsinformatiker

Scheid, Michael, technischer Beamter

Baum-Baur, Sonja, Unternehmerin

Doll, Jürgen, Vollstreckungsbeamter

Höhlinger, Susanne, Kauffrau

Migl, Dr. Gertraud, Ärztin

Kost, Rolf, Gas- u. Wasserinstallateur

Schwalter, Armin, Geschäftsführer

Vögeli, Dirk, Winzermeister

Schreiner, Michael, Fahrlehrer

Eppe, Rolf, selbstständiger Unternehmer

Braun, Doris, Sozialtherapeutin

Knapp, Sigfried, Vermessungsingenieur

Landau, 18.07.2016

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau  
Anstalt des öffentlichen Rechts (EWL)

Bernhard Eck  
Vorstand

**Anlagennachweis**  
**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, konsolidiert für das Wirtschaftsjahr 2015 (01.01. - 31.12.)**

	Anschaffungs- und Herstellungskosten								Abschreibungen						Restbuchwerte		Kennzahlen		
	Anfangsstand 01.01.2015	Übertragung 01.01.2015	Zugang	Abgang	Umbuchung	Umgliederung	Korrektur	Endstand 31.12.2015	Anfangsstand 01.01.2015	Übertragung 01.01.2015	Zugang	Abgang	Umgliederung	Korrektur	Endstand 31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014	durch- schnittl. AfA-Satz	durch- schnittl. RBW
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>																			
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	931.214,57	581.584,85	12.912,69	581.584,85	0,00	0,00	0,00	944.127,26	714.247,42	476.130,12	42.786,26	476.130,12	0,00	0,00	757.033,68	187.093,58	216.967,15	4,5	19,8
Summe Immaterielle	931.214,57	581.584,85	12.912,69	581.584,85	0,00	0,00	0,00	944.127,26	714.247,42	476.130,12	42.786,26	476.130,12	0,00	0,00	757.033,68	187.093,58	216.967,15	4,5	19,8
<b>II. Sachanlagen</b>																			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	13.508.808,24	3.433.550,76	529.687,19	3.433.550,76	0,00	0,00	0,00	14.038.495,43	5.746.956,54	2.010.631,18	328.054,32	2.010.631,18	0,00	0,00	6.075.010,86	7.963.484,57	7.761.851,70	2,3	56,7
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	363.576,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	363.576,59	290.863,39	0,00	9.089,15	0,00	0,00	0,00	299.952,54	63.624,05	72.713,20	2,5	17,5
3. Abwasserbehandlungsanlagen	22.004.514,74	0,00	0,00	736.976,34	349.188,88	0,00	0,00	21.616.727,28	14.987.267,06	0,00	529.942,53	736.976,34	0,00	0,00	14.780.233,25	6.836.494,03	7.017.247,68	2,5	31,6
4. Abwassersammelanlagen	119.632.616,26	0,00	0,00	0,00	1.338.641,65	0,00	0,00	120.971.257,91	63.067.295,73	0,00	2.080.272,61	0,00	0,00	0,00	65.147.568,34	55.823.689,57	56.565.320,53	1,7	46,1
5. Betriebseinrichtungen der Abfallverarbeitungsanlagen	1.141.405,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.141.405,44	1.141.405,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
6. Einbringungsanlagen der Abfallbeseitigung	2.067.962,65	0,00	64.993,03	208.228,12	0,00	0,00	0,00	1.924.727,56	1.439.716,41	0,00	140.824,21	203.591,84	0,00	0,00	1.376.948,78	547.778,78	628.246,24	7,3	28,5
7. Maschinen und maschinelle Anlagen	449.004,81	0,00	53.612,11	23.977,58	0,00	0,00	0,00	478.639,34	284.276,53	0,00	29.849,07	23.975,07	0,00	0,00	290.150,53	188.488,81	164.728,28	6,2	39,4
8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.089.701,04	444.037,66	102.019,13	553.359,44	0,00	0,00	0,00	3.082.398,39	1.971.873,93	305.362,78	219.427,89	414.098,85	0,00	0,00	2.082.565,75	999.832,64	1.117.827,11	7,1	32,4
9. Anlagen im Bau	2.014.067,59	0,00	2.632.034,46	0,00	-1.687.830,53	0,00	0,00	2.958.271,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.958.271,52	2.014.067,59	0,0	100,0
Summe Sachanlagen	164.271.657,36	3.877.588,42	3.382.345,92	4.956.092,24	0,00	0,00	0,00	166.575.499,46	88.929.855,03	2.315.993,96	3.337.459,78	3.389.273,28	0,00	0,00	91.193.835,49	75.381.663,97	75.342.002,33	2,0	45,3
<b>III. Finanzanlagen</b>																			
Sonstige Ausleihungen	599.743,98	0,00	0,00	181.952,28	0,00	0,00	0,00	417.791,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	417.791,70	599.743,98	0,0	100,0
	165.802.615,91	4.459.173,27	3.395.258,61	5.719.629,37	0,00	0,00	0,00	167.937.418,42	89.643.902,45	2.792.124,08	3.380.246,04	3.865.403,40	0,00	0,00	91.950.869,17	75.986.549,25	76.158.713,46	2,0	45,2

Anlagennachweis  
Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, Betriebszweig Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2015 (01.01. - 31.12.)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Fortgeschriebene Restbuchwerte		Kennzahlen		
	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang	Umbuchung	Umgliederung	Endstand 31.12.2015	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang	Umgliederung	Endstand 31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014	durchschnittl. AfA-Satz	durchschnittl. RBW
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>															
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	382.380,79	0,00	85.134,81	0,00	0,00	297.245,98	275.198,35	10.323,59	85.134,81	0,00	200.387,13	96.858,85	107.182,44	3,5	32,6
Summe Immaterielle	382.380,79	0,00	85.134,81	0,00	0,00	297.245,98	275.198,35	10.323,59	85.134,81	0,00	200.387,13	96.858,85	107.182,44	3,5	32,6
<b>II. Sachanlagen</b>															
1. Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	1.682.448,02	0,00	0,00	0,00	0,00	1.682.448,02	974.742,83	31.901,31	0,00	0,00	1.006.644,14	675.803,88	707.705,19	1,9	40,2
2. Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte mit Wohnbauten	363.576,59	0,00	0,00	0,00	0,00	363.576,59	290.863,39	9.089,15	0,00	0,00	299.952,54	63.624,05	72.713,20	2,5	17,5
3. Abwasserbehandlungsanlagen	22.004.514,74	0,00	736.976,34	349.188,88	0,00	21.616.727,28	14.987.267,06	529.942,53	736.976,34	0,00	14.780.233,25	6.836.494,03	7.017.247,68	2,5	31,6
4. Abwassersammelanlagen															
a) Haupt- und Verb.sammlier	9.171.033,94	0,00	0,00	0,00	0,00	9.171.033,94	5.194.419,24	182.235,41	0,00	0,00	5.376.654,65	3.794.379,29	3.976.614,70	2,0	41,4
b) Schächte	8.019.413,40	0,00	0,00	3.343,52	0,00	8.022.756,92	4.973.707,18	136.386,09	0,00	0,00	5.110.093,27	2.912.663,65	3.045.706,22	1,7	36,3
c) Andere Anlagen	132.063,62	0,00	0,00	0,00	0,00	132.063,62	58.099,73	2.640,15	0,00	0,00	60.739,88	71.323,74	73.963,89	2,0	54,0
d) Regenbauwerke	5.224.233,76	0,00	0,00	0,00	0,00	5.224.233,76	2.661.055,17	111.337,11	0,00	0,00	2.772.392,28	2.451.841,48	2.563.178,59	2,1	46,9
e) Pumpwerke	168.986,17	0,00	0,00	0,00	0,00	168.986,17	136.658,75	1.233,32	0,00	0,00	137.892,07	31.094,10	32.327,42	0,7	18,4
f) Sammler in der Ortslage	78.108.367,04	0,00	0,00	262.269,41	0,00	78.370.636,45	39.279.646,60	1.347.593,19	0,00	0,00	40.627.239,79	37.743.396,66	38.828.720,44	1,7	48,2
g) Hausanschlüsse	18.718.124,41	0,00	0,00	1.073.028,72	0,00	19.791.153,13	10.690.219,68	295.232,90	0,00	0,00	10.985.452,58	8.805.700,55	8.027.904,73	1,5	44,5
h) Messeinrichtungen	90.393,92	0,00	0,00	0,00	0,00	90.393,92	73.489,38	3.614,44	0,00	0,00	77.103,82	13.290,10	16.904,54	4,0	14,7
Summe a - h	119.632.616,26	0,00	0,00	1.338.641,65	0,00	120.971.257,91	63.067.295,73	2.080.272,61	0,00	0,00	65.147.568,34	55.823.689,57	56.565.320,53	1,7	46,1
5. Maschinen und Maschinelle Anlagen	78.410,95	0,00	10.982,67	0,00	0,00	67.428,28	61.765,23	4.106,35	10.982,67	0,00	54.888,91	12.539,37	16.645,72	6,1	18,6
6. Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	988.795,52	11.580,97	73.630,62	0,00	0,00	926.745,87	780.430,17	31.127,45	71.984,35	0,00	739.573,27	187.172,60	208.365,35	3,4	20,2
7. Anlagen im Bau	1.978.392,81	2.493.306,42	0,00	-1.687.830,53	0,00	2.783.868,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.783.868,70	1.978.392,81	0,0	100,0
Summe Sachanlagen	146.728.754,89	2.504.887,39	821.589,63	0,00	0,00	148.412.052,65	80.162.364,41	2.686.439,40	819.943,36	0,00	82.028.860,45	66.383.192,20	66.566.390,48	1,8	44,7
<b>III. Finanzanlagen</b>															
Sonstige Ausleihungen	443.946,91	0,00	181.952,28	0,00	0,00	261.994,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	261.994,63	443.946,91	0,0	100,0
insgesamt	147.555.082,59	2.504.887,39	1.088.676,72	0,00	0,00	148.971.293,26	80.437.562,76	2.696.762,99	905.078,17	0,00	82.229.247,58	66.742.045,68	67.117.519,83	1,8	44,8

## Anlagennachweis

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, Betriebszweig Abfallentsorgung für das Wirtschaftsjahr 2015 (01.01. - 31.12.)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Fortgeschriebene Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang *)	Umbuchung	Endstand 31.12.2015	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang	Endstand 31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014	durch- schnittl. AfA-Satz	durch- schnittl. RBW
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>													
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	531.841,21	0,00	491.449,33	0,00	40.391,88	425.597,41	828,59	386.599,66	39.826,34	565,54	106.243,80	2,1	1,4
Summe Immaterielle	531.841,21	0,00	491.449,33	0,00	40.391,88	425.597,41	828,59	386.599,66	39.826,34	565,54	106.243,80	2,1	1,4
<b>II. Sachanlagen</b>													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	5.996.118,77	0,00	3.433.550,76	0,00	2.562.568,01	3.811.643,58	18.412,69	2.010.631,18	1.819.425,09	743.142,92	2.184.475,19	0,7	29,0
2. Betriebseinrichtung der Abfallverarbeitungsanlagen	1.141.405,44	0,00	0,00	0,00	1.141.405,44	1.141.405,44	0,00	0,00	1.141.405,44	0,00	0,00	0,0	0,0
3. Einbringungsanlagen der Abfallbeseitigung	2.067.962,65	64.993,03	208.228,12	0,00	1.924.727,56	1.439.716,41	140.824,21	203.591,84	1.376.948,78	547.778,78	628.246,24	7,3	28,5
4. Maschinelle Anlagen	65.563,97	0,00	0,00	0,00	65.563,97	65.563,97	0,00	0,00	65.563,97	0,00	0,00	0,0	0,0
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	425.221,65	903,21	383.028,64	0,00	43.096,22	294.767,91	4.651,75	262.799,30	36.620,36	6.475,86	130.453,74	10,8	15,0
6. Anlagen im Bau	35.674,78	134.979,54	0,00	0,00	170.654,32	0,00	0,00	0,00	0,00	170.654,32	35.674,78	0,0	100,0
Summe Sachanlagen	9.731.947,26	200.875,78	4.024.807,52	0,00	5.908.015,52	6.753.097,31	163.888,65	2.477.022,32	4.439.963,64	1.468.051,88	2.978.849,95	2,8	24,8
<b>III. Finanzanlagen</b>													
Sonstige Ausleihungen	3.484.131,43	420.000,00	109.085,18	0,00	3.795.046,25	0,00	0,00	0,00	0,00	3.795.046,25	3.484.131,43	0,0	100,0
insgesamt	13.747.919,90	620.875,78	4.625.342,03	0,00	9.743.453,65	7.178.694,72	164.717,24	2.863.621,98	4.479.789,98	5.263.663,67	6.569.225,18	1,7	54,0

Anlagennachweis  
Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, Betriebszweig Straßenreinigung für das Wirtschaftsjahr 2015 (01.01. - 31.12.)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Fortgeschriebene Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang	Umbuchung	Endstand 31.12.2015	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang	Endstand 31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014	durchschnittl. Afa-Satz	durchschnittl. RBW
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
<u>I. Sachanlagen</u>													
Betriebs- und Geschäftsausstattung													
Betriebsausstattung	27.458,61	38.687,14	0,00	0,00	66.145,75	9.375,97	3.390,47	0,00	12.766,44	53.379,31	18.082,64	5,1	80,7
Summe Sachanlagen	27.458,61	38.687,14	0,00	0,00	66.145,75	9.375,97	3.390,47	0,00	12.766,44	53.379,31	18.082,64	5,1	80,7
<u>II. Finanzanlagen</u>													
Sonstige Ausleihungen	1.705.000,00	90.000,00	0,00	0,00	1.795.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.795.000,00	1.705.000,00	0,0	100,0
insgesamt	1.732.458,61	128.687,14	0,00	0,00	1.861.145,75	9.375,97	3.390,47	0,00	12.766,44	1.848.379,31	1.723.082,64	0,2	99,3

Anlagennachweis  
Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, Betriebszweig Bauhof für das Wirtschaftsjahr 2015 (01.01. - 31.12.)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Fortgeschriebene Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang	Korrektur	Endstand 31.12.2015	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang	Korrektur	Endstand 31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014	durchschnittl. AfA-Satz	durchschnittl. RBW
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>														
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	11.991,86	0,00	0,00	0,00	11.991,86	9.056,01	952,00	0,00	0,00	10.008,01	1.983,85	2.935,85	7,9	16,5
Summe Immaterielle	11.991,86	0,00	0,00	0,00	11.991,86	9.056,01	952,00	0,00	0,00	10.008,01	1.983,85	2.935,85	7,9	16,5
<b>II. Sachanlagen</b>														
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	3.861.211,00	107.772,43	0,00	0,00	3.968.983,43	847.657,60	127.146,53	0,00	0,00	974.804,13	2.994.179,30	3.013.553,40	3,2	75,4
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	305.029,89	53.612,11	12.994,91	0,00	345.647,09	156.947,33	25.742,72	12.992,40	0,00	169.697,65	175.949,44	148.082,56	7,4	50,9
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.610.964,31	31.357,32	58.142,11	0,00	1.584.179,52	866.838,20	131.218,13	58.140,11	0,00	939.916,22	644.263,30	744.126,11	8,3	40,7
Summe Sachanlagen	5.777.205,20	192.741,86	71.137,02	0,00	5.898.810,04	1.871.443,13	284.107,38	71.132,51	0,00	2.084.418,00	3.814.392,04	3.905.762,07	4,8	64,7
insgesamt	5.789.197,06	192.741,86	71.137,02	0,00	5.910.801,90	1.880.499,14	285.059,38	71.132,51	0,00	2.094.426,01	3.816.375,89	3.908.697,92	4,8	64,6

Anlagennachweis  
Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau für das Wirtschaftsjahr 2015 (01.01. - 31.12.)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Fortgeschriebene Restbuchwerte		Kennzahlen		
	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang	Umbuchung	Endstand 31.12.2015	Anfangsstand 01.01.2015	Zugang	Abgang	Endstand 31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014	durchschnittl. AfA-Satz	durchschnittl. RBW
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>													
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	5.000,71	0,00	5.000,71	0,00	0,00	4.395,65	0,00	4.395,65	0,00	0,00	605,06	-	-
Summe Immaterielle	5.000,71	0,00	5.000,71	0,00	0,00	4.395,65	0,00	4.395,65	0,00	0,00	605,06	-	-
<b>II. Sachanlagen</b>													
1. Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte mit Geschäfts-, Be- triebs- und anderen Bauten	1.969.030,45	421.914,76	0,00	0,00	2.390.945,21	112.912,53	43.599,70	0,00	156.512,23	2.234.432,98	1.856.117,92	1,8	93,5
2. Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	37.260,95	0,00	37.260,95	0,00	0,00	20.461,68	0,00	20.461,68	0,00	0,00	16.799,27	-	-
Summe Sachanlagen	2.006.291,40	421.914,76	37.260,95	0,00	2.390.945,21	133.374,21	43.599,70	20.461,68	156.512,23	2.234.432,98	1.872.917,19	1,8	93,5
insgesamt	2.011.292,11	421.914,76	42.261,66	0,00	2.390.945,21	137.769,86	43.599,70	24.857,33	156.512,23	2.234.432,98	1.873.522,25	1,8	93,5

**Anlagennachweis**  
 Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, Betriebszweig Service für das Wirtschaftsjahr 2015 (01.01. - 31.12.)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Fortgeschriebene Restbuchwerte		Kennzahlen		
	Anfangsstand 01.01.2015	Übertragung *) 01.01.2015	Zugang	Abgang	Umbuchung	Endstand 31.12.2015	Anfangsstand 01.01.2015	Übertragung *) 01.01.2015	Zugang	Abgang	Endstand 31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014	durchschnittl. AfA-Satz %	durchschnittl. RBW %
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>															
Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	0,00	581.584,85	12.912,69	0,00	0,00	594.497,54	0,00	476.130,12	30.682,08	0,00	506.812,20	87.685,34	0,00	5,2	14,7
Summe Immaterielle	0,00	581.584,85	12.912,69	0,00	0,00	594.497,54	0,00	476.130,12	30.682,08	0,00	506.812,20	87.685,34	0,00	5,2	14,7
<b>II. Sachanlagen</b>															
1. Grundstücke und grundstücks- gleiche Rechte mit Geschäfts-, Be- triebs- und anderen Bauten	0,00	3.433.550,76	0,00	0,00	0,00	3.433.550,76	0,00	2.010.631,18	106.994,09	0,00	2.117.625,27	1.315.925,49	0,00	3,1	38,3
2. Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	0,00	444.037,66	19.490,49	1.297,12	0,00	462.231,03	0,00	305.362,78	49.040,09	713,41	353.689,46	108.541,57	0,00	10,6	23,5
3. Anlagen im Bau	0,00	0,00	3.748,50	0,00	0,00	3.748,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.748,50	0,00	0,0	100,0
Summe Sachanlagen	0,00	3.877.588,42	23.238,99	1.297,12	0,00	3.899.530,29	0,00	2.315.993,96	156.034,18	713,41	2.471.314,73	1.428.215,56	0,00	4,0	36,6
<b>insgesamt</b>	0,00	4.459.173,27	36.151,68	1.297,12	0,00	4.494.027,83	0,00	2.792.124,08	186.716,26	713,41	2.978.126,93	1.515.900,90	0,00	4,2	33,7

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb  
**E W L** Landau in der Pfalz

# **Jahresabschluss 2015**

## **Lagebericht des Vorstands**

## Inhaltsverzeichnis

<b>I. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS</b> .....	<b>4</b>
<b>I.1. GESCHÄFTSMODELL DES UNTERNEHMENS</b> .....	<b>4</b>
<b>I.2. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG</b> .....	<b>6</b>
<b>II. WIRTSCHAFTSBERICHTE</b> .....	<b>8</b>
<b>II.1. BETRIEBSZWEIG ABWASSERBESEITIGUNG</b> .....	<b>8</b>
II.1.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen .....	8
II.1.2. Geschäftsverlauf.....	9
II.1.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	11
II.1.4. Lage .....	13
a) Ertragslage .....	13
b) Finanzlage.....	13
c) Vermögenslage .....	13
II.1.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	14
<b>II.2. BETRIEBSZWEIG ABFALLBESEITIGUNG</b> .....	<b>14</b>
II.2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen .....	14
II.2.2. Geschäftsverlauf.....	16
II.2.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	17
II.2.4. Lage.....	19
a) Ertragslage .....	19
b) Finanzlage.....	20
c) Vermögenslage .....	20
II.2.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	20
<b>II.3. BETRIEBSZWEIG STRABENREINIGUNG</b> .....	<b>20</b>
II.3.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen .....	21
II.3.2. Geschäftsverlauf.....	21
II.3.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	22
II.3.4. Lage .....	22
a) Ertragslage .....	22
b) Finanzlage.....	23
c) Vermögenslage .....	23
II.3.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	23

<b>II.4. BETRIEBSZWEIG BAUHOF.....</b>	<b>23</b>
II.4.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen .....	24
II.4.2. Geschäftsverlauf.....	24
II.4.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	27
II.4.4. Lage.....	28
a) Ertragslage .....	28
b) Finanzlage.....	28
c) Vermögenslage .....	29
II.4.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	29
<b>II.5. BETRIEBSZWEIG PROJEKTENTWICKLUNG LANDESGARTENSCHAU.....</b>	<b>29</b>
II.5.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen .....	29
II.5.2. Geschäftsverlauf.....	29
II.5.3. Lage.....	30
a) Ertragslage .....	30
b) Finanzlage.....	30
c) Vermögenslage .....	30
II.5.4. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	31
II.5.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	31
<b>II.6. BETRIEBSZWEIG SERVICE .....</b>	<b>31</b>
II.6.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen .....	31
II.6.2. Geschäftsverlauf.....	32
II.6.3. Lage.....	33
a) Ertragslage .....	33
b) Finanzlage.....	33
c) Vermögenslage .....	33
II.6.4. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	33
II.6.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	34
<b>III. NACHTRAGSBERICHT.....</b>	<b>34</b>
<b>IV. BERICHT ÜBER ALLGEMEINE PROGNOSEN, CHANCEN UND RISIKEN... 34</b>	
<b>V. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON</b>	
<b>FINANZINSTRUMENTEN.....</b>	<b>35</b>
<b>VI. BERICHT ÜBER ZWEIGNIEDERLASSUNGEN .....</b>	<b>35</b>

## **I. Grundlagen des Unternehmens**

### **I.1. Geschäftsmodell des Unternehmens**

Organisatorische Struktur des Unternehmens (mit quantitativen Angaben)

Standorte

Produkte und Dienstleistungen

Geschäftsabläufe/Geschäftsprozesse

Wesentliche Veränderungen zum Vorjahr sind darzustellen

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau (EWL) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Er wurde zum 01.01.2009 aus den vormaligen Entsorgungswerken Landau gegründet. Überwiegend sind der Anstalt hoheitliche Aufgaben übertragen. Somit steht nicht die Gewinnmaximierung im Vordergrund, sondern die Steigerung des Gemeinwohls zu günstigen Preisen. Für die meisten Dienstleistungen besteht ein Anschluss- und Benutzungszwang, somit ist der EWL als Monopolist tätig. Diese sind in der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts vom 09.12.2008, zuletzt geändert am 01.04.2014, definiert.

Im Jahr 2015 umfasste der EWL sechs Betriebszweige

- I Abwasserbeseitigung
- II Abfallbeseitigung
- III Straßenreinigung
- IV Bauhof
- V Projektentwicklung Landesgartenschau
- VI Service.

Der Betriebszweig wurde zum 01.01.2015 gegründet. Der entsprechende Beschluss wurde im Rahmen der Satzungsänderung am 11.04.2014 vom Verwaltungsrat und Stadtrat gefasst. Zweck des Betriebszweiges ist es die interne Verrechnung transparenter darzustellen und die Steuerung zu erleichtern. So sollen alle Querschnittsdienstleistungen (z. B. Buchhaltung, Gebührenabrechnung, Dienstgebäude) in diesem Betriebszweig gebündelt werden.

Für jeden Betriebszweig wird eine gesonderte Buchhaltung, Bilanz und Kosten- und Leistungsrechnung geführt.

Funktional gliedert der EWL sich in vier Abteilungen

- 1 Verwaltungsabteilung
- 2 Abteilung Abfallwirtschaft- und Straßenreinigung
- 3 Abteilung Abwasserbeseitigung
- 4 Bauhof

Die Projektabteilung wurde zum 31.12.2014 aufgelöst. Die Abteilung hatte ihre Aufgabe weitestgehend erfüllt und war lediglich noch mit Abrechnungsaufgaben betraut. Die verbliebenen zwei Mitarbeiter wurden in die Verwaltungsabteilung integriert.

Geführt wird die Anstalt durch den Vorstand. Den Abteilungen steht jeweils eine Abteilungsleitung vor. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beläuft sich auf 100 Personen. Hauptsächlich werden die Beschäftigten gemäß dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) entlohnt. Ein Großteil der Beschäftigten gehört dem gewerblichen Teil des Bauhofs an.

Der EWL hat folgende Standorte in Landau:

- Hauptsitz, Friedrich-Ebert-Straße 5
- Bauhof, Albert-Einstein-Straße 18
- Kläranlage Landau-Mörlheim, Am Hölzel 32
- Müllumschlaganlage / Wertstoffhof, Am Hölzel 16
- Wiegestation und Bauschuttrecyclinganlage, Am Hölzel 24
- Dienstleistungszentrum am Park (DiZaP), Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1

Weitere Standorte ohne dauerhafte Personalbesetzung sind neben vielen Regenrückhaltebecken:

- Pflanzenkläranlage Taubensuhl
- Deponie Arzheim
- Deponie Am Roten Weg

Die erbrachten Dienstleistungen und notwendigen Geschäftsprozesse werden in den nachfolgenden Unterabschnitten konkreter beschrieben.

Die demografische Bevölkerungsentwicklung der Stadt Landau kann im Vergleich zum Landestrend als positiv bewertet werden. Bedingt durch Studierende an der Universität Koblenz-Landau liegt das Durchschnittsalter auf einem relativ niedrigen Niveau. Allerdings ist trotzdem eine stetige Zunahme der Bevölkerung mit einem Alter von über 70 Jahre zu erkennen. Die durchschnittliche Anzahl der Personen eines Haushaltes nimmt weiter ab, der Trend zu Single-Haushalten ist ungebrochen. Die demografischen Entwicklungen müssen bei mittel- bis langfristig wirkenden Investitionsentscheidungen berücksichtigt werden. Auch die angebotenen Leistungen sind an der Bevölkerungsentwicklung zu orientieren.

## **I.2. Forschung und Entwicklung**

Im Bereich der Entwicklung von Siedlungsflächen ergibt sich eine Abkehr von der jahrelang erfolgreichen Maxime „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Es ist absehbar, dass nach Abschluss der militärischen Konversion weiterhin eine hohe Nachfrage nach Bauland in Landau vorhanden sein wird. Hierauf soll vorausschauend durch Ausweisung von entsprechenden Bebauungsflächen reagiert werden.

Im Bereich Abwasser wird nach der erfolgten Auswertung der Kanalinspektion das Abwasserbeseitigungskonzept unter Berücksichtigung der Fremdwasserproblematik fortgeschrieben. Bundesweit steht derzeit die weitergehende Abwasserreinigung zur Elimination von Mikroverunreinigungen des Abwassers in der Diskussion. Das Umweltbundesamt sieht die Notwendigkeit, diese Schadstoffe (z. B. Rückstände von Medikamenten) aus dem Abwasser zu entfernen zur Sicherung der Ressource Trinkwasser. Offen ist derzeit, ob diese Forderung von den Aufsichtsbehörden per Bescheid festgesetzt wird. Die Universität Koblenz-Landau hat ein vielversprechendes Forschungsprojekt zur Elimination der vorgenannten Schadstoffe laufen. Der EWL ist ein Projektpartner. Insbesondere soll in kleinem Maßstab die technische Steuerbarkeit unter realen Kläranlagenbedingungen geprüft werden.

Die Schaffung von Entsorgungssicherheit bei der Klärschlammverwertung wird an Bedeutung gewinnen. Es ist erklärtes Ziel der Bundesregierung aus der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung auszusteigen. Der EWL versucht in Zusammenarbeit mit den umliegenden Verbandsgemeindewerken für die Südpfalz eine langfristig sichere Entsorgung zu entwickeln.

Die Bewältigung von Starkregenereignissen wird an Bedeutung gewinnen. Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Kanalnetzes zur Aufnahme von Starkregen ist wirtschaftlich nicht darstellbar. In Zusammenarbeit mit dem Umwelt- und Stadtbauamt muss die Stadt zu einer „wassersensitiven“ Siedlungsfläche umgebaut werden. Dies bedeutet zu akzeptieren, dass Siedlungsflächen vorübergehend unter Wasser stehen. Dem Wasser müssen entsprechende Abflusswege gegeben werden. Dabei müssen kritische Infrastruktureinrichtungen geschützt werden. Weiterhin müssen die Grundstückseigentümer mit dem Thema vertraut gemacht werden.

Im Bereich Abfall ist die Fortschreibung des Abfallbeseitigungskonzeptes (AWK) notwendig. Die Vorgaben des Landesabfallprogramms 2013 sind in das städtische AWK zu integrieren. Der Bau des Wertstoffhofes ist notwendig. Die bisher als Wertstoffhof genutzte Umschlaganlage hat ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Es können nach der Novellierung des Elektro- und Elektronikgeräte-Gesetz nicht alle erforderlichen Sammelcontainer aufgestellt werden. Auch bei der Abwicklung des Besucherverkehrs wird oft die Kapazitätsgrenze überschritten. Dies führt zu Rückstau in den öffentlichen Verkehrsbereich und kann zu einer Gefährdung des allgemeinen Verkehrs führen. Negativ ist dabei auch der Frust der Anlagennutzer über lange Wartezeiten.

Der vorgesehene Verkauf des Gebäudes Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1 wurde gestoppt. Die Stadtverwaltung Landau hat einen erheblichen zusätzlichen Bedarf an Büroräumen. Das Gebäude wird zukünftig vom EWL als Hauptsitz genutzt. Dafür wird das Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 5 komplett an die Stadtverwaltung Landau vermietet.

Die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emission ist eine wichtige gesellschaftliche Herausforderung, der sich der EWL stellt. Im Rahmen von Investitionen und Beschaffungen wird, wo möglich, die Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Emission als Bewertungskriterium neben dem Preis herangezogen. Der EWL versteht sich als Umweltschutzbetrieb und hat bisher schon zu einer maßgeblichen Reduzierung der CO<sub>2</sub> – Emission der Stadt Landau beigetragen.

## **II. Wirtschaftsberichte**

### **II.1. Betriebszweig Abwasserbeseitigung**

Aufgabe der Abwasserabteilung ist die Sammlung und Reinigung des kommunalen Abwassers. Dies impliziert sowohl den Betrieb als auch den Bau und die Instandsetzung der dafür notwendigen Anlagen. Die Abwasserabteilung ist in folgende Aufgabenbereiche gegliedert:

1. Kanalnetz zur Sammlung und zum Transport des Abwassers
  - 1.1. Sammler Sanierung und Erneuerung
  - 1.2. Anschlussleitung Neubau und Sanierung
  - 1.3. Erschließung neuer Gebiete
  - 1.4. Dokumentation der Anlagen und Maßnahmen im geografischen Informationssystem.  
Dieses stellt auch die Grundlagen für die Planung der Baumaßnahmen bereit.
  - 1.5. Unterhalt des Kanalnetzes: Reinigung, Inspektion, kleinere Reparaturen
2. Kläranlagen zur Abwasserreinigung
  - 2.1. Erneuerung der Kläranlagen und verfahrenstechnische Änderungen
  - 2.2. Betrieb der Anlagen
3. Überwachung von Indirekteinleiter (Gewerbe- bzw. Industriebetriebe)
4. Betrieb der Waage und Nachsorge der Deponien als Dienstleistung für die Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung, Betriebszweig Abfallbeseitigung.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben stehen 8,35 Verwaltungsstellen der Entgeltgruppen 8 bis 11 sowie eine geringfügig beschäftigte Kraft unbefristet und 9,6 gewerbliche Stellen der Entgeltgruppen 5 bis 9 zur Verfügung

Neben dem Abwasser der Stadt Landau wird in der Kläranlage Landau-Mörlheim auch das Abwasser aus benachbarten Verbandsgemeinden gereinigt. Hierüber wurde eine Zweckvereinbarung abgeschlossen

#### **II.1.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Gebühren des EWL bei der Abwasserbeseitigung sind im Verhältnis der rheinland-pfälzischen Abwasserbetriebe sehr günstig, wie die regelmäßige Teilnahme am rheinland-pfälzischen Abwasser-Benchmark belegt. 2015 wurde an der freiwilligen Transparenzinitiative „gutes Wasser - klare Preise“ des Landes Rheinland Pfalz teilgenommen. Das Tarif- und Preisinformationsblatt des EWL steht im Vergleich zu anderen Abwasserbetrieben im Internet (<http://www.wasser.rlp.de/servlet/is/8645/>) öffentlich zur Einsicht.

Das rd. 225 km lange Kanalnetz hat insgesamt einen Restbuchwert von 34 % der Anschaffungskosten. Das mittlere Alter beträgt 38 Jahre. Ca. 40 % der Kanäle haben Schäden.

Die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm soll nach dem Willen der Bundesregierung auslaufen. Hintergrund ist die Belastung der Klärschlamm mit Schadstoffen. Allerdings sollen auch weiterhin im Klärschlamm vorhandene Pflanzennährstoffe (Phosphat und Stickstoff) im Sinne der Kreislaufwirtschaft der Landwirtschaft als Dünger zur Verfügung gestellt werden. Hierdurch soll auch die Abhängigkeit von Drittländern als Lieferanten von mineralischen Düngemitteln reduziert werden. Die derzeit vorhandenen technischen Lösungen sind aufwendig und am Markt nicht durchsetzbar. Allerdings stellen nicht nur reduzierte Grenzwerte eine Herausforderung dar. Auch die steigenden Einschränkungen bei den Ausbringungszeiten in die Landwirtschaft müssen bewältigt werden. Somit werden schon vor Erreichen des vorgesehenen Endes der Übergangsfrist im Jahr 2025 immer größere Anteil des Klärschlammes einer thermischen Verwertung zugeführt werden müssen.

### **II.1.2. Geschäftsverlauf**

Im November fand das Audit für die Zertifizierung im technischen Sicherheitsmanagement (TSM) statt. Ziel des TSM ist die Schaffung einer rechtssicheren Organisationsstruktur. Dabei ergaben sich noch Punkte, die nachzubessern waren. Das Zertifikat wurde 2016 erteilt.

### **Bereich Kläranlage**

Bei der Aufsichtsbehörde wurde ein Antrag auf Verrechnung der Investitionen mit der Abwasserabgabe beantragt. Es konnte nachgewiesen werden, dass durch den Umbau der Kläranlage die Reinigungsleistung verbessert wurde, weshalb eine Verrechnung möglich ist. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd hat der Verrechnung zugestimmt. In der Summe wurden 607 T€ anerkannt, was die Liquidität im Betriebszweig nachhaltig verbesserte.

Der zweite Bauabschnitt der Erneuerung der Elektrotechnik auf der Kläranlage wurde fertig gestellt. Nach der Erneuerung der Stromversorgung wurde die elektrische Schaltanlage komplett erneuert. Dies war notwendig, da für die alten Bauteile keine Ersatzteile mehr hergestellt werden. Die Vorgänge innerhalb der einzelnen Reinigungsstufen der Kläranlage können nun einschließlich der Energieverbräuche besser erfasst werden.

Die frei gewordene Schaltwarte wurde in einen kombinierten Aufenthalts- und Besprechungsraum umgebaut. Der alte Aufenthaltsraum wurde in das Meisterbüro umfunktioniert, in dem zukünftig auch die Person zur Verwaltung des neuen Wertstoffhofes ihren Platz hat.

Die sanitären Einrichtungen wurden erneuert.

### **Bereich Kanalnetz**

Die Kanalsanierung einschließlich der Fremdwasserleitung in der Böchinger Straße wurde fertig gestellt. Der Kanal in der Schneiderstraße wurde erneuert. In der östlichen Godramsteiner Hauptstraße wurde der Regenüberlauf Nr. 1.22 durch ein größeres Bauwerk ersetzt. Die Vergrößerung war erforderlich, weil ein automatisch geräumter Rechen zum Rückhalt von Grobstoffen eingebaut wurde. Dies ist die erste derartige Maschine im Landauer Kanalnetz. Sie wurde notwendig, um die Mischwasserentlastung Räuschelbächel am Godramsteiner Kindergarten zumindest von Grobstoffen zu entfrachten. Im Horstgebiet wurde die Sanierung der Kanäle in offener und geschlossener Bauweise begonnen.

Die 2013 begonnene und 2015 abgeschlossene flächendeckende Inspektion der Sammelkanäle deckte Schäden im Bereich der Betonrohre auf. Durch die kombinierte chemische und mechanische Beanspruchung zersetzten sich die Rohrrinnenflächen. Diese sogenannte Betonkorrosion schwächt durch Materialabtrag die Rohrstatik und erhöht die Reibung. Da es sich hierbei um einen weiter fortschreitenden Prozess Schaden handelt, muss rechtzeitig vor einer statischen Destabilisierung der Rohre die Sanierung erfolgen.

In Nußdorf wurde in Folge dessen die Sanierung von 2 km Kanälen mit Inlinern ausgeschrieben. Um die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge zu begrenzen, konnte nur die Hälfte in 2015 saniert. Der Rest der Maßnahme wird in 2016 erledigt.

Neben den Sammelleitungen ist nach der Eigenüberwachungsverordnung auch die Untersuchung der Hausanschlussleitungen im öffentlichen Raum notwendig. In Godramstein wurde 2015 zum ersten Mal ein Befahrungsverfahren gewählt, mit dem parallel auch die tatsächliche Lage der Anschlussleitungen ermittelt werden kann. Beim Datenaustausch mit dem beauftragten Unternehmen traten unerwartet Probleme auf. Es stellte sich heraus, dass diese im Wesentlichen aus nicht ausgereiften Vorgaben in den Schnittstellendefinitionen resultierten. An der Lösung der Probleme wird noch gearbeitet. Die vorgesehene Weiterführung der Hausanschlussinspektion (Nußdorf) wurde deshalb ausgesetzt.

Die Erschließung Im Bürgergraben wurde fertig gestellt. Die Planung der Erschließung des Gewerbegebietes D10 wurde vorangetrieben. Hier wurde als Vorabmaßnahme ein Schmutzwasserpumpwerk und 100 m Schmutzwasserleitung gebaut.

### **Fremdwasser**

Unter dem Begriff Fremdwasser werden Einträge in das Kanalnetz zusammengefasst, die nicht im Rahmen der allgemeinen hoheitlichen Daseinsvorsorge abgeleitet und gereinigt werden müssen. Der Verwaltungsrat hat am 16.10.2014 das Fremdwasserbeseitigungskonzept beschlossen. Es wurden Messungen durchgeführt, um die Bereiche mit erhöhtem Fremdwasseraufkommen feststellen zu können. Basierend auf diesen Messungen sollen an die Gebiete angepasste Konzepte zur Unterbindung der Einleitungen in das Mischwassersystem erarbeitet werden.

Konkret wurde eine Fremdwasserleitung von der Böchinger Straße parallel zum Schmutzwasserkanal verlegt. Die Weiterführung dieser Leitung in den Regenwasserkanal im Wiesengässchen wurde geplant und soll 2017 umgesetzt werden. In Mörzheim wurden weitere Erkundungen zu Fremdwasserquellen durchgeführt.

### **II.1.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken**

Für das Jahr 2016 war eine Anpassung der Abwassergebühren notwendig. Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2015 die Festsetzung neuer Gebühren beschlossen. Der Stadtrat hat der Gebührenanpassung in seiner Sitzung am 26.01.2016 zugestimmt. Die Gebühren für den Schmutzwasser wurden von 1,23 auf 1,30 €/m<sup>3</sup> angehoben, für Niederschlagswasser von 0,40 €/m<sup>2</sup> auf 0,46 €/m<sup>2</sup>. Im Verlauf des Jahres 2016 muss überprüft werden, ob die Anhebung ausreichend war, um eine angemessene Eigenkapitalverzinsung sicherzustellen.

Über die Beteiligung des Straßenbaus an den Investitionskosten der Kanalisation wirken sich diese Maßnahmen unmittelbar auf die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge aus. Aufgrund der Rechtsprechung hat die Stadt ihre Teilgebiete für die wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge neu festsetzen müssen. Im Ergebnis führen die erheblichen Investitionen in den Ortsteilen in das Kanalnetz zu einer Erhöhung der wiederkehrenden Beiträge, die die politisch vorgegebenen jährlichen Beitragsobergrenzen deutlich überschreiten. Vom EWL wurde deshalb gefordert, die Sanierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung der wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge zu planen. In der Folge ergeben sich aus dieser Forderung baulich und finanziell mehrere kleinere Sanierungs- bzw. Erneuerungsmaßnahmen, die allerdings in der Summe zu einem Mehraufwand führen.

Die Kanalsanierung wird in Queichheim, Nußdorf, Godramstein und im Horstgebiet fortgesetzt, mit Vorrang für Nußdorf und Godramstein.

Die abgeschlossene Inspektion der Haltungen wird hinsichtlich der Schäden ausgewertet. Die Inspektion der Anschlussleitungen in Nußdorf wird fortgesetzt. Nach Behebung der Schnittstellenprobleme erfolgt die Untersuchung in anderen Stadtteilen.

Auf der Kläranlage wird die Wärmedämmung der Schlammlleitungen, die Sanierung des Gasraumes, die Neuordnung des Fettabzuges aus dem Fettfang und die Sanierung des Schlammwässerungsgebäudes begonnen.

Die Reduzierung des Fremdwassers muss weitergeführt werden. Die Eigenüberwachungsverordnung Abwasseranlagen (EÜVOA) wird novelliert. Neben dem neuen Namen, Selbstüberwachungsverordnung, ergibt sich eine wesentliche Änderung. Zukünftig wird nicht die Konzentration der Schmutzfracht im Abwasserstrom maßgeblich sein, sondern der absolute Eintrag der Schmutzfracht in das Gewässer. Hintergrund der Regelung ist die Steigerung der Reinigungsleistung der Kläranlagen durch die Vermeidung von Verdünnungseffekten.

Das schon für 2017 drohende komplette Verbot der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung kann nach derzeitigem Stand vermieden werden. Die zum Einsatz kommenden Hilfsstoffe zu Entwässerung des Schlammes erfüllen die Vorgaben der Düngemittelverordnung. Von der Struktur- und Genehmigungsdirektion liegt inzwischen die grundsätzliche Zustimmung zur landwirtschaftlichen Verwertung über den 31.12.2016 hinaus vor.

#### II.1.4. Lage

##### a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2015 um 133 T€ erhöht. Demgegenüber hat sich der Materialaufwand gegenüber dem Vorjahr um 147 T€ vermindert. Die Personalkosten sind aufgrund innerbetrieblicher Veränderungen (Übertragung BZW Service sowie Veränderungen für Pensions-/Beihilfeansprüche um 278 T€ niedriger. Die Abschreibungen haben sich um 46 T€ erhöht, welches auf einem größeren Investitionsvolumen beruht.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um 153 T€ erhöht.

Zur Erhöhung der notwendigen Eigenkapitalverzinsung wird eine moderate Gebührenerhöhung in den nächsten Jahren notwendig sein.

##### b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die Allgemeine Rücklage.

Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr weiter verbessert.

##### c) Vermögenslage

Das Vermögen des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht vermindert.

### **II.1.5. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2015.

## **II.2. Betriebszweig Abfallbeseitigung**

Der EWL ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger (örE) für das Stadtgebiet Landau in der Pfalz. Aufgabe des örE ist es, die im Stadtgebiet bei privaten Haushalten anfallenden Abfälle zu sammeln, befördern und einer Verwertung oder schadlosen Beseitigung zuzuführen. Auch sind Abfälle von gewerblichen Unternehmen zu beseitigen, wenn diese keine Verwertungsmöglichkeit haben.

Ein Sammelsystem gibt es für Rest- und Bioabfälle und für Papier, Pappe und Kartonage. Sperrige Abfälle und Elektroschrott können die Bürger im Bringsystem im Entsorgungszentrum abgeben. Ebenso können Gartenabfälle und Strauchschnitt angedient werden. Gefährliche Abfälle können die Bürger bei speziellen Gefahrstoffsammlungen abgeben.

Der EWL betreibt keine eigenen Beseitigungs- oder Verwertungsanlagen. Zur Beseitigung der Rest- und sperrigen Abfälle ist er Mitglied beim Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS). Die Abfälle werden im Müllheizkraftwerk Pirmasens verbrannt. Zur Verwertung der Bioabfälle und des Grünschnitts, der gesammelten Papier- und Kartonagen sowie der Metall- und Elektroschrotte bedient sich der EWL zertifizierter Fachunternehmen.

Die Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung mit 4,5 Stellen ist für die Aufgaben des Betriebszweiges zuständig.

### **II.2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Der EWL erhebt von den Nutzern des Systems eine grundstücksbezogene volumenabhängige Gebühr. Grundsätzlich ist ein Mindestvolumen von 10 Liter pro Einwohner und Woche vorzuhalten. Auf Antrag kann ein Sparvolumen pro Einwohner und Woche gewährt werden.

Standard ist die Ausstattung der Grundstücke mit Bioabfallbehälter. Auf Antrag kann bei Nachweis der qualifizierten Kompostierung mit anschließender Verwertung auf dem eigenen Grundstück die Biotonne entfallen. Dann werden dem Grundstückseigentümer reduzierte Abfallgebühren in Rechnung gestellt.

Die Stadt Landau erreicht im Bericht der Landesregierung für das Jahr 2014 neben zahlreichen anderen Kommunen, eine Verwertungsquote von 100 %. Die jährliche Haushaltsrestabfallmenge 2015 lag bei 106 kg pro Einwohner. Hier weicht der Landauer Wert positiv von dem rheinland-pfälzischen Landesdurchschnitt 2014 ab, der bei 157 kg pro Einwohner und Jahr liegt. Das Sperrabfallaufkommen liegt mit 37 kg pro Einwohner zwar deutlich unter dem Landesmittelwert von 53 kg pro Einwohner, aber auf höherem Niveau.

An Bioabfällen wurden 93 kg pro Einwohner gesammelt, die Grünschnitterfassung im Bringsystem lag bei 119 kg pro Einwohner.

Im Rahmen der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes des Bundes ergaben sich folgende Auflagen:

- Pflicht zur Einführung einer Biotonne ab dem 01.01.2015  
Da schon eine Biotonne eingeführt ist, gibt es keine einschneidenden Änderungen. Wie vorstehend dargestellt kann eine Befreiung von dem Anschluss auf Antrag erteilt werden. Allerdings wurden die Kriterien für eine positive Bescheidung deutlich angehoben.
- Einführung einer Wertstofftonne zum 01.01.2015  
Die Einführung bis zum 01.01.2015 war nicht möglich, da der Bund das Wertstoffgesetz nicht umgesetzt hat.

Von Seiten des Landes und der Oberen Abfallbehörde ist die Schaffung von Deponieraum für Bodenaushub und mineralischen Bauabfällen im Süden von Rheinland-Pfalz notwendig. Entsprechend wurde vom Land dies im Landesabfallwirtschaftsplan 2013 für die örE im Süden als Aufgabe aufgenommen.

Da die Stadt Landau eine Bevölkerungszunahme verzeichnet, ergibt sich eine Zunahme des Behälterbestandes mit entsprechenden Mehreinnahmen bei den Gebühren. Hierdurch kann nach einer Reduzierung der Gebühren im Jahr 2011 seitdem das Gebührenniveau konstant gehalten werden.

Mit der Mitgliedschaft im ZAS verbunden ist die Verpflichtung, die Abfälle zur Beseitigung dem ZAS anzudienen. Diese werden im Müllheizkraftwerk (MHKW) Pirmasens verbrannt. Auf Grund der hohen Verbrennungsentgelte liegen die Abfallgebühren in Landau auf relativ hohem Niveau.

### II.2.2. Geschäftsverlauf

Trotz steigender Bevölkerungszahl hat sich die zu beseitigende Menge an Restabfall stabilisiert. Hier greift das 2011 modifizierte Gebühren- und Behältersystem. In Rheinland-Pfalz bleibt Landau die kreisfreie Stadt mit dem geringsten Restabfallaufkommen.

Abfallart	Mengen 2014 in Mg	Mengen 2015 in MG	Veränderung
<b>Abfälle zur Beseitigung</b>			
Gesammelter Haushaltsabfall	4.921	<b>4.847</b>	- 2 %
Sperriger Haushaltsabfall	1.823	<b>1.688</b>	- 7 %
<b>Abfälle zur Verwertung</b>			
Gesammelter Bioabfall	4.341	<b>4.277</b>	- 1 %
Papier, Pappe, Kartonage	4.127	<b>4.081</b>	- 1 %
Altholz	2.009	<b>2.126</b>	+ 6 %
Grünschnitt	5.237	<b>5.457</b>	+ 4 %
Elektrogeräte (Eigenvermarktung)	276	<b>269</b>	- 3 %

*Tabelle 1:* Bilanz der beseitigten und verwerteten Stoffströme in Landau für die Jahr 2014 und 2015

Der ZAS wird das Jahr 2015 mit einem Verlust von 1.354.145 € abschließen. Somit wird eine Nachzahlung von ca. 153 T€ erforderlich sein, die in der Bilanz als Rückstellung berücksichtigt werden muss.

Das Grundstück der Bauschuttrecyclinganlage ist an die Südpfälzische Bauschutt-Recycling Landau GmbH & Co. KG (SBRL) verpachtet. Eine Vergütung erfolgt anhand des Mengeneingangs. Die Menge des angelieferten Bauschutts verminderte sich auch 2015 auf nunmehr 37.864 Mg.

Zuständig für die Sammlung der Verkaufsverpackungen sind gemäß Verpackungsverordnung die Dualen Systeme. Diese bedienen sich privater Firmen um die Verpackungstoffe hausnah abzuholen. In Landau werden die sogenannten Leichtverpackungen (LVP) über Gelbe Säcke eingesammelt. Das Aufkommen liegt mit 1.613 Mg ca. 2 % über dem Wert des Vorjahres mit 1.577 Mg.

Die Glasverpackungen werden mittels transparenter Säcke gesammelt.

Auf der Umschlaganlage erfolgten im Berichtsjahr keine wesentlichen Änderungen im Betriebsablauf.

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb ist für zwei Altdeponiestandorte zuständig, die sich in der Nachsorgephase befinden. Für eine Teilfläche muss die Rekultivierungsschicht ertüchtigt werden. Die Maßnahme ist für das Jahr 2016 vorgesehen. Auf dem Standort der Altdeponie „Arzheim“ ergaben sich keine Änderungen.

### **II.2.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken**

Für das Jahr 2016 war eine Anpassung der Abfallgebühren notwendig. Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 10.12.2015 die Festsetzung neuer Gebühren beschlossen. Der Stadtrat hat der Gebührenanpassung in seiner Sitzung am 26.01.2016 zugestimmt. Die Gebühren für den Vollanschluss (Rest- und Bioabfallbehältnisse) wurden um ca. 9 % erhöht. Die Gebühren für eine reine Restabfalltonne wurden um ca. 21 % erhöht. Demgegenüber konnten die Gebühren für reine Bioabfallgefäße um 21 % reduziert werden.

Das vordringlichste Problem im Bereich der Abfallwirtschaft stellt die Geschäftsentwicklung beim Zweckverband Abfallwertung Südwestpfalz (ZAS) dar. Es gibt allerdings derzeit Engpässe auf dem Verbrennungsmarkt, was mit leicht steigenden Verbrennungspreisen einhergeht. Der Engpass hat folgende Gründe:

- gute Konjunktur
- Revisionsbedingte Außerbetriebnahme von wesentlichen Kapazitäten
- Hohe Importe aus den Nachbarländern.

Leider partizipiert der ZAS noch nicht von der Trendumkehr. Es bleibt auch abzuwarten, wie lange noch höhere Preise durchzusetzen sind. So stehen im Ausland erhebliche Verbrennungskapazitäten im Bau.

Die Verbrennungsanlage in Pirmasens ist durch die Mengen der Verbandsmitglieder nicht einmal zu 50 % ausgelastet. Mehrmengen zur Deckung der Fixkosten können nur zu einem deutlich unter dem Vollkostenpreis liegenden Preis akquiriert werden.

Zusätzlich nehmen die Restabfallmengen weiter ab. So führte Beispielsweise die Einführung der Pflichtbiotonne in Verbindung mit einem modifiziertem Leerungsbasierenden Abrechnungssystem für Restabfall im Kreis Südwestpfalz zu einer erheblichen Abnahme der Restabfallmengen. Wenn zusätzlich ein Wertstoffgesetz ein Pflichtbehältnis für die Wertstofffassung notwendig wird, nehmen die Mengen weiter ab. Wenn keine Änderung der Geschäftsbesorgungsstruktur gelingen sollte und keine weiteren kommunalen Verbandmitglieder beitreten, sind Verbrennungspreise in einer Bandbreite von 350 bis 450 €/Mg bis 2024 realistisch. Dies wird zu einer deutlichen Erhöhung der Entsorgungsgebühren für die Bürger der Stadt Landau führen.

Beim ZAS werden mögliche Szenarien für die Entwicklung bis zum Jahr 2023 betrachtet und kalkuliert. Gespräche mit dem Betriebsführer und Betreiber wurden aufgenommen, um die Realisierbarkeit von Kosteneinsparungen zu prüfen.

Die Abfallbehörden fordern von den öRE die Schaffung von Deponieraum für Bodenaushub und mineralische Bauabfälle. Auf der Gemarkungsfläche von Landau ist derzeit keine Sand- oder Tongrube vorhanden, die als Deponiefläche aktiviert werden könnte. Die Herstellung einer neuen Deponie ist derzeit auf dem Gebiet der Stadt Landau nicht vorstellbar. In Verbindung mit der geplanten Verordnung zur Festlegung von Anforderungen für das Einbringen oder das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser, an den Einbau von Ersatzbaustoffen und für die Verwendung von Boden und bodenähnlichem Material, abgekürzt Mantelverordnung genannt, werden die verwertbaren Massenströme deutlich zurückgehen. Im Ergebnis müssen mehr Massen auf Deponien beseitigt werden. Normalerweise sind die Stoffströme den öRE entzogen. Sobald aber die Bauindustrie keine Verwertungsmöglichkeiten mehr sieht, sind die Massen dem öRE anzudienen. Wenn es nicht gelingt im Rahmen der interkommunalen Kooperation Deponieraum außerhalb von Landau zu nutzen, wird der Bau einer Deponie notwendig werden. Allerdings ist derzeit auf Grund der unklaren Rechtslage nicht abschätzbar, welches Abfallaufkommen realistisch angenommen werden kann.

Der derzeitige Wertstoffhof kann die Anforderungen einer ordnungsgemäßen und gefahrlosen Annahmestelle nicht erfüllen. Eine Ausweitung der Erfassungsgruppen, z. B. bei der Erfassung von Elektroaltgeräten, ist auf Grund fehlender Grundfläche nicht möglich. Der Neubau eines Wertstoffhofs auf EWL-eigenen Flächen wird derzeit vorbereitet. Bei einer planmäßigen Umsetzung des Vorhabens kann der neue Wertstoffhof Ende 2017 in Betrieb gehen.

Die günstigen Energiepreise haben auch Auswirkungen auf mögliche Erlöse aus der Vermarktung von Sekundärrohstoffe. Die in der Vergangenheit erfolgreich durchgeführte Eigenvermarktung verschiedener Fraktionen des Elektroschrottes hatte einen dämpfenden Einfluss auf die Abfallgebühren. Für 2016 ist ein deutlicher Rückgang der Verwertungserlöse eingetreten, weshalb von Seiten des EWL auf eine Eigenvermarktung verzichtet wurde. Hier ist der Markt zu beobachten, um rechtzeitig die Entscheidung für die Wiederaufnahme der Eigenvermarktung zu treffen.

Aus Gründen der Arbeitssicherheit ist die Planung von Rückwärtsfahrten innerhalb von Abfallsammeltouren zu unterlassen. Stattdessen werden Sammelplätze ausgewiesen, an denen die Behältnisse zur Abfuhr bereitzustellen sind. Entsprechend den politischen Vorgaben wird den betroffenen Grundstückseigentümer ein Behälterservice, der über die allgemeinen Gebühren abgedeckt ist, angeboten.

Durch die älter werdende Bürgerschaft kann es notwendig werden zukünftig zusätzliche Leistungen anzubieten:

- Sperrabfallabfuhr auf Antrag,
- Volservice bei der Abfallsammlung.

#### **II.2.4. Lage**

##### **a) Ertragslage**

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2015 um 95 T€ erhöht. Der Materialaufwand hat sich um 154 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht. Ursache sind im Wesentlichen höhere Aufwendungen für Abfallbeseitigungskosten beim ZAS. Die Personalkosten haben sich aufgrund innerbetrieblicher Veränderungen (Übertragung BZW Service) sowie Veränderungen für Pensions-/Beihilfeansprüche um 287 T€ verringert. Aufgrund der Übertragung des Gebäude Friedrich-Ebert-Str. 5 und dessen Ausstattung auf den BZW Service haben sich die Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr um 174 T€ vermindert.

Das Finanzergebnis hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 10 T€ verringert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 77 T€ vermindert.

**b) Finanzlage**

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die Allgemeine Rücklage.

Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Aufgrund eines Darlehens an den BZW Projektentwicklung Landesgartenschau für den Erwerb der Tiefgaragenstellplätze beim Gebäude Georg-Friedrich-Dentzel-Str. 1 hat sich die Liquidität im Berichtsjahr verringert.

**c) Vermögenslage**

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls etwas verringert.

**II.2.5. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2015.

**II.3. Betriebszweig Straßenreinigung**

Die Stadt Landau ist das wirtschaftliche Zentrum der Südpfalz. Neben den Industrie- und Gewerbebetrieben hat auch der innerstädtische Handel eine große wirtschaftliche Bedeutung. Die Erhaltung der Attraktivität Landaus als Einkaufsstadt ist ein wichtiges Ziel des Stadtmarketings. Dabei ist das Erscheinungsbild Landaus ein wichtiger Standortfaktor und vermittelt den Bürgern und Gästen auch ein Gefühl der Sicherheit. Es wird maßgeblich durch die Sauberkeit von Straßen und Plätzen beeinflusst. Der EWL kann dabei einen Teil der öffentlichen Straßenreinigung aktiv beeinflussen.

Die Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung mit 4,5 Stellen ist für die Aufgaben des Betriebszweiges zuständig.

### **II.3.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die öffentliche Straßenreinigung ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Diese kann nach dem Landesstraßengesetz (§ 17) auf die Bürger übertragen werden, aber auch komplett oder in Teilen durch die Kommune selbst erbracht werden. Diese Aufgabe hat die Stadt Landau auf den EWL übertragen. Von ca. 220 km städtischer Straßen werden ca. 120 km durch den EWL gereinigt. Die vom EWL zu reinigenden Flächen sind in 4 Reinigungsklassen (RK) unterteilt:

- RK I: einmalige wöchentliche Rinnenreinigung
- RK II: zweimalige wöchentliche Rinnenreinigung
- RK III: zweimalige wöchentliche Flächenreinigung
- RK IV: einmalige wöchentliche Flächenreinigung

Der EWL erhebt von den bevorteilten Grundstückseigentümern eine Reinigungsgebühr. Als Gebührenmaßstab wird die Grundstückslänge entlang der zu reinigenden Verkehrsfläche herangezogen. Die Stadt Landau trägt 15 % der Reinigungskosten als öffentlicher Pflichtanteil.

### **II.3.2. Geschäftsverlauf**

Seit 01.07.2012 ist die Firma ALBA Nordbaden GmbH aus Karlsruhe mit der maschinellen öffentlichen Straßenreinigung (Reinigungsklasse I und IV) beauftragt. Zum gleichen Zeitpunkt hat der Bauhof die maschinelle Reinigung der Fußgängerzone übernommen (Reinigungsklasse II und III) und führt zusätzlich viermal wöchentlich die Grobreinigung (manuelle Reinigung) in diesem Bereich durch.

Das Gewerbegebiet D9 (Messepark) und das „Wohngebiet Am Ebenberg“ wurden zum 01.04.2015 in die kommunale Straßenreinigung aufgenommen. Dabei wurde für die Dauer der Landesgartenschau das „Wohngebiet Am Ebenberg“ weitestgehend von der Gebühr befreit.

Es wurden 2015 wöchentlich bis 31.03.2015 ca. 110 km Fahrbahnen und ca. 34.000 m<sup>2</sup> Fußgängerzone / verkehrsberuhigte Bereiche gereinigt. Ab dem 01.04.2015 waren 120 km Fahrbahnen und ca. 35.000 m<sup>2</sup> Fußgängerzone / verkehrsberuhigte Bereiche zu reinigen. Wegen Eis bzw. Schneefall war eine maschinelle Reinigung an 5 Tagen (2014: 3 Tage) nicht möglich.

Auch Im Berichtsjahr 2015 erledigte die beauftragte Firma die Straßenreinigung nicht immer zur Zufriedenheit des EWL. Der Betreuungsaufwand war entsprechend hoch.

Der im Jahre 2009 gegründete „Arbeitskreis Stadtbildpflege“ hat im Jahre 2015 einmal getagt und hierbei zahlreiche Abstimmungen zwischen den städtischen Betrieben umgesetzt. Schwerpunkt war die Vorbereitung der Landesgartenschau.

Das im Jahre 2012 eingeführte „Scherbentelefon“ beim EWL wird von der Bevölkerung weiter gut angenommen. In dem Berichtszeitraum gingen insgesamt 174 Meldungen (2014: 149 Meldungen) über Verschmutzungen auf Rad- und Feldwegen, Straßen und anderen öffentlichen Plätzen ein. Das Ziel innerhalb von 48 Stunden die Verschmutzung zu beseitigen konnte fast immer eingehalten werden.

### **II.3.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken**

Das Thema Stadtbildpflege als Überbegriff der Straßenreinigung ist für die Städte ein wichtiger Baustein ihre Attraktivität als Einkaufszentren und Wohnort zu erhalten. Insbesondere gegen die aktuell sich stark ändernden Einkaufsgewohnheiten durch das Internet muss die Qualität der Innenstädte einschließlich ihrer Zufahrt den Ansprüchen der Kunden entsprechen. Hier muss in enger Abstimmung mit den städtischen Dienststellen das richtige Reinigungs-niveau gefunden werden.

Durch die älter werdende Bürgerschaft kann der Bedarf bestehen, die kommunale Reinigung auf weitere Straßen im Stadtgebiet auszudehnen.

### **II.3.4. Lage**

#### **a) Ertragslage**

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr um 74 T€ erhöht. Dies gilt auch für den Materialaufwand mit einer Erhöhung im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 71 T€. Die Personalkosten haben sich aufgrund innerbetrieblicher Veränderungen (Übertragung an den BZW Service ) um 61 T€ verringert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich um rd. 2 T€ verringert. Eine Gebührenanpassung ist nach aktueller Lage nicht notwendig.

**b) Finanzlage**

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die Allgemeine Rücklage. Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr aufgrund von Investitionen in neue Abfallkörbe im Bereich der Fußgängerzone und erhöhter Ausgaben im Bereich Materialaufwand verringert.

**c) Vermögenslage**

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert.

**II.3.5. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2015.

**II.4. Betriebszweig Bauhof**

Der Betriebszweig Bauhof wird durch die gleichnamige Abteilung geführt. Nach Beschluss des Verwaltungsrates am 11.12.2014 wurde die Anzahl der Planstellen von 49,94 auf 53,06 Stellen angehoben. Ein Großteil der Dienstleistungen werden für die Stadt Landau als Einrichtungsträger erbracht.

Der Bauhof gliedert sich in folgende Sparten:

- 8641 Verwaltung
- 8642 Grünpflege
- 8644 Stadtreinigung
- 8643 Straßenunterhalt
- 8645 Werkstatt/Lager/PSA
- 8646 Stadtteilservice.

#### II.4.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Ungefähr ein Drittel der Umsätze des Bauhofes sind EWL-interne Umsätze, die überwiegend für die Betriebszweige Abfallbeseitigung und Straßenreinigung erbracht werden. Der Hauptumsatz wird für die Stadtverwaltung und deren Eigenbetriebe erbracht.

Strukturell muss der Bauhof sich mit externen Firmen vergleichen. Eine wesentliche Rolle spielt hier das Lohnniveau. Der EWL vergütet seine Beschäftigten entsprechend dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD). Demgegenüber differieren die Löhne externer Firmen teilweise erheblich. Gegenüber der Baubranche sind die Löhne wettbewerbsfähig. Im gärtnerischen und dem Entsorgungsbereich liegen die Löhne der Privatwirtschaft deutlich unter dem Niveau des TVöD. Hier muss der Bauhof durch schnelle Verfügbarkeit und Qualität der Arbeit die Lohnnachteile kompensieren. Weiterhin stellt sich der EWL seiner sozialpolitischen Verantwortung. Er erfüllt die gesetzlichen Vorgaben des Arbeitsschutzes und versucht den Beschäftigten bis zur Erreichung des Renteneintrittsalters einen angepassten Arbeitsplatz zu bieten.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für kommunale Bauhöfe stellt die Krankenquote dar. Nach Jahren mit relativ niedrigen Krankenquoten stieg diese im Berichtsjahr deutlich an.

#### II.4.2. Geschäftsverlauf

Einen Überblick über den Umsatz der einzelnen Sparten im Bauhof gibt nachfolgende Tabelle 2.

Orgaziffer	Bezeichnung	Umsatz 2015	Anteil in %
8641	Verwaltung	10.985,45 €	0,31%
8642	Grünpflege	732.023,48 €	20,61%
8643	Straßenunterhalt	624.051,96 €	17,57%
8644	Stadtreinigung	1.274.263,29 €	35,88%
8645	Werkstatt/Lager/PSA	380.765,39 €	10,72%
8646	Stadtteilservice	455.857,73 €	12,83%
	Winterdienst	73.898,50 €	2,08%
		3.551.845,80 €	100,00%

Tabelle 2: Aufteilung Umsatz Bauhof 2015 auf einzelne Sparten

Dem Geschäftsbereich Winterdienst ist keine Sparte unmittelbar zugewiesen, da Beschäftigte aus allen Bereichen im Winterdienst tätig sein können.

### **Sparte Stadtreinigung**

Die Sparte hat zwei Gruppen, die klassische Abfallsammlung und die Straßenreinigung.

#### Abfallsammlung

Die Gruppe sammelt im Auftrag der Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung die Rest- und Bioabfälle und Papier, Pappe und Karton ein. Seit 2011 sind die Abfallgefäße mit einer Identifizierung ausgestattet. Hierdurch ergeben sich deutliche Verbesserungen der Reklamationsbearbeitung. Alle Leerungsdaten sind ersichtlich und können zu unterschiedlichen Auswertungen genutzt werden. Meldungen, die bei der Entleerung der Müllbehälter vom Personal am Fahrzeug erzeugt wurden, können direkt zu Serviceaufträgen genutzt werden. Der Bauhof ist auch für das Behältermanagement (Ausgabe, Tausch, Rücknahme) zuständig.

Mit der Einführung von zwei- oder vier-wöchentlicher Leerung der Restmüllgefäße hat sich der zeitliche Rahmen der Abfuhrtage während der Restmülltouren verändert. Stehen bei der vierwöchentlichen Leerung fast alle Restmüllgefäße zur Abholung bereit, so fallen bei der 14-täglichen Leerung nur etwa 60 % der Mengen an.

Kurzfristige, aber auch langfristige Personalausfälle bei der Müllabfuhr mussten durch Mitarbeiter aus der Sparte Straßenunterhalt ausgeglichen werden. Diese „Fremdhilfe“ stieg von 5 % im Jahr 2014 auf 8 % im Jahr 2015 an.

#### Straßenreinigung

Die Stadtreinigung ist zuständig für die Leerung der öffentlichen Papierbehälter im gesamten Stadtgebiet, die Reinigung der Straßen, Wege und Plätze in den Reinigungsbezirken II und III sowie für sonstige Sonderaufträge. Hierzu steht eine kleine Reinigungsmaschine zur Verfügung.

### **Sparte Grünpflege**

Die Sparte ist nur für die Stadt tätig. Schwerpunkt ist hierbei die Pflege der städtischen Parks. Teilweise werden aber auch Sonderaufträge bei sonstigen städtischen Grünflächen und Spielplätzen abgearbeitet, insbesondere im Sommer bei der Bewässerung von Bäumen. Teilweise wünschen die städtischen Dienststellen, dass mehr Aufträge abgearbeitet werden, dies ist aber auf Grund der relativ geringen Personalausstattung der Sparte nicht möglich.

Anfang 2015 wurde eine zusätzliche Fachkraft eingestellt, um die Basisbetreuung des neuen Südparks sicherstellen zu können.

### **Sparte Straßenunterhalt**

Die Sparte ist für den baulichen Unterhalt der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze, Beschilderung und Markierung im Auftrag des Stadtbauamtes tätig. Hier sind die meisten Fahrzeuge und Geräte im Einsatz. Auch hier wünschen die Auftraggeber eine höhere Leistungsfähigkeit der Sparte. Durch Aufstockung des Stellenplans um eine Stelle konnte dem Wunsch der Fachdienststelle zum Teil entsprochen werden.

Der Straßenunterhalt stellt das Rückgrat des Winterdienstes dar. Der Winter 2015/2016 fiel sehr mild aus, mit einem entsprechend geringen Einsatz für Personal und Maschinen.

### **Sparte Stadtteilservice**

In dieser Sparte zusammengefasst sind Mitarbeiter, die den einzelnen Ortsteilen direkt zugeordnet werden. Problematisch ist die Auftraggeber-Situation. Die meisten Aufträge werden über die Ortsvorsteher erteilt, in Rechnung gestellt werden die Leistungen aber unterschiedlichen Fachämtern. Hier kommt es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten, die einer Klärung bedürfen. Die Bandbreite der Leistungserbringung ist groß. Die wichtigsten Aufgaben sind die Grünflächenpflege vor Ort, Hausmeistertätigkeiten und Reinigungstätigkeiten. Die Anforderungen an die Mitarbeiter steigen. Es können nicht alle gewünschten Leistungen erbracht werden.

Durch den sehr milden Winter konnte der Winterdienst durch die Mitarbeiter in einem vertretbaren Zeitrahmen abgearbeitet werden.

Die Ortsvorsteher sehen einen größeren Zeitbedarf für die Leistungserbringung des Stadtteilservice in den Ortsteilen. Um der Forderung entsprechen zu können, wurde mit dem Gebäudemanagement Landau (GML) vereinbart, dass die Leistungserbringung in den Schulen reduziert wird. Im Gegenzug hat das GML eigene Hausmeister eingestellt.

Im Jahr 2015 wurde begonnen die Tätigkeiten in den Ortsteilen einer kritischen Prüfung im Hinblick auf:

- Produktzuweisung,
- Qualität und Quantität,
- Hoheitlich oder freiwillige Leistung.

Durch den Bauhof wurden die Vorarbeiten in Form von Tabellen und Pläne erbracht, in die alle Leistungen und deren Anfall eingetragen wurden. Diese Unterlagen gingen nach Prüfung durch die Ortsverwaltung den jeweiligen Fachämtern zu.

#### **II.4.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken**

Für alle Aufgabenbereiche des Bauhofes müssen auf Grund der personellen Vorgaben die Auftragserledigung auf wesentliche Kernaufgaben begrenzt werden. Nur in enger Zusammenarbeit und konkreter Leistungsdefinition mit den Auftraggebern ist dauerhaft eine zufriedenstellende Arbeitssituation herzustellen.

Die Einführung von Mindestlöhnen auf Bundesebene wird das Auseinanderklaffen der Löhne von privaten Unternehmen gegenüber dem TVöD insbesondere in den Bereichen Grünpflege und Stadtreinigung nicht verhindern. Nur im Bereich des Straßenunterhaltes können wir die Leistungen zu ähnlichen Konditionen anbieten. Somit muss der Bauhof sich auf Kernbereiche konzentrieren und in diesen seine Stärken ausbauen. Ein wesentlicher Vorteil ist die schnelle und unkomplizierte Verfügbarkeit in dringenden Fällen.

Die Transparenz der Leistungserbringung zu erhöhen wird ein weiterer Schwerpunkt sein müssen. Durch entsprechende Angebote an die Auftraggeber über das EWL-eigene Auftragsprogramm einfach und komfortabel Abfragen über Erledigung und Budgetstand zu erhalten, soll das Vertrauen und die Kundenbindung verstärkt werden. Allerdings ist der personelle Aufwand zur Erfassung der notwendigen Leistungsdaten sehr aufwendig. Hier wird es notwendig sein digitale Aufzeichnungsgeräte für die Erfassung von Arbeitszeiten und Leistungen bezogen auf Aufträge anzuschaffen.

Die begonnene Umstellung des Fuhrparkes mit Multifunktionsfahrzeugen wird weitergeführt. Hierdurch können die Fahrzeuge schnell, ohne langwierige Umrüstungen, für andere Einsatzzwecke genutzt werden.

Spartenübergreifende Teamarbeit, unter Ausnutzung der maschinellen Ausrüstung des Bauhofes, sollen künftig die Produktivität der Auftragserledigung erhöhen. Im Bereich des Stadteilservice wurde allerdings die Zusammenfassung der Beschäftigten zu Teams von den Ortsvorstehern abgelehnt. In Folge dessen wird jedem Stadtteil bzw. Stadtteilmitarbeiter ein Fahrzeug zur Verfügung gestellt. Das Ergebnis der Aufgabenkritik in den Ortsteilen muss im Hinblick auf die Weiterentwicklung abgewartet werden.

Durch das hohe Durchschnittsalter der Beschäftigten hat sich die Anzahl der dauerhaft Erkrankten oder Leistungsgeminderten erhöht. Ersatzarbeitsplätze können nicht angeboten werden, auch auf Grund fehlender persönlicher Qualifikation der Beschäftigten. Bedingt durch das öffentliche Dienstrecht ist eine krankenbedingte Kündigung sehr schwierig. Eine Anhebung der Stundenverrechnungssätze, über die tariflichen Lohnerhöhungen hinaus, ist erforderlich. Der Empfehlung des EWL die eigene PPK-Sammlung einzustellen und die Leistung extern zu vergeben gab der Verwaltungsrat am 09.03.2016 seine Zustimmung erteilt. Die Leistungen werden entsprechend europaweit ausgeschrieben.

Aktuell sind Leistungen des Bauhofs für die Stadtverwaltung von der Mehrwertsteuer befreit. Nach den aktuellen Gesetzgebungsinitiativen sollte dies auch in Zukunft gelten, siehe auch die Ausführungen zum § 2b Umsatzsteuergesetz unter Punkt IV.

#### **II.4.4. Lage**

##### **a) Ertragslage**

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr um 83 T€ erhöht. Der Materialaufwand hat sich um 74 T€ verringert. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich um 40 T€ erhöht, insbesondere durch Personalkostenerstattungen des Jobcenters.

Die Personalkosten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 318 T€ erhöht. Grund hierfür waren die vorgenannten Stellenerhöhungen und das erstmalige Einbuchten einer Rückstellung für über Jahre aufgelaufenen Mehr- bzw. Überstunden (rd. 141 T€).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 87 T€ verringert.

##### **b) Finanzlage**

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich verschlechtert. Grund ist die Buchung des Jahresverlustes gegen die Allgemeine Rücklage.

Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr verbessert.

**c) Vermögenslage**

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr unwesentlich erhöht.

**II.4.5. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2015.

**II.5. Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau**

Mit dem Zuschlag des Landes Rheinland-Pfalz an die Stadt Landau im Jahr 2014 die Landesgartenschau auszurichten, wurde zum 01.07.2010 der Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau gegründet. Wesentliche Aufgabe war die planerische Vorbereitung und Umgestaltung des Umfeldes der Landesgartenschau.

Mit Auflösung der Projektteilung ging die Führung des Betriebszweiges auf die Verwaltungsabteilung über. Geführt wird der Betriebszweig durch die Projektteilung.

**II.5.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Aufgrund des temporären Charakters der Einrichtung wird auf eine Darstellung verzichtet.

**II.5.2. Geschäftsverlauf**

Das Ziel der Projektgruppe und des Betriebszweiges ist erfüllt. Es konnten alle Vorhaben umgesetzt werden. Die Abteilung Projektentwicklung wurde mit Ende des Jahres 2014 aufgelöst.

Das Dienstleistungszentrum Am Park sollte im Eigentum des EWL nur bis zum Ende der Landesgartenschau bleiben. Danach sollte es zur Deckung der aufgelaufenen Verluste verkauft werden. Es wurden mit Interessenten Gespräche über eine Nachnutzung geführt. Insbesondere hatte die Universität Koblenz-Landau Interesse am Gebäude bekundet. Die Stadtverwaltung Landau stellte im Laufe des Jahres fest, dass sie Bedarf an Büroflächen hat. In Folge dessen hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 28.01.2016 beschlossen, das Gebäude zu behalten. Somit war über die Erzielung eines externen Verkaufserlöses keine Verlustabdeckung möglich.

### **II.5.3. Lage**

#### **a) Ertragslage**

Die Erträge haben sich im Berichtsjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 170 T€ verringert. Dies beruht darauf, dass mit Auflösung der Abteilung Projektentwicklung kein Personal mehr geführt wurde und es somit keine Kostenerstattung für Personalkosten seitens des Einrichtungsträgers gab.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8 T€ verringert.

#### **b) Finanzlage**

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich durch den Jahresverlust 2015 (T€ 73) verschlechtert.

Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr erhöht.

#### **c) Vermögenslage**

Das Vermögen des Betriebszweiges hat sich um TEUR 412 erhöht. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag ist um TEUR 73 auf TEUR 322 gestiegen.

#### **II.5.4. Prognosebericht, Chancen und Risiken**

Die Fortführung des Betriebszweiges ist nicht notwendig. Der Verwaltungsrat hat am 10.12.2015 und der Stadtrat am 26.01.2016 die Auflösung des Betriebszweiges beschlossen. Das Gebäude wurde mit Tilgung aller Verlustvorträge auf den Betriebszweig Service übertragen.

#### **II.5.5. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2015.

#### **II.6. Betriebszweig Service**

Der Betriebszweig wurde zum 1.1.2015 neu gegründet. Vorab hatten der Verwaltungsrat am 13.03.2014 und der Stadtrat am 01.04.2014 die notwendige satzungsrechtliche Änderung beschlossen. Der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) wurde die Satzungsänderung angezeigt. In enger Abstimmung mit der ADD stimmte diese der Satzung zu, wobei endgültig im Wesentlichen folgende Änderungen der Betriebssatzung abgestimmt wurden:

- Einrichtung des neuen Betriebszweiges mit eigener Rechnungslegung und separater Kostenrechnung,
- Übertragung genau definierter Aufgaben,
- Ausstattung mit ausreichendem Stammkapital,
- Bildung von Vermögen (insbesondere Anlagevermögen) durch Entnahmen aus anderen Betriebszweigen (z.B. Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 5),
- Zurückführung des übertragenen Vermögens bei Liquidation des Betriebszweiges auf den gebenden Betriebszweig.

##### **II.6.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Hintergrund der Bildung des Betriebszweiges war die Herstellung einer größeren Transparenz. Allgemeine Dienstleistungen, ob für externe Partner oder interne Betriebszweige, werden gebündelt im Betriebszweig dargestellt und den leistungsempfangenden Betriebszweigen oder städtischen Dienststellen in Rechnung gestellt.

## **II.6.2. Geschäftsverlauf**

Nachfolgend dargestellt sind die wichtigsten Querschnittsaufgaben, die

### **Vermietung Friedrich-Ebert-Straße 5**

Das Gebäude wurde im Jahr 1996 erworben und saniert. Eine gemeinsame Nutzung mit der Stadt war von Anfang an vorgesehen. Für die Sanierung des „städtischen Flächenanteils“ erhielt die Stadt Förderung aus dem Investitionsstock. Dieses Geld wurde als Investitionskostenzuschuss an den EWL weitergeleitet und führt zu einem reduzierten Mietzins. Ca. 42 % der Nutzfläche wurde vom EWL selbst genutzt, die Restfläche von der Stadt.

### **Finanzbuchhaltung**

Die EWL nutzt ein Finanzbuchhaltungsprogramm der Firma Schleupen. Jeder Betriebszweig ist als eigener Mandant angelegt. Zusätzlich wurde das System vom Gebäudemanagement Landau (GM) und der Stadtholding Landau in der Pfalz genutzt. Während für die Stadtholding lediglich das System bereitgestellt wurde, ging die Dienstleistung für das GML weiter. Es wurden für das Gebäudemanagement die kompletten Ausgaben einschließlich Zahlungsverkehr und Bankbuchungen erledigt.

Auch die Anlagenbuchhaltung und die Verbrauchsabrechnung ist ein Produkt der Firma Schleupen. Somit ist eine optimale Einbindung der Module gegeben.

### **Gebühren- und Beitragsabrechnung**

In der Vertragsabrechnung Schleupen werden jährlich rund 17.000 Bescheide erstellt und ca. 11.230 Kunden betreut und deren Verbräuche abgerechnet.

Aufgrund von Gebühren- oder Beitragsbescheide wurden 23 Widersprüche eingelegt. Hiervon konnten 17 ohne Beteiligung des Stadtrechtsausschusses erledigt werden. 6 Widersprüche wurden vor dem Stadtrechtsausschuss behandelt. In allen Fällen wurde die rechtliche Einschätzung des EWL bestätigt. In 4 Fällen wurde schon während des Stadtrechtsausschusses der Widerspruch zurück genommen. In 2 Fällen wurde vom Stadtrechtsausschuss die Empfehlung an den EWL ausgesprochen, den Widerspruch zurückzuweisen. Es gab keinen Widerspruch der vor dem Verwaltungsgericht behandelt werden musste.

### **Gremien dienst**

Im Jahr 2015 fanden 6 Sitzungen des Verwaltungsrates statt. Dabei wurden 53 Tagesordnungspunkte behandelt.

### II.6.3. Lage

#### a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse und Erträge in Höhe von rd. 1.916 T€, die sich überwiegend aus den Kostenbeteiligungen der einzelnen Betriebszweige und der Vermietung aus dem Gebäude Friedrich-Ebert-Str. 5 zusammensetzen, reichen aus, um die Aufwendungen zu decken.

#### b) Finanzlage

Die Finanzlage ist stabil. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Liquiditätslage ist im Berichtsjahr ausreichend.

#### c) Vermögenslage

Mit Übertragung der Vermögensgegenstände und mit Ausstattung eines Stammkapitals in Höhe von 50 T€ ist die Vermögenslage als gut zu bezeichnen.

### II.6.4. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Zur langfristigen Sicherung des Gebäudebestandes ist es erforderlich eine Instandsetzungsrücklage zu bilden. Entsprechend ist eine interne Miete parallel zu Mietzins an die Stadt zu berechnen.

Das Gebäudemanagement (GML) hat entschieden seine Buchführung ab 2016 über das städtische System abzuwickeln. Somit war von Seiten des EWL nur noch der Jahresabschluss 2015 zu begleiten. Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben müssen allerdings die Daten des GML noch mindestens 10 Jahre auf den Datenbanken des EWL vorgehalten werden. Durch die Abgabe dieser Leistung werden ab 2016 Personalressourcen frei.

Auch die Stadtholding hat sich entschieden ihre Buchhaltung über das städtische System abzuwickeln. Die Altdaten müssen entsprechend der gesetzlichen Vorgaben noch 10 Jahre vorgehalten werden.

Im Bereich der Verbrauchsabrechnung wird in Zukunft der Wunsch des Gebührenzahlers nach einer digitalen Kommunikation mit den EWL steigen. Es wird erforderlich sein, die entsprechenden Schnittstellen zu schaffen.

#### **II.6.5. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2015.

### **III. Nachtragsbericht**

Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor.

### **IV. Bericht über allgemeine Prognosen, Chancen und Risiken**

Allgemein für den Bestand einer Anstalt des öffentlichen Rechts ist die Umsetzung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie in die deutsche Steuergesetzgebung von großer Bedeutung. Der Gesetzgeber hat den § 2b in das Umsatzsteuergesetz eingefügt, der die Besteuerung juristischer Personen des öffentlichen Rechts regeln soll. Absicht war die interkommunale Zusammenarbeit möglichst nicht der Umsatzsteuer zu unterwerfen. Dabei sind europarechtliche Regelungen zum Wettbewerb zu beachten. Im Gesetz finden sich unbestimmte Begriffe wieder, die eine Abschätzung der konkreten Folgen erschweren. Die Firma DORNBACH GmbH ist beauftragt, mögliche Konstellationen der interkommunalen Zusammenarbeit im Hinblick auf den § 2b zu überprüfen.

Die Tarifstruktur des öffentlichen Dienstes stellt ein Risiko dar. Es wird immer schwieriger, hoch qualifizierte Beschäftigte im Ingenieur- und Technikbereich einzustellen. Demgegenüber ist das Lohnniveau des TVöD für einfache Tätigkeiten im gewerblichen Bereich hoch und gefährdet die Wirtschaftlichkeit gegenüber privaten Unternehmen.

## **V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Soweit als möglich werden öffentliche Förderprogramme oder zinsgünstige Darlehen zur Finanzierung der hoheitlichen Aufgaben eingesetzt. Aufgrund der geringen Entgeltbelastung im Bereich der Abwasserentsorgung können keine Fördermittel beantragt werden.

Über die üblichen Darlehen hinaus wurden keine weiteren Finanzinstrumente verwendet.

## **VI. Bericht über Zweigniederlassungen**

Außerhalb des Gebietes der kreisfreien Stadt Landau hat der EWL keine Niederlassungen.

Landau, 18. Juli 2016

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau

Anstalt des öffentlichen Rechts (EWL)

Bernhard Eck

Vorstand

### Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht der Anstalt abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands der Anstalt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Koblenz, 19. Juli 2016

**DORBACH GMBH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

Bokelmann  
Wirtschaftsprüfer

Schmidt  
Wirtschaftsprüfer

## Berechnung des Liquiditätsüberschusses:

	€	€
Jahresergebnis		269.003,70
Zuzüglich Aufwendungen, die nicht zu Ausgaben führen:		
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.380.246,04	
- Veränderung langfristiger Rückstellungen (saldiert)	70.183,92	
- Anlagenabgänge	1.672.273,69	
		5.122.703,65
Abzüglich Erträge, die nicht zu Einnahmen führen:		
- Auflösung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	3.261,79	
- Veränderung Forderungen aus Pensionsverpflichtungen	250.603,00	
- Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	27.220,56	
- Auflösung Empfängener Ertragszuschüsse	989.186,29	
		1.270.271,64
Abzüglich Ausgaben, die nicht zu Aufwendungen führen:		
- Planmäßige Darlehenstilgung		71.387,20
Zuzüglich Einnahmen, die nicht zu Erträgen führen:		
- Eingang gewährter Darlehen		181.952,28
Liquiditätsüberschuss		4.232.000,79

### Entgeltsbedarf und Entgeltsaufkommen

Gemäß der VV zu § 4 der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen ist vom Abschlussprüfer darüber zu berichten, ob und inwieweit die im Kommunalabgabengesetz festgelegten Kalkulationsgrundsätze eingehalten sind.

Die zumutbare Belastung gemäß § 3 Abs. 1 KAVO beträgt EUR 70,00 je Einwohner.

Der Entgeltsbedarf - ohne Eigenkapitalverzinsung - beträgt EUR                    je Einwohner und liegt somit EUR                    über der zumutbaren Entgeltsbelastung nach § 3 Abs. 1 KAVO. Gemäß § 3 Abs. 1 KAVO kann die Anstalt bei Überschreiten dieser zumutbaren Entgeltsbelastung auf eine Eigenkapitalverzinsung und die die Tilgungen übersteigenden Abschreibungen verzichten. Der Verzicht auf die Erhebung einer Eigenkapitalverzinsung ist daher auch kalkulationsrechtlich möglich.

## Zusammensetzung und Entwicklung der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2015

	Zuführung				Auflösung				Restbuchwert
	01.01.2015 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2015 EUR	01.01.2015 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2015 EUR
<b>Kanalbeiträge</b>									
Haushalte SW	4.879.316,43	3.641,88	0,00	4.882.958,31	3.302.841,40	100.181,78	0,00	3.403.023,18	1.479.935,13
Gewerbe SW	3.996.704,74	8.116,80	0,00	4.004.821,54	1.902.374,54	112.732,83	0,00	2.015.107,37	1.989.714,17
<b>Summe 1:</b>	<b>8.876.021,17</b>	<b>11.758,68</b>	<b>0,00</b>	<b>8.887.779,85</b>	<b>5.205.215,94</b>	<b>212.914,61</b>	<b>0,00</b>	<b>5.418.130,55</b>	<b>3.469.649,30</b>
Haushalte OW	5.887.428,45	4.781,70	0,00	5.892.210,15	4.104.790,01	115.911,88	0,00	4.220.701,89	1.671.508,26
Gewerbe OW	4.672.675,86	11.063,04	0,00	4.683.738,90	2.276.420,67	129.302,37	0,00	2.405.723,04	2.278.015,86
<b>Summe 2:</b>	<b>10.560.104,31</b>	<b>15.844,74</b>	<b>0,00</b>	<b>10.575.949,05</b>	<b>6.381.210,68</b>	<b>245.214,25</b>	<b>0,00</b>	<b>6.626.424,93</b>	<b>3.949.524,12</b>
<b>Summe I:</b>	<b>19.436.125,48</b>	<b>27.603,42</b>	<b>0,00</b>	<b>19.463.728,90</b>	<b>11.586.426,62</b>	<b>458.128,86</b>	<b>0,00</b>	<b>12.044.555,48</b>	<b>7.419.173,42</b>
<b>Hausanschlüsse</b>									
Haushalte	8.901.447,37	0,00	0,00	8.901.447,37	8.621.193,43	20.035,49	0,00	8.641.228,92	260.218,45
Gewerbe	830.905,14	0,00	0,00	830.905,14	618.435,26	12.037,74	0,00	630.473,00	200.432,14
<b>Summe II:</b>	<b>9.732.352,51</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>9.732.352,51</b>	<b>9.239.628,69</b>	<b>32.073,23</b>	<b>0,00</b>	<b>9.271.701,92</b>	<b>460.650,59</b>
<b>Str.-Baulastträger</b>									
Klassifizierte Str.	661.774,18	0,00	0,00	661.774,18	488.884,62	20.035,69	0,00	508.920,31	152.853,87
Inv.-Anteil Stadt	11.878.671,66	72.923,01	0,00	11.951.594,67	5.597.530,76	360.619,87	80,10	5.958.070,53	5.993.524,14
Inv.-Anteil Land	472.131,27	0,00	0,00	472.131,27	22.889,10	15.563,96	0,00	38.453,06	433.678,21
<b>Summe III:</b>	<b>13.012.577,11</b>	<b>72.923,01</b>	<b>0,00</b>	<b>13.085.500,12</b>	<b>6.109.304,48</b>	<b>396.219,52</b>	<b>80,10</b>	<b>6.505.443,90</b>	<b>6.580.056,22</b>
<b>Beiträge von Gemeinden</b>									
Kläranlage	5.380.532,56	243.111,48	0,00	5.623.644,04	3.618.717,73	88.666,80	0,00	3.707.384,53	1.916.259,51
Verbindungssammler	440.573,44	0,00	0,00	440.573,44	377.711,92	14.097,88	0,00	391.809,80	48.763,64
<b>Summe IV:</b>	<b>5.821.106,00</b>	<b>243.111,48</b>	<b>0,00</b>	<b>6.064.217,48</b>	<b>3.996.429,65</b>	<b>102.764,68</b>	<b>0,00</b>	<b>4.099.194,33</b>	<b>1.965.023,15</b>
<b>insgesamt</b>	<b>48.002.161,10</b>	<b>343.637,91</b>	<b>0,00</b>	<b>48.345.799,01</b>	<b>30.931.789,44</b>	<b>989.186,29</b>	<b>80,10</b>	<b>31.920.895,63</b>	<b>16.424.903,38</b>

Zusammensetzung und Entwicklung der Förderdarlehen zum 31. Dezember 2015

Sachkonto-Nr.	Bank Darlehenskto.Nr.	Stand			Stand		Ursprüngliche Darlehenshöhe	Tilgung	Schuldurkunde vom	Laufzeit bis
		01.01.2015	Zugang	Tilgung	01.01.2015	31.12.2015				
		€	€	€	€	€	%			
310108	Fördermittel Land-Rheinland Pfalz - DA 144	69.944,79	0,00	11.043,90	58.900,89	368.130,15	3,00	07.06.1984	01.06.2021	
310109	Fördermittel Land-Rheinland Pfalz - DA 146	63.911,46	0,00	7.669,38	56.242,08	255.645,94	3,00	07.06.1984	01.06.2023	
310110	Fördermittel Land-Rheinland Pfalz -DA 169	28.992,49	0,00	3.479,12	25.513,37	115.970,45	3,00	14.12.1987	01.06.2023	
310111	Fördermittel Land-Rheinland Pfalz -DA 178	83.565,54	0,00	9.300,40	74.265,14	306.775,13	3,00	12.01.1989	30.12.2023	
	<b>insgesamt</b>	<b>246.414,28</b>	<b>0,00</b>	<b>31.492,80</b>	<b>214.921,48</b>	<b>1.046.521,67</b>				

## Zusammensetzung und Entwicklung der Darlehen bei Kreditinstituten zum 31. Dezember 2015

Sachkonto-Nr.	Bank Darlehenskto.Nr.	Stand	Zugang	Tilgung	Stand	Ursprüngliche Darlehenshöhe	Tilgung		Zinsen		Schuldurkunde vom	Zinssatz fest bis
		01.01.2015			31.12.2015		%		%	€		
310134	NRW.Bank Nr. 3 001 950 017	€ 33.175,40	€ 0,00	€ 33.175,40	€ 0,00	€ 476.650,39	2,6294	+ e.Z.	5,30	€ 1.035,71	01.03.1995	30.12.2015
310135	Sparkasse SÜW Nr.: 67701287822	215.000,00	0,00	6.719,00	208.281,00	215.000,00	12,5	-	0,95	2.042,52	10.09.2013	30.09.2023
	<b>insgesamt</b>	<b>248.175,40</b>	<b>0,00</b>	<b>39.894,40</b>	<b>208.281,00</b>	<b>691.650,39</b>				<b>3.078,23</b>		

Rechtliche und steuerrechtliche VerhältnisseI. Rechtliche Verhältnisse

- Firma: Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR).
- Sitz: Landau in der Pfalz.
- Stammkapital: Das Stammkapital ist auf EUR 15.564.000,00 festgesetzt (§ 1 der Satzung).
- Geschäftsjahr: Kalenderjahr.
- Organe der Gesellschaft: Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat (§ 4). Die Mitglieder der Organe werden namentlich im Anhang der AöR unter den ergänzenden Angaben aufgeführt.

Im Berichtsjahr fanden sechs Sitzungen des Verwaltungsrates statt, in denen er sich mit folgenden wesentlichen Angelegenheiten der Anstalt befasst hat:

- Neubau eines Wertstoffhofes,
- Fremdwasserbeseitigung Ortsteile Landau i. d. Pfalz Abschaffung Biotonnenbefreiung wegen Umsetzung bundesrechtlicher Gebote,
- Einrichtung Bürgerbüro Dienstgebäude Friedrich-Ebert-Straße 5,
- Koordination Reinigung während Durchführung Landesgartenschau 2015
- Weiterführung Baumaßnahmen Kläranlage,
- Fortschreibung Co2 Bilanz,
- Abschluss Zweckvereinbarung Kreisverwaltung SÜW Umschlag Bioabfälle,

- Arbeitssicherheit in der Abfallsammlung,
- Bestellung Wirtschaftsprüfer 2015,
- Entgeltkalkulation 2016,
- Abstimmungserklärung Erfassung Leichtverpackungen,
- Zwischenbericht zum 30. Juni 2015,
- Risikoerhebung per 28. Februar/31. August 2015,
- Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015,
- Wirtschaftsplan 2016,
- Änderung Satzungen Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau:
  - Änderung Abfallwirtschaftssatzung/Abfallgebührensatzung,
  - Änderung Abgabensatzung Abwasserbeseitigung,
  - Änderung Straßenreinigungsgebührensatzung.

Satzungen: Satzung für Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts (EWL) vom 10. Dezember 2008 zuletzt geändert am 2. März 2016; in Kraft seit 22. April 2016.

Betriebszweig  
Abwasser: Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, - AöR - über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Abwassersatzung) vom 8. Mai 2009, zuletzt geändert am 27. September 2013; in Kraft seit 1. Oktober 2013.

Betriebszweig Abfall: Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) über die Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftssatzung) vom 4. Februar 2009; zuletzt geändert am 2. Juni 2015 ; in Kraft seit 1. Juli 2015.

Betriebszweig  
Straßenreinigung: Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung) in der Fassung vom 9. September 2009; zuletzt geändert am 2. März 2016; in Kraft seit 1. April 2016.

Wichtige Verträge: Schleupen AG, Moers, Vertrag über die Softwarewartung (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) vom 9. Januar 2004.

Schleupen AG, Moers, Vertrag über die Softwarewartung (Verbrauchsabrechnung/Archivsoftware)  
(Vertragsbeginn: 1. Dezember 2007/1. März 2008).

Athos GmbH, Sindelfingen, Vertrag über die Softwarewartung (Wiegeprogramm) vom 24. Juli 2000.

EnergieSüdwest AG, Landau, Vertrag über die Lieferung von Strom vom 22.04.2013 (Vertragsbeginn: 1. Juli 2013; Vertragsende: 31.12.2016)

GGEW Bergstraße AG, Bensheim, Vertrag über die Lieferung von Erdgas vom Dezember 2013 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2014; Vertragsende: 31. Dezember 2016).

Betriebszweig Abwasser: Vertrag über die Lieferung von Datenextrakten aus der Verbrauchsabrechnung für Wasser der EnergieSüdwest AG vom 1. Januar 2006.

Vertrag mit Fa. Trillhof GmbH über den Abtransport und Verwertung von Sieb- und Rechenrückständen, Sandfangrückstände, Abfälle aus Kanalreinigung 12. Dezember 2012 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2013; Vertragsende: 31. Januar 2016).

Vertrag mit Fa. Hegewald GmbH über die alternative bzw. höherwertige Verwertung des auf der Kläranlage Landau anfallenden Klärschlammes vom 23. Dezember 2013 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2014; Vertragsende: 31. Januar 2016).

Vertrag mit Fa. UD Umwelt-Dienste GmbH über die landwirtschaftliche Verwertung des auf der Kläranlage Landau anfallenden Klärschlammes vom 23. Dezember 2013 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2014; Vertragsende: 31. Januar 2016).

Vertrag mit Fa. Dreisigacker GmbH & Co.KG über den baulichen Unterhalt der Flächenkanalisation u.a. vom 23. September 2014 (Vertragsbeginn: 1. Oktober 2014; Vertragsende: 30. September 2016).

Vertrag mit Fa. Klaus Dieter Zawisla vom 15. Oktober 2012 über die Tätigkeiten Kanalreinigung/TV-Inspektion von Entwässerungskanälen (Vertragsbeginn: 1. Dezember 2012).

Vertrag mit Fa. Arnold Müller GmbH über die Entleerung und das Abfahren des Abwassers aus geschlossenen Abwassergruben vom 18. Dezember 2013 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2014; Vertragsende: 31. Januar 2016).

Betriebszweig Abfall:

Vertrag mit der Fa. Labitzke Gebäudereinigung GmbH über die Unterhaltsreinigung für das Verwaltungsgebäude Friedrich-Ebert-Straße 5 vom 13. Dezember 2012 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2013).

Vertrag mit der Fa. Knettenbrech und Gurdulic GmbH, Mannheim über die Nutzung der Müllumschlaganlage vom 28. Februar 2014 (Vertragsbeginn: 1. April 2014; Vertragsende: 31. März 2016).

Verlade- und Beförderungsvertrag mit der Fa. Knettenbrech und Gurdulic GmbH, Mannheim vom 28. Februar 2014 (Vertragsbeginn: 1. April 2014; Vertragsende: 31. März 2016).

Vertrag mit der Fa. Zeller Recycling GmbH, Mutterstadt über den Abtransport und Verwertung von Altholz vom 28. Februar 2014 (Vertragsbeginn: 1. April 2014, Vertragsende: 31. März 2016 ).

Vertrag mit der Fa. Knettenbrech und Gurdulic GmbH, Mannheim über den Abtransport und die Verwertung von Grünschnittmaterial und Gartenabfällen vom 28. Februar 2014 (Vertragsbeginn: 1. April 2014; Vertragsende: 31. März 2017).

Vertrag mit der Fa. Gemes Abfallentsorgung und Recycling GmbH über die Übernahme, Umladung und Verwertung von Bioabfällen vom 5. November 2012 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2013; Vertragsende: 31. Dezember 2018).

Vereinbarung mit den AWZ Nord, Edesheim über den Umschlag von Bioabfällen aus der Stadt Landau in der Pfalz vom 13. Dezember 2012 (Vertragsbeginn: 1. Juli 2014).

Vertrag mit der FA. WBV Westdeutscher Bindegarn-Vertrieb, über die Lieferung von HDPE Altpapiersäcken vom 19. November 2012.

Vertrag mit der Fa. Süd-Müll Transport GmbH & Co. KG zur Durchführung der mobilen Sonderabfallsammlung vom 4. Juni 2012 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2013).

Vertrag mit der Fa. Remondis GmbH über das Aufstellen und Abfuhr von Wechselbehältern sowie Entladung/Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung (Vertragsbeginn: 1. August 2013).

Vertrag mit der Fa. Südmüll Transport GmbH & Co.KG über die Verwertung von Altpapier (PPK) vom 28. Dezember 2012 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2013; Vertragsende: 31. Dezember 2014).

## Betriebszweig

## Straßenreinigung:

Vertrag mit der Fa. ALBA Nordbaden GmbH über die Reinigung von öffentlichen Straßen und Plätzen in Landau i.d. Pfalz vom 13. Juni 2012 (Vertragsbeginn: 1. Juli 2012).

Vertrag mit der Fa. Trillhof Handels GmbH über den Abtransport und die Verwertung von Straßenkehricht vom 12. Dezember 2012 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2013; Vertragsende: 31. Januar 2015).

## Betriebszweig Bauhof:

Vertrag mit der Fa. Remondis GmbH über das Aufstellen und Abfuhr von Wechselbehältern sowie Entladung/Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung (Vertragsbeginn: 1. Mai 2010).

## Betriebszweig Service:

Mietvereinbarung mit der Stadt Landau in der Pfalz über die Vermietung von Büro- und Nutzflächen vom 27. Juli 2000.

Nachtrag zur Mietvereinbarung mit der Stadt Landau in der Pfalz über die Vermietung von Büro- und Nutzflächen vom 2. April 2001.

## II. Steuerrechtliche Verhältnisse

Bei der Anstalt handelt es sich um einen Hoheitsbetrieb, da die Anstalt damit dem Gesundheitswesen und dem Umweltschutz dient (§ 85 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 und Nr. 5 GemO, Abschnitt 9 Abs. 1 S. 2 KStR).

Da Hoheitsbetriebe nicht zu den Betrieben gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gehören, ist eine Steuerpflicht der Anstalt nicht gegeben (§§ 1 Abs. 1 Nr. 6, 4 Abs. 5 S. 1 KStG, § 2 Abs. 1 S. 2 GewStG, § 2 Abs. 2 S. 1 GewStDV, § 2 Abs. 3 S. 1 UStG, § 3 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 GrStG).

Beim Betriebszweig Abfallentsorgung besteht im Rahmen der Papiersammlung, der Verwertung von Elektroschrott/Metallschrott und Kfz-Batterien ein Betrieb gewerblicher Art einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dieser unterliegt damit grundsätzlich der Körperschaft- und Gewerbesteuerpflicht sowie als Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes der Umsatzsteuerpflicht. Die Umsatzsteuer wird von der Anstalt an das zuständige Finanzamt abgeführt.

Beim Betriebszweig Abwasserbeseitigung besteht im Rahmen der Stromerzeugung durch ein BHKW und die damit verbundene Einspeisung elektrischer Energie in das Netz des örtlichen Energieversorgers Umsatzsteuerpflicht als Unternehmer im Rahmen des Umsatzsteuergesetzes.

Die Umsatzsteuer wird von der Anstalt an das zuständige Finanzamt abgeführt.

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau,  
Anstalt des öffentlichen Rechts**

**Fragenkatalog zur Prüfung der  
Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung  
und der wirtschaftlichen Verhältnisse  
nach § 53 HGrG (IDW PS 720)**

**FRAGENKREIS 1:****Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Organe der EWL sind der Vorstand und der Verwaltungsrat (§ 4 der Satzung vom 25. Juni 2014).

Der Vorstand führt die Geschäfte der EWL in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und der Beschlüsse des Verwaltungsrates. Er vertritt die AöR gerichtlich und außergerichtlich. Dem Vorstand obliegt die laufende Geschäftsführung, wozu insbesondere die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge, der Einsatz des Personals, die rechtzeitige Aufstellung des Wirtschaftsplanes und weiterer sonstige Angelegenheiten gehört. Weitere Einzelheiten sind in § 5 der Anstaltssatzung geregelt.

Der Verwaltungsrat (§ 6 der Satzung) als weiteres Organ der Anstalt wird vom Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz für die Dauer von fünf Jahren gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes und entscheidet insbesondere über den Erlass von Satzungen, über die Festsetzung von Gebühren und weitere in § 7 der Anstaltssatzung genannte Angelegenheiten, wobei bei verschiedenen Angelegenheiten der Beschluss des Verwaltungsrates der Zustimmung des Stadtrates bedarf. Durch die in der Anstaltssatzung behandelten zustimmungspflichtigen Geschäfte und Maßnahmen sowie durch die Berichte des Vorstandes sind Verwaltungsrat und Stadtrat in den Entscheidungsprozess nach unseren Feststellungen sach- und bedarfsgerecht eingebunden.

Der Verwaltungsrat hat sich zum 7. Dezember 2009 (geändert am 11. September 2014) eine Geschäftsordnung gegeben. Über die Anstaltssatzung hinausgehende Weisungen des Verwaltungsrates zur Organisation für die Geschäftsleitung (Vorstand) liegen nicht vor.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Der Verwaltungsrat trat im Jahr 2015 zu insgesamt sechs Sitzungen zusammen. Der Stadtrat hat sich in sechs Sitzungen mit Angelegenheiten der Anstalt befasst. Über die Sitzungen des Stadtrates und des Verwaltungsrates wurden Protokolle erstellt.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Der Vorstand ist nach der uns erteilten Auskunft nur Mitglied der Verbandsversammlung im Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz, Pirmasens.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Nein, die Anstalt macht von der Ausnahmeregelung des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch.

## FRAGENKREIS 2:

### Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Im April 2014 wurde eine Allgemeine Geschäftsanweisung nur für Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb fertiggestellt, welche am 1. Mai 2014 in Kraft trat. Im Übrigen wurden im Jahr 2014 verschiedene Dienstanweisungen und Dienstvereinbarungen in Kraft gesetzt, die u. a. auch spezielle Belange des Betriebes berücksichtigen.

In dem bei der Stadt Landau vorliegenden Geschäftsverteilungsplan (Stand 1. September 1998) ist geregelt, welche Aufgaben den einzelnen Ämtern bzw. bestehenden Eigenbetrieben zur Aufgabenerledigung übertragen sind. Konkret sind die Aufgaben des EWL in der städtischen Satzung "Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts" geregelt.

Es liegt ein Dienstverteilungsplan und Organisationsplan vor, aus dem sich Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und die Zuständigkeiten ergeben.

Funktionstrennungen sind durch die unterschiedlichen Aufgabenstellungen im Allgemeinen gegeben. Soweit wir dies im Rahmen der Abschlussprüfung feststellen konnten, zeigten sich hier keine nennenswerten Abweichungen zwischen den vorgegebenen Organisationsstrukturen und den tatsächlichen Handhabungen. Die regelmäßige Überprüfung des Organisationsplans ist nach unseren Feststellungen gewährleistet.

Weitere Regelungen, insbesondere über Zuständigkeiten, ergeben sich aus der EigAnVO sowie der Satzung der Anstalt.

Nach unseren Feststellungen bestehen aufgrund der bestehenden Dienstanweisungen und Stellenbeschreibungen geeignete Richtlinien für wesentliche Entscheidungsprozesse im notwendigen Umfang. Soweit erkennbar, werden sie beachtet.

Für den Bereich Abwasser hat sich der EWL gemäß den Vorgaben der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) einer Prüfung der Qualifikation und Organisation des technischen Bereiches unterworfen. Der EWL hat die Prüfung erfolgreich mit Erteilung des Zertifikats technischen Sicherheitsmanagements (TSM) bestanden.

**b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte; der überarbeitete Organisationsplan/Aufgabengliederungsplan liegt vor.

**c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Ab 1. September 2013 hat der EWL eine speziell auf den Betrieb zugeschnittene Dienstanweisung zur "Regelung der Annahme von Zuwendungen" in Kraft gesetzt. Im Übrigen gilt die Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen bei der Stadt Landau in der Pfalz vom 8. April 2013 (in Kraft seit 15. April 2013), welche in Ziffer 23 die Erbringung von Dienstleistungen der Zentralen Vergabestelle (ZVS) der Stadtverwaltung für den Betrieb regelt.

**d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Es gelten hier insbesondere die Bestimmungen der GemO Rhld-Pf, der GemHVO, der VgV, VOB, VOL und der EigAnVO. Der vom Verwaltungsrat und Stadtrat zu beschließende Wirtschaftsplan gibt den Entscheidungsrahmen für den Vorstand. Die Ausschreibungen werden nach diesen Vorgaben vorbereitet und unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften durchgeführt. Die Durchführung der Auftragsvergabe ist in der "Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen bei der Stadt Landau in der Pfalz" geregelt. Gemäß Ziffer 1 Absatz 2 ist der EWL an diese Verfügung gehalten.

Bei Neuaufnahmen und Umschuldungen von Krediten werden grundsätzlich verschiedene Angebote eingeholt.

Im Rahmen unserer Pflichtprüfung haben wir keine von diesen Vorgaben abweichenden Handlungen festgestellt, die Anlass zu Beanstandungen geben würden.

- e) **Besteht eine ordnungsgemäße Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Es existiert ein zentrales Vertragsregister in der Verwaltungsabteilung. Für den Bereich EDV liegt eine separate Dokumentation vor; Im Wesentlichen wird darin die Verwaltung der Hardware- und Software (permanente Prüfung und Fortschreibung der vorhandenen Softwarelizenzen) erfasst.

### FRAGENKREIS 3:

#### Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Der jährlich gemäß § 33 EigAnVO Rhld-Pf aufzustellende Wirtschaftsplan mit Investitionsprogramm bietet einen ausreichenden Planungshorizont und entspricht den Bedürfnissen des Betriebes. Wirtschaftspläne werden für jeden Betriebszweig gesondert aufgestellt und verfolgt.

- b) **Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Eine systematische Untersuchung und Analyse der Planabweichungen ist für größere Abweichungen während des Jahres und außerdem im Rahmen des Jahresabschlusses vorgesehen.

Hierzu wurde ein separates Projektcontrolling eingeführt; es erfolgt in regelmäßigen Abständen die Berichterstattung der wesentlichen Veränderungen durch die Abteilungsleiter an den Vorstand.

Kritische Bereiche (z.B. der BgA Papierverwertung u.ä. ) werden im Rahmen eines permanenten Soll/Ist-Vergleiches geprüft. Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Hinweise darauf ergeben, dass nicht entsprechend verfahren wird. Im Übrigen informiert der Vorstand schriftlich in Anwendung von § 21 EigAnVO Rheinland-Pfalz mindestens einmal jährlich (per 30. Juni) den Verwaltungsrat in einem Zwischenbericht über die Abwicklung des Vermögens- und Erfolgsplanes.

**c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Es ist eine kaufmännische doppelte Buchführung eingerichtet. Das Rechnungswesen ist DV-gestützt; hierbei wird die Software der Fa. Schleupen AG, Moers, bestehend aus folgenden Programmpaketen, eingesetzt:

- Rechnungswesen (Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung, Gebührenabrechnung),
- Anlagenbuchhaltung.

Für die Bereiche Kostenrechnung und Controlling wird die Software Kosy der Fa. HKS zur Auswertung von Datenbanken (z.B. Software der Fa. Schleupen u. a.) verwendet.

Für die Abrechnung der Anlieferungsgebühren auf der Müllumschlaganlage wird ein von der Fa. ATHOS, Sindelfingen, entwickeltes Abfallwirtschaftsprogramm (AWS-Abfallwirtschaftssystem) angewendet.

Im Bereich des Bauhofs befindet sich die Software "Regie 68" der Fa. Menke EDV Zubehör GmbH, Beckum im Einsatz, welche im Wesentlichen zur Erfassung der geleisteten Einsatzstunden mit anschließender Fakturierung dient. Diese Software wurde speziell für die spezifischen Belange von Bauhöfen entwickelt.

Zur systematischen Erfassung und Überwachung von Genehmigungen, Verträgen, Unterweisungen, Wartungen u.a. ist die Software MaKs der Fa. uve GmbH im Einsatz.

Die verfahrensübergreifende Organisation der EDV im Rechnungswesen entspricht den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln. Es wird danach entsprechend verfahren.

**d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Im Rahmen der Vermögensplanüberwachung werden Finanz- und Kreditüberwachung durchgeführt.

**e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Mit der Stadt besteht ein zentrales Cash-Management.

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Es ist sichergestellt, dass eine zeitnahe Rechnungsstellung der Gebühren erfolgt und Abschlagszahlungen in angemessenem Rahmen eingefordert werden. Offene Forderungen werden überwacht, gemahnt und wenn möglich über die Stadtkasse als Vollstreckungsbehörde gepfändet.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Das Controlling ist einem Mitarbeiter der Finanzbuchhaltung übertragen. Allerdings sind die Zeitkontingente für diese Aufgabe zu knapp bemessen. Die Aufgabe wird zukünftig innerhalb des erweiterten Vorstandes vom 2. Vorstand übernommen. Im Übrigen stehen Unterlagen des Rechnungswesens als Entscheidungsgrundlage für Führungskräfte und Kontrollgremien für die Wirtschaftsplanung, Entgeltkalkulationen und Projektplanungen bereits ausreichend zur Verfügung. Im Jahr 2015 wurden die vorhandenen Controlling-Instrumente teilweise überarbeitet und ergänzt und es wurde hierzu eine entsprechende Software, siehe Punkt c) beschafft.

- h) **Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Die Stadt Landau in der Pfalz war bis 2009 Mitglied beim Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS). In der Sitzung der Verbandsversammlung am 8. Dezember 2009 wurde beschlossen, die bisherige Mitgliedschaft der Stadt Landau mit allen Rechten und Pflichten auf die den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, zu übertragen.

Die Zustimmung hierzu erfolgte durch Beschluss des Stadtrates der Stadt Landau. Eine Steuerung und Überwachung des ZAS ist mit dem vorhandenen Rechnungs- und Berichtswesen in eingeschränktem Umfang vorhanden.

**FRAGENKREIS 4:****Risikofrüherkennungssystem**

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Im Jahr 2002 wurde unter Mitwirkung der Fa. PriceWaterhouseCoopers (PwC) AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Risikomanagement eingerichtet und eine Risikorichtlinie erstellt, welche am 3. April 2003 mit Zustimmung des Werkausschusses in Kraft gesetzt wurde. Durch Gründung der Anstalt zum 1. Januar 2009 als Rechtsnachfolger wurde die bestehende Risikorichtlinie übernommen und zum 1. Januar 2009 überarbeitet.

Im Rahmen der Risikoerhebung und Dokumentation sind zweimal jährlich zum 28. Februar bzw. 31. August die Risikoerhebungsbögen von den jeweils risikoverantwortlichen Mitarbeitern zu aktualisieren und dem Risikokoordinator zwecks Prüfung weiterzuleiten. Der Risikokoordinator stellt alle Risiken, die "immer einer gesonderten Beachtung bedürfen" in einer Gesamt-Risikoübersicht zusammen und berichtet rechtzeitig vor Erstellung des Lageberichtes und des Zwischenberichtes (30. Juni des Kalenderjahres) dem Vorstand. Der Vorstand informiert regelmäßig den Verwaltungsrat bei der Vorstellung des Zwischenabschlusses bzw. des Jahresberichtes und im Rahmen der Erstellung des Lageberichts, wobei die Unterrichtung des Verwaltungsrat im Wirtschaftsjahr 2015 am 15. Oktober 2015 erfolgte.

Im Bereich der Abwasserentsorgung erfolgte durch die Fa. DAR-Deutsche Abwasser-Reinigungsgesellschaft mbH in Wiesbaden die Erstellung einer Dienst- und Betriebsanweisung in den Bereichen Kanalisation/Kläranlage. Diese Anweisungen beinhalten u.a. genau geregelte Dienst- u. Betriebsanweisungen, Alarmpläne, Ex-Zonenpläne sowie Dokumentationen zur Gefährdungsbeurteilung bzw. Gefahrstoffverordnung. Seit dem Jahr 2006 sind die Anweisungen komplett in Kraft gesetzt. Als weiterer Baustein wurde ein Technisches Sicherheitsmanagement (TSM-System) der DWA eingeführt. Dieses umfasst Organisationsstrukturen, Verantwortlichkeiten, Fach- und Entscheidungskompetenzen, Verfahren sowie Prozesse und erforderliche Mittel für Betreiber von Abwasseranlagen.

Im Bereich der Abteilung Bauhof werden derzeit die bestehenden Dienstanweisungen überarbeitet und u. a. auch die Gefährdungsbeurteilungen ständig aktualisiert.

Im Rahmen der Forderungsüberwachung werden durch den Vorstand monatliche Auswertungen erstellt. Diese dienen als Grundlage für die Bewertung einzelner Forderungen.

- b) **Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Die unter Punkt a) genannten Maßnahmen sind geeignet, Risiken zu erkennen.

- c) **Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Eine entsprechende Dokumentation in Form von Berichten etc. findet statt. Wie bereits unter Frage a) erwähnt, ist eine umfassende Dokumentation, insbesondere im Bereich der Abwasserbeseitigung, erstellt worden. Zusätzlich erfolgte die Einführung des Technischen Sicherheitsmanagement (TSM-System).

- d) **Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Vgl. Punkt 4 a).

#### FRAGENKREIS 5:

##### Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**
- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
  - **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
  - **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
  - **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**

Da die Anstalt nicht mit den entsprechenden Finanzinstrumenten arbeitet, entfällt die Beantwortung dieses Fragenkreises.

**FRAGENKREIS 6:****Interne Revision**

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Landau nimmt die Aufgabe der internen Revision wahr und führt u. a. Prüfungen von Eingangs- und Ausgangsrechnungen etc. durch. Grundlage ist die bestehende Dienstanweisung für das Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung von Sondervermögen vom 8. November 2006 und § 11 Abs. 3 der Anstaltssatzung. Wesentliche Beanstandungen ergaben sich nach den uns erteilten Auskünften nicht.

- b) **Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Siehe Fragenkreis 6 a).

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Wirtschaftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Siehe Fragenkreis 6 a).

- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Nein.

- e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Nein.

**FRAGENKREIS 7:****Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für eine Umgehung der Zustimmung durch das Aufsichtsgremium.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Im Berichtsjahr wurden Kredite weder an den Vorstand noch an Mitglieder des Verwaltungsrats gewährt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Nein, hierfür ergaben sich keine Anhaltspunkte.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Nein, der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt öffentlichen Rechts, erfüllt seine satzungsgemäßen (hoheitlichen) Aufgaben.

**FRAGENKREIS 8:****Durchführung von Investitionen**

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Für die Investitionen liegt im Rahmen des Wirtschaftsplanes jeweils eine Investitionsplanung vor, die sich im Wesentlichen aus den Erfordernissen der Geschäftsentwicklung oder bestimmten gesetzlichen Aufgaben ergibt. Wesentliche Investitionen werden hierzu nach den technischen Bestimmungen der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) geprüft.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte hierzu ergeben.

Im Übrigen erfolgt die Vergabe von Investitionen nach den Bestimmungen der vergaberechtlichen Vorschriften (VgV, VOB, VOL u. a.).

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Soweit wir feststellen konnten, werden bei baulichen Investitionsmaßnahmen sog. Auftragskontrollen und -abrechnungen erstellt, die bei Überschreitungen von Vertragssummen Begründungen vorsehen. Es besteht ferner ein laufendes Projektcontrolling durch die jeweiligen Abteilungsleiter für die einzelnen Abteilungen.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Wesentliche Überschreitungen haben wir im Rahmen unserer stichprobenartigen Prüfung nicht festgestellt.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Liegt nicht vor. Unsere Prüfung ergab keinerlei Anhaltspunkte dafür.

#### FRAGENKREIS 9:

##### Vergaberegulungen

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen ergeben.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Nach den uns erteilten Auskünften werden in der Regel Konkurrenzangebote eingeholt.

**FRAGENKREIS 10:****Berichterstattung an das Überwachungsorgan****a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Die laufende Unterrichtung des Verwaltungsrates erfolgte durch den Vorstand in Form des Zwischenberichtes zum 9. Juli 2015 gemäß § 5 Abs. 6 der Satzung i.V. m. § 21 EigAnVO Rheinland-Pfalz und des Lageberichts gemäß § 36 EigAnVO sowie in sechs Sitzungen des Verwaltungsrates.

**b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte dafür erhalten, dass die Berichte keinen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage der Anstalt vermitteln.

**c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Ungewöhnliche oder risikoreiche Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen, über die zu berichten wäre, lagen nicht vor. Die laufende Unterrichtung der Mitglieder des Verwaltungsrates erfolgte durch den Vorstand schriftlich und mündlich in sechs Sitzungen des Verwaltungsrates.

**d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Nach den Protokollen der Verwaltungsratssitzungen ergaben sich keine wesentlichen Wünsche zur Berichterstattung.

**e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Im Rahmen unserer Prüfung wurden keine Anhaltspunkte festgestellt.

**f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Im Berichtsjahr gibt es weder für den Vorstand noch für den Verwaltungsrat eine D&O-Versicherung. Für 2016 wurde bei der Versicherungskammer Bayern eine D&O-Versicherung als Ergänzung zur bestehenden Kassenversicherung abgeschlossen. Die Versicherungssumme beträgt 3,0 Mio. €, der Selbstbehalt 0 €. Versicherte Personen beim EWL sind der Vorstand, dessen Stellvertreter, die Mitglieder des Verwaltungsrates, die Abteilungsleiter als leitende Angestellte sowie die Compliance Beauftragten (z. B. Gleichstellungs-, Arbeitsschutz-, Sicherheitsbeauftragte) sowie die Angehörigen (Ehegatten, Lebenspartner) der versicherten Personen im Falle der Inanspruchnahme auf Schadensersatz.

In der Sitzung am 10. Dezember 2015 hat der Verwaltungsrat dem Abschluss der Versicherung unter Vorlage der Versicherungsunterlagen zugestimmt.

**g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Anhaltspunkte für derartige Sachverhalte entdeckt.

**FRAGENKREIS 11:**

**Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven**

**a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt. Das Vermögen dient betrieblichen Zwecken und ist regelmäßig bis zum Ende der Nutzungsdauer gebunden.

**b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Dafür ergaben sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung keine Hinweise.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Dafür ergaben sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung keine Hinweise. Eine Verwertung des wesentlichen Vermögens im Abwasserbereich ist ohnehin nicht möglich, das Vermögen ist hoheitlichen Zwecken gewidmet und im Betrieb gebunden. Stille Reserven können beim Kanalnetz und den Kläranlagen grundsätzlich nicht realisiert werden.

## FRAGENKREIS 12:

### Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Das langfristige Vermögen bereinigt um die Finanzanlagen (TEUR 75.569) ist vollständig mit langfristigen Kapital gedeckt. Das Eigenkapital einschließlich eigenkapitalähnlicher Posten beträgt zum Abschlussstichtag TEUR 84.368. Das langfristige Fremdkapital (ohne Rückstellungen) beläuft sich auf TEUR 380. Für die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen stehen genügend liquide Mittel zur Verfügung.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt, da die Anstalt keinem Konzern angehört.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, hat im Wirtschaftsjahr keine Fördermittel erhalten. In den Vorjahren erhielt die Anstalt Zuschüsse für Modernisierungsmaßnahmen eines Dienstgebäudes, für den Erwerb von beweglichen Anlagegütern, für die Einführung des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM-System), zinslose Förderdarlehen sowie verrechnete Abwasserabgaben. Anhaltspunkte für eine nicht zweckentsprechende Verwendung ergaben sich nicht.

**FRAGENKREIS 13:****Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung**

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Es bestehen keine Finanzierungsprobleme.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Jahresgewinn 2015 soll der allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Diesen Gewinnverwendungsvorschlag halten wir mit der wirtschaftlichen Situation der Anstalt vereinbar.

**FRAGENKREIS 14:****Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Am Jahresgewinn 2015 sind die einzelnen Betriebszweige wie folgt beteiligt:

	<b>2015</b>	<b>2014</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>
Abwasserbeseitigung	502.139,92	349.190,81
Abfallentsorgung	-29.644,79	56.881,65
Straßenreinigung	23.145,75	25.193,67
Bauhof	-154.047,01	-67.179,02
Landesgartenschau	-73.438,09	-63.940,60
Service	847,92	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>269.003,70</b>	<b>300.146,51</b>

Das Ergebnis soll der Verstärkung der Rücklagen dienen.

**b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

**c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Im Verhältnis zur Stadt werden die Leistungsbeziehungen angemessen vergütet. Dies gilt für gewährte Ausleihungen und die liquiden Mittel, die der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

**d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Entfällt aufgrund der bestehenden Geschäftstätigkeit, die wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen eine Konzessionsabgabe nicht vorsieht.

**FRAGENKREIS 15:****Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen****a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Einzelne verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

**b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Vgl. Frage a).

**FRAGENKREIS 16:****Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage****a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Entfällt, da die Anstalt insgesamt einen Jahresgewinn erwirtschaftete.

**b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Für den Bauhof, der im Berichtsjahr leicht defizitär arbeitete, werden die Stunden- und Verrechnungssätze für 2016 ff. neu kalkuliert und gegebenenfalls angehoben.